



Hochschule für Angewandte
Wissenschaften Hamburg
Hamburg University of Applied Sciences

Fakultät Wirtschaft und Soziales

Department Soziale Arbeit



Partizipation an Stadtplanungsprozessen am Beispiel der Rindermarkthalle St. Pauli

Bachelor-Thesis

Abgabe: 30.04.2012

Verfasserin: Vera Lutze

Matrikelnummer: 2030651

Adresse:



Prüferin: Prof. Dr. Sabine Stövesand

Zweitprüferin: Frau Herma Tewes

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Partizipation an Stadtplanungsprozessen	9
3. Partizipation und Demokratie	12
3.1 Demokratie – Erste begriffliche Annäherung und gegenwärtige Praxis in westlichen Demokratien.....	12
3.2 Rousseaus Demokratiekonzept.....	13
3.3 Crouchs' Demokratievorstellungen im Zeitalter der Postdemokratie	14
3.4 Zum Verhältnis von Demokratie und Partizipation.....	17
4. Partizipation	18
4.1 Partizipation Begriffsdefinition	19
4.2 Bestimmung des Partizipationsgrades durch das Stufenmodell.....	20
4.3 Determinanten politischer Partizipation	23
4.4 Systematik von Nanz und Fritsche in Anlehnung an Archon Fung	25
5. Partizipation und Stadtplanung	28
5.1 Stadtplanung Begriffsdefinition	28
5.2 Funktionen von Partizipation für die unterschiedlichen Akteure der Stadtplanung.....	31

6. Partizipation und die Rindermarkthalle St.Pauli	33
6.1 Geschichtlicher Ablauf des Stadtplanungsprozesses.....	33
6.2 Planungsinstrumente.....	39
6.3 Auswertung der Planungsinstrumente	41
6.4 Abschließenden Einschätzung des Verfahrens.....	44
7. Partizipation, Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit.....	46
7.1 Gemeinwesenarbeit und das Grundprinzip der Partizipation	47
7.2 Parallelen von Gemeinwesenarbeit und Stadtplanung	50
7.3 Gemeinwesenarbeit als Chance für die Stadtplanung	51
8. Schlussbetrachtung.....	55
9. Abbildungsverzeichnis.....	60
10. Literaturliste	60
11. Internetquellen.....	64
12. Schriftliche Erklärung	70
13. Anhang	71

1. Einleitung

Lebenssituationen, Perspektiven und Handlungsräume von Individuen und sozialen Gruppen wandeln sich ständig. Darauf verweist beispielsweise der Vorstand der Initiative *Hamburger Architektursommer e.V.*¹ in seinem Vorwort:

„Städtebauliche Großvorhaben, wie die Perlenkette, die HafenCity, die Internationale Bauausstellung auf den Elbinseln und Altonas Neue Mitte, energetische Modernisierung allerorts, demografischer Wandel, neue Arbeitswelten, steigende Mieten und Immobilienpreise verändern das Bild und die Realität der Stadt“ (Hamburger Architektursommer e.V., 2012).

Hier ergibt sich sofort die Frage, wer über die Veränderung der Stadt entscheidet? Wer darf sich überhaupt beteiligen? Städtische Instanzen oder Gremien, die Projektentwickler_innen², private Unternehmer_innen oder die Bürger_innen?

„Da sich die Welt, auch die Stadtwelt, mit jedem Tag ändert und tatsächliche Ereignisse selten mit den Prognosen übereinstimmen, ist die Stadtentwicklungsplanung eine permanente, prozesshafte Angelegenheit und lebt vom offenen Dialog mit den Bürgern, den Politikern, den Interessengruppen, der Fachwelt. Es widerspricht ihrem Gegenstand und dem Prinzip der Demokratie, Stadtentwicklungsplanung als eine abschließliche Angelegenheit von Fachleuten zu betrachten“ (Bleibinhaus, 1993: 340).

Bleibinhaus stellt mit diesem Zitat klar, dass der Prozess der Stadtplanung kein privater, sondern ein öffentlicher ist. Städte verändern sich nicht von alleine. Es stehen Menschen dahinter, die diese Entscheidungen treffen.

Partizipation ist also ein hohes Gut. Ein Prinzip der Demokratie, ein Prinzip der sozialen Arbeit und ein Prinzip die eigenen Bedürfnisse auszudrücken. Diese These verweist auf das Motiv von Individuen bzw. Gruppen, die eigenen Bedürfnisse in soziale Prozesse einzubringen.

¹ Der Hamburger Architektur Sommer ist in Deutschland das älteste und bedeutendste regelmäßig stattfindende Architekturfestival. Alle drei Jahre wird es ausgerichtet, letzmalig von Mai bis August 2012. Das Festival thematisiert die aktuelle Lage der Architektur und Stadtentwicklung (vgl. Hamburger Architektenkammer, 2012).

² Die verwendete Schreibweise: Solange nicht zitiert wird, wird personenbezogenen Begriffen die gegenderte Schreibweise in Form des Unterstrichs verwendet. Dies geschieht aus dem Bewusstsein heraus, dass Sprache eine Form von Macht ist und sich entsprechend auf die daraus erfolgende Interpretation von Wirklichkeit auswirkt. Der Unterstrich betont die Ablehnung der Geschlechterdualität und lässt Platz für Personen, die sich nicht einem klaren ‚männlich/weiblich‘ zuordnen und wird daher auch als ‚gender gap‘ bezeichnet

Das Interesse an Partizipation ist im Allgemeinen dann besonders stark, wenn die eigene Lebenswirklichkeit, etwa das eigenen Wohnumfeld, ins Zentrum umfassender Planungsmaßnahmen rückt. Partizipation ist somit ein grundlegendes Prinzip der Demokratie und, wie in der vorliegenden Arbeit gezeigt werden soll, auch wesentliches Prinzip der sozialen Arbeit. Am Beispiel eines ausgewählten Stadtplanungsprozess in Hamburg St. Pauli sollen Möglichkeiten und Grenzen von Partizipation dargestellt werden.

So versuchte die Initiative *Hamburger Architektur Sommer e.V.* den aktuellen Diskursen und Debatten 2012 durch viele Veranstaltungen unter dem Titel *Vor Ort – Aneignung und Teilnahme* Rechnung zu tragen. Einerseits wurden in einigen Veranstaltungen die aktuellen Positionen der Stadtplanung vorgestellt, andererseits gab es aber auch Diskussionsrunden über schon länger andauernde Konfliktherde in der Stadtplanung Hamburgs, wie zum Beispiel der Konflikt um die Ausrichtung des Werkhauses im Münzviertel. In diesen Diskussionsprozess hatten Anwohner_innen sowie Sozialarbeiter_innen ihre Projektvorstellungen zum Werkhaus eingebracht. Ziel dieses neuen Konzepts sollte es sein, die beruflichen Eingliederungshilfen für Jugendliche zu verbessern und so das Hilfsangebot für den ohnehin sozial belasteten Stadtteil zu erweitern.

Teilhabe an Stadtplanungsprozessen wird von den Bürger_innen der Hansestadt Hamburg mehr denn je eingefordert. So wie die Münzviertelbewohner_innen weiterhin um ihr Werkhaus kämpfen, verhandeln die Betroffenen des Gängeviertels mit der Stadt um Sanierungsgelder. In der Großen Bergstraße in Altona wird immer noch über die Ansiedlung von Ikea gestritten, Lux und Konsorten initiierten vor kurzem eine Veranstaltung zum Umbau des alten Bahnhofsgelände in Altona unter dem Motto *Einsteigen. Mitgehen. Erhöhen* (Recht auf Stadt, 2012). So bildeten sich 2010 ebenfalls verschiedene Initiativen von Anwohnern_innen, die ein Mitspracherecht an der Umgestaltung der Rindermarkthalle St. Pauli einforderten (vgl. Recht auf Stadt, 2009). Um der Problematik eine Plattform zu geben, gründete sich 2009 das Recht auf Stadt Netzwerk in Hamburg. „Unter dem Stichwort ‚Recht auf Stadt‘ konstituieren sich weltweit neue städtische Protestbewegungen, die gegen die neoliberale Hegemonie³ eigene Ansprüche an den städtischen Entwicklungen einfordern“ (Gebhardt/Holm, 2011: 7). Das Feld der Stadtplanung, stellt sich als sehr umfassend und komplex dar.

In der vorliegenden Arbeit möchte ich beispielhaft die Auseinandersetzung um die Nutzung der Rindermarkthalle St. Pauli als Ausgangspunkt wählen. Konfliktpotenzial gibt es in diesem

³ Heute versteht man den Neoliberalismus als Rückbesinnung auf den alten Liberalismus (Raubtierkapitalismus). Neoliberal steht als Abwendung von der sozialen Marktwirtschaft. Der Staat gibt dem Kapital wieder die Zügel in die Hand, er betreibt und propagiert Lohn- und Sozialabbau“ (Müller, 2005).

Zusammenhang genug: So stellten Initiativen für mehr Bürgerbeteiligung am Stadtplanungsprozess der alten Rindermarkthalle St. Pauli im Juni 2012 den Leuchtturm der verhinderten Beteiligung vor der Rindermarkthalle als Mahnmal auf und verwiesen dabei auf folgende Fragen: Wie geht die Stadt Hamburg aktuell im Fall der Rindermarkthalle St. Pauli mit Stadtentwicklung um? Wie genau ist das Verfahren angelegt? Welche Interessen stoßen aufeinander? Gibt es ein Interesse einer Beteiligung der Bürger_innen oder ist das Volk eventuell nur ein Klotz am Bein der Planer? Was möchten die Anwohner_innen? Werden sie gehört? Gegenstand meiner Arbeit wird sein, am Beispiel des Projekts Rindermarkthalle einige Aspekte des Stadtplanungsprozesses darzustellen und diese aus der Sicht des Konzepts Gemeinwesenarbeit zu beleuchten.

Nach Oelschlägel handelt es sich bei der Gemeinwesenarbeit um „eine sozialräumliche Strategie, die sich ganzheitlich auf ein Quartier, einen Stadtteil und nicht pädagogisch auf einzelne Individuen richtet. Sie arbeitet mit den Ressourcen des Stadtteils und seiner Bewohnerinnen und Bewohner, um seine Defizite aufzuheben“ (Oelschlägel, 2006: 2).

Im Konzept Gemeinwesenarbeit werden unterschiedliche Methoden aus der sozialen Arbeit (Beratung, Gruppenarbeit), der Sozialforschung (aktivierende Befragung, Sozialraumanalyse) und der Politik (Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerversammlungen) verwendet. Diese Vielfalt bietet Möglichkeiten für Teilhabe und partizipatives Handeln (vgl. ebd.).

Ziel der Arbeit ist es eine Einschätzung der Möglichkeiten von Partizipation an Stadtplanungsprozessen am Beispiel des Einzelprojektes Rindermarkthalle St. Pauli zu bekommen. Was ist unter dem Konzept Gemeinwesenarbeit mit Blick auf die Stadtplanung zu verstehen und welche Rolle könnte sie in Stadtplanungsprozessen spielen? Es wird das Handlungsfeld der Gemeinwesenarbeit vorgestellt. Dabei soll vor allem gefragt werden, inwiefern Sozialarbeiter_innen auf der Grundlage des Konzepts Gemeinwesenarbeit kompetent sind, die Auseinandersetzungen der Bewohner_innen des Stadtteils mit abweichenden städtischen bzw. privaten Stadtplanungsvorstellungen professionell zu begleiten und sie bestmöglich zu unterstützen.

Die zentrale Fragestellung der vorliegenden Arbeit lautet: Wie kann Partizipation an Stadtplanungsprozessen, beispielhaft am Projekt Rindermarkthalle St Pauli, gefördert werden?

Um diesen speziellen Stadtplanungsprozess darzulegen und realistisch wiederzugeben, wird in dieser Arbeit auf das Instrumentarium der Dokumentenanalyse zurückgegriffen. Da die Behörden, die Entwickler sowie die Initiativen vorrangig mit Veröffentlichungen, Leitbildern, Anträgen, Protokollen sowie Flugblättern arbeiten, bietet sich die Dokumenten- und Aktenanalyse als empirische Grundlage zur Inhalts- und Datenanalyse eignet.

Die vorliegende Arbeit ist in einen wissenschaftlich theoretischen Teil (Kapitel 1 – 5, 7 – 8) sowie in einen wissenschaftlich empirischen Teil (Kapitel 6) gegliedert. Insgesamt orientiert sich die Arbeit an den drei Ebenen der soziologischen Strukturanalyse mit der Einteilung in die Mikro, Meso- und Makroebene. Die Mikroebene bezieht sich auf Akteure, Individuum sowie Handeln (in dieser Arbeit: die tatsächlichen Geschehnisse im Stadtteil), die Makroebene beschäftigt sich mit der Struktur, Gesellschaft sowie Diskurse (in dieser Arbeit: Demokratietheorien, Politik) und die Mesoebene bezieht sich auf Institutionen, Organisationen sowie Theorien und stellt eine Verbindung zwischen Mikro- und Makroebene her. Dieser Ansatz wurde als konzeptioneller, forschungsleitender Bezugsrahmen gewählt. Im zweiten Kapitel (Partizipation an Stadtplanungsprozessen) soll erst einmal grundlegend geklärt werden, warum sich Bewohner_innen für Stadtplanungsprozesse interessieren. Was bewegt die Menschen, wo kommt dieses Verlangen her? Welche Strukturen und Netze gibt es bereits auf Seiten der Bewohner_innen im Kampf um mehr Mitspracherecht an der Stadtentwicklung? So lässt sich das bereits erwähnte Netzwerk *Recht auf Stadt* als Protestbewegung einstufen, die immer auch die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse spiegelt und verändern möchte

Anschließend folgt Kapitel 3: Partizipation und Demokratie. Hier soll dargestellt werden, ob politische Partizipation grundlegendes Element in der Ausübung der Demokratie ist. Am Beispiel des Demokratiekonzepts Rousseaus, das er bereits im 18. Jahrhundert entwickelte, soll gezeigt werden, dass dessen Vorstellungen von umfassender Partizipation eben keine neuartige Forderung darstellt.

Der Politikwissenschaftler Crouch wiederum versucht die aktuelle Lage der westlichen Demokratien einzuschätzen und verdeutlicht, wie aktuell (auch) auf lokaler Ebene Politik betrieben wird.

Im vierten Kapitel (Partizipation) werden zentrale theoretische Begriffe bestimmt sowie die Grundlage zur Einschätzung von Partizipationsverfahren (Stufenmodell nach Wickrath und Arnstein, Determinanten politischer Partizipation, Systematik nach Nanz und Fritsche) darge-

legt. Das nachfolgende fünfte Kapitel (Partizipation und Stadtplanung) liefert eine Begriffsbestimmung zur Stadtplanung, enthält aber auch funktionale Erläuterungen zum Zusammenhang von Stadtplanung und Partizipation. Die Ausführungen in den beiden Kapiteln bilden die Voraussetzungen für die spätere Analyse und Beurteilung des konkreten Stadtplanungsprozesses in Kapitel 6: Partizipation und die Rindermarkthalle St. Pauli. Ferner handelt es sich hierbei um den empirischen Teil der Arbeit. Er umfasst die systematische Darstellung des Stadtplanungsprozesses *Alte Rindermarkthalle*, die Einordnung sowie Auswertung der Planungsinstrumente und die abschließende Einschätzung des Verfahrens mit Bezug auf die vorhergehenden Theoriekapitel. Um den geschichtlichen Ablauf des Stadtplanungsprozesses der Rindermarkthalle St. Pauli gerecht zu werden, wurde, wie bereits erwähnt, die Methodik der Dokumentenanalyse⁴ verwendet. Das zugrunde liegende Material besteht aus Sitzungsprotokollen der Interessengemeinschaft, Korrespondenz, Flugblättern, Presseerklärungen, Veröffentlichungen im Internet, Zeitungsartikeln. Daneben basiert dieser Bericht vor allem auf eigenen Erfahrungen und den empirischen Ergebnissen von Rinn⁵. Das letzte Kapitel 7: Partizipation, Gemeinwesenarbeit und Stadtplanung erläutert bzw. verdeutlicht, inwiefern das sozialarbeiterische Konzept der Gemeinwesenarbeit geeignet ist, an der Lösung der stadtplanerischen Konflikte mitzuwirken. In diesem Zusammenhang wird dargelegt, was unter dem Konzept der Gemeinwesenarbeit zu verstehen ist und warum sich diese Profession als Partizipationsexpert_innen hervorragend eignet.

Dabei soll verdeutlicht werden, welche Parallelen zwischen Gemeinwesenarbeit und Stadtplanung vorhanden sind und warum Gemeinwesenarbeiter_innen als Chance (ggf. als Bereicherungsmöglichkeit, sinnvolle oder notwendige Ergänzung?) für die Stadtplanung gesehen werden sollten.

Die Schlussbetrachtung versucht den Bogen über die komplette BA – Thesis zu spannen und zu einer abschließenden Einschätzung zu kommen.

⁴ Dokumente, hier verstanden als schriftliche Texte, die als Aufzeichnung oder Beleg für einen Vorgang oder Sachverhalt dienen und aus denen Schlussfolgerungen über Aktivitäten, Absichten und Erwägungen ihrer Verfasser_innen bzw. der von ihnen repräsentierten Organisationen gezogen werden können (vgl. Wolff, 2005; zit.n. Flick, 2005: 502ff.).

⁵ Moritz Rinn, Universität Hamburg/ Hamburger Institut für Sozialforschung, geb. 1982, Politikwissenschaftler; Stipendiat in der Promovendengruppe *Soziale Exklusion und politische Demokratie in Europa* (vgl. Hamburger Institut für Sozialforschung, 2013). Moritz Rinn stellte auf dem Workshop *Partizipation und Soziale Spaltung* organisiert durch die AG Soziale Spaltung Hamburg am 14.05.2012, seine empirischen Befunde zu dem Stadtplanungsprozess Rindermarkthalle St.Pauli unter dem Titel *Partizipation in der Stadtentwicklungspolitik Hamburgs* vor (vgl. Rinn, 2012: 15).

2. Partizipation an Stadtplanungsprozessen

In diesem Kapitel wird in das Thema *Partizipation an Stadtplanungsprozessen* eingeführt: Wo gibt es Interesse an Stadtplanungsprozessen? Welche Netzwerke gibt es bereits, die sich mit dem Thema beschäftigen. Vor allem soll der Frage auf den Grund gegangen werden, warum sich Bewohner überhaupt für ihre soziale und räumliche Umwelt einsetzen? Das Kapitel schließt mit den Ergebnissen der letzten Bertelsmann-Umfrage zu politischer Partizipation und zeigt, dass der Wunsch nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten kontinuierlich mehr nachgefragt und gewünscht wird.

Beteiligungen an politischen Prozessen in Bezug auf die Stadtplanung nehmen immer mehr zu. Der am meisten medienwirksame Widerstand der letzten Jahre ging um das sehr umstrittene Verkehrs- und Städtebauprojekt *Stuttgart 21*, aber auch in Hamburg ist ein Zuwachs an Protestbewegung zu verzeichnen. Ob es nun um die Mitte Altona (Umbau des alten Bahnhofs zu einem Stadtteil), um die IBA (Umbau Wilhelmsburg; Einrichtung der internationalen Bauausstellung), die Rettung des Buchenhofwaldes (Rodung um Wohnraum zu schaffen) oder um die Neuausrichtung der Rindermarkhalle St. Pauli geht, gemeinsames Ziel der Betroffenen ist der Anspruch auf politische Teilhabe und Mitspracherecht (vgl. Recht auf Stadt, 2012). Das „Recht auf Stadt“ – Netzwerk definiert sich über sichtbare Konflikte in Hamburg und agiert als Sammlung von verstreuten Konflikten, die im Plenum zusammenkommen. Seit 2009 ist das Netzwerk öffentlich aktiv zum Hauptthema Stadtmarketing durch Aktionen, wie die Besetzung des Gängeviertels, Kritik am *Unternehmen Hamburg* durch die Netzwerkgruppe *Not in our name*, Proteste gegen steigende Mieten, Wohnungsnot und Leerstand in Bürogebäuden. Kritik wird auch an der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Saga geübt, die inzwischen als *Mietpreistreiber* gilt, durch die AG Mieten sowie Bildung von MieterInneninitiativen in Quartieren, wie zum Beispiel die Proteste an der GAGFAH⁶ in Wilhelmsburg (vgl. Birke, 2011: 67ff.). Warum interessieren sich Bewohner_innen für ihre Umwelt, in der sie leben? Um sich diesem Thema anzunähern, muss erst einmal geklärt werden, welche entwicklungspsychologischen Erkenntnisse zugrunde liegen. Piaget formulierte, dass die Entwicklungen der Fähigkeiten und Bedürfnisse eines Menschen von einem angeborenen Antrieb zur aktiven Auseinandersetzung mit der belebten und unbelebten Umwelt getragen ist (vgl. Maier, 1995: 71).

⁶ Die GAGFAH Group ist ein deutschlandweites Wohnungsunternehmen mit bundesweit mehr als 145.000 Mietwohnungen und weiteren 13.000 für Dritte verwaltete Wohnungen.

Die ständige Auseinandersetzung mit der Umwelt, in der wir leben, schafft einerseits Interaktion, andererseits aber auch Abgrenzung und Identitätsbildung. Identitätsbildung im Stadtteil, indem wir wohnen, ist von großer Bedeutung, sofern Gestaltung und Selbstdarstellung variiert und erprobt werden kann (vgl. Maier, 1995: 72). „Folgt man Habermas (1976 nach Mühlich u.a., 1978: 74) kann die Grundlage für Identität von Gruppen und Gesellschaften nur in dem Bewusstsein der „allgemeinen und gleichen Chance der Teilnahme an wert- und normbildenden Lernprozessen“ gefunden werden“ (ebd.). Daraus lässt sich schließen, dass sich Bewohner auf autonome Weise mit gebauter Umwelt nur dann identifizieren können, wenn sie die Möglichkeit der Teilnahme an Gestaltung und Nutzung ihrer Bedürfnisse haben (vgl. ebd.).

St. Pauli als altes, innenstadtnahes Arbeiterviertel befindet sich schon seit ein paar Jahren im Umbruch. Der sogenannte *Gentrifizierungsprozess* wälzt das Stadtviertel um. Mit *Gentrifizierung* ist eine Logik kulturell vermittelter Aufwertungsprozesse gemeint. Kultur wirkt hier als Motor der symbolischen Aufwertung, als Medium der ökonomischen Inwertsetzung und als Instrument der sozialen Exklusion in aufgewerteten Wohnvierteln (vgl. Holm, 2010: 1). Schauen wir vorab auf die empirischen Befunde zu alten Arbeitervierteln und ihrer Bevölkerungsstruktur, bevor die Gentrifizierung eingesetzt hat. St. Pauli verfügte über eine weitestgehend sozial homogen strukturierte Bevölkerung von Bewohner_innen, die über ein geringes Einkommen verfügt und kaum soziale Aufstiegsmöglichkeiten hat. Die meisten Quartiere St. Pauli's galten die letzten zwanzig Jahre als Sanierungsgebiete, die aber zurzeit größtenteils aufgelöst werden. Nur noch das Sanierungsgebiet Wohlwillstraße ist davon noch nicht betroffen. Es findet sich ein enges nachbarschaftliches Kommunikations- und Hilfsgeflecht. Nachbarschaft im Wohnumfeld hilft, die benachteiligte Lebenssituation zu bewältigen. Es gelten einheitliche Werte, sodass von einem subkulturellen Milieu gesprochen werden kann (vgl. Maier, 1995: 90). Für die nachbarschaftliche Kommunikation sind öffentliche Räume verschiedenster Art von herausragender Bedeutung, wie zum Beispiel Viertelkneipen (z.B. abgerissene Egal Bar Karolinenviertel). Leider gehen diese Kommunikationsräume im Zuge der Gentrifizierung und Sanierung ebenfalls verloren. Zum gesamten Quartier wird ein bestimmtes Zugehörigkeitsgefühl entwickelt, andere Teile der Stadt werden als Außenwelt betrachtet (vgl. ebd.). Maier verweist hier auf die Tatsache, dass Gestaltungsmöglichkeiten im Wohnumfeld in großem Maß genutzt werden, egal, ob dabei Investitionen auch für den öffentlichen Raum anstehen. Hier kann als Beispiel die Keimzelle auf dem Ölmühlenplatz im Karolinenviertel/St. Pauli genannt werden. Dort haben sich Anwohner_innen zusammen getan, um Gemüse anzupflanzen, da sie keinen eigenen Garten besitzen und die Fläche zusätzlich als Kommunikationsfläche für sich nutzen (vgl. Keimzelle, 2012).

Auf die Veränderungen im städtischen Raum und die eigentlich zu verwirklichen Zielsetzungen macht auch Eickhoff in seinem Artikel *Wir können auch anders. Gedanken zur feministischen Stadt* aufmerksam.

„Städtisches Leben wird immer mehr reglementiert und in gläserne Passagen verbannt, dabei sollte städtisches Leben in erster Linie eine Folge von Möglichkeiten der Freiheit, des Zulassens von Vielfalt, des Vertrauens in menschliches Handeln sein“ (Eickhoff, 1998: 15f.).

Aus politikwissenschaftlicher Sicht spiegeln Protestbewegungen, wie bereits erwähnt, das politische System wieder. Mehr Protest bedeutet somit weniger Zustimmung zu den gegebenen Programmen der regierenden Parteien. Die letzte große Studie der Bertelsmann Stiftung zur politischen Partizipation (2004)⁷ belegt diese Tendenz. Dem Negativimage der Parteien, politischer Akteure und Führungskräfte sowie die Unzufriedenheit mit der allgemeinen Demokratie stehen relativ hohes Politikinteresse, eine generelle Systemakzeptanz und eine tendenziell positiv wahrgenommene Positionierung des Landes gegenüber. Ob bei konventionellen Beteiligungsformen, wie Wahlen, oder unkonventionellen Beteiligungsformen, wie Ehrenamt oder Besuch einer Demonstration, bei Handlungsbedarf nutzen die Deutschen die vielen Möglichkeiten der Teilhabe. Gerade unkonventionelle Möglichkeiten erhalten regen Zuspruch. Ausschließlich als Alternative kommen sie aber noch nicht zum Zuge, sondern sie dienen als zusätzliche Partizipationsmöglichkeit. Dass zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland ein eher niedriges oder sehr niedriges Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Politik hat, zeigt auch die Emnid - Befragung vom Juni 2010 (vgl. Roth, 2011: 27).

Abschließend ist festzustellen, dass Bürger_innen gerade in schwierigen politischen Zeiten ein starkes Politikbewusstsein entwickeln und die Demokratie deswegen nicht ins Wanken gerät (vgl. Roth, 2004: 2ff.). Auch aktuellere Umfragen der Bertelsmann Stiftung aus 2011⁸ zeigen noch deutlichere Ergebnisse: „Der Wunsch nach größerer Beteiligung findet sich bei allen Altersgruppen und wächst mit zunehmender Lebenserfahrung. Während unter den Jüngeren immerhin 74 Prozent mehr Mitsprache fordern, sind es in der Gruppe der 50- bis 64-jährigen sogar 90 Prozent. Besonders erstaunlich ist es, dass sich auch unter den Nichtwähler_innen eine überwältigende Mehrheit (89 Prozent) für mehr Bürgerbeteiligung ausspricht“ (Bertelsmann Stiftung 2011). Die Umfragen zeigen deutlich den Anspruch auf mehr Bürger-

⁷ Die Bertelsmann Stiftung führte die letzte große Umfrage zur politischen Partizipation 2004 durch. Zusammenfassung der Studie befindet sich im Anhang 1.

⁸ Die aktuelle Umfrage der Bertelsmann Stiftung aus 2011 befindet sich ebenfalls im Anhang 2.

beteiligung und Mitspracherecht sowie ein Unmut gegenüber der politisch herrschenden Klasse.

3. Partizipation und Demokratie

In diesem Kapitel wird eine demokratietheoretische Perspektive in die Überlegungen eingebracht. Zum einen wird verdeutlicht, dass die Demokratie in der Praxis die Beteiligung impliziert, andererseits lässt sich mit Bezug auf Rousseaus Demokratiekonzept zeigen, dass der Wunsch nach mehr Beteiligung bereits im 18. Jahrhundert formuliert wurde und es sich dabei folglich nicht um ein neuartiges Verlangen handelt. Im Mittelpunkt der Darstellung stehen einige Demokratievorstellungen Rousseaus, die er in seiner Abhandlung *Vom Gesellschaftsvertrag* (1762) entwickelt hat sowie einige Annahmen aus dem Werk *Postdemokratie* (2004) des englischen Politikwissenschaftlers Colin Crouch. In diesem Zusammenhang soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit politische Partizipation der Bürger_innen schon damals gefordert wurde, und ob sie nach Crouch aktuell überhaupt noch möglich sind oder es je waren.

3.1 Demokratie – Erste begriffliche Annäherung und gegenwärtige Praxis in westlichen Demokratien

Das Wort Demokratie kommt aus dem Griechischen und bedeutet wörtlich: Herrschaft des Volkes. Schon in der Übersetzung des Wortes selbst ist die unverzichtbare Beteiligung impliziert und bildet somit die Grundlage einer Demokratie. Das Fundament dessen, was heute als Demokratie verstehen wird, wurde im Rahmen der antiken Polis⁹ erstmals erprobt. Ausgehend von der Diskussion verschiedenster und auch gegensätzlicher Demokratiemodelle, die von Marx und Mill über Weber zu Crouch reichen, praktiziert die Bundesrepublik Deutschland wie auch andere europäische Staaten in der Gegenwart überwiegend repräsentative Demokratie (vgl. Roth, 2011: 17). Repräsentative Demokratie bedeutet, dass Repräsentant_innen

⁹ Das Fundament der vorherrschend Demokratie wurde von den alten Griechen gelegt, die im Rahmen der antiken Polis erstmals in der Weltgeschichte die Selbstbestimmung und –verwaltung autarker Bürgerschaften unter Mitwirkung breiter Schichten der Bevölkerung praktizierten und im fünften und vierten vorchristlichen Jahrhundert direkte oder unmittelbare Demokratien realisierten (vgl. Roth, 2011: 17).

vom Volk periodisch gewählt werden, um den Willen des Volkes umzusetzen (vgl. Duden, 2012). In dieser Variante der Demokratie darf zwischen unterschiedlichen Gruppen von professionellen Politiker_innen gewählt werden, die dann das Alltagsgeschäft des Regierens im Namen des Volkes übernehmen. Die Machtausübung bezieht sich mehr oder weniger nur auf den Wahlakt (vgl. Roth, 2011: 25).

Rousseau entwickelte zur Zeit des Absolutismus ein davon abweichendes Demokratiemodell, das im folgenden Abschnitt gekennzeichnet werden soll.

3.2 Rousseaus Demokratiekonzept

Jean-Jaques Rousseau schrieb 1762 den Text: *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts*. Er reihte sich ein in die Riege vieler Theoretiker, die sich mit Demokratietheorie bzw. Vertragstheorie auseinandersetzen, wie zum Beispiel John Locke, Thomas Hobbes oder Baruch de Spinoza. Ziel war für Rousseau, die Suche nach einer rechtmäßigen Staatsform, die dem Menschen einerseits Schutz gewährt, sie aber andererseits nicht ihrer Freiheit beraubt. Rousseau vertritt folgende Ansicht: Alle Befugnisse und Kompetenzen der Regenten leiten sich vom Willen des Volkes her ab, den zu vollstrecken ihre Pflicht und Aufgabe ist. Die Form der direkten Demokratie stellt für Rousseau die einzig legitime Staatsform dar. Sein Gesellschaftsvertrag basiert auf der absoluten Volkssouveränität und wird mit der Vertragstheorie begründet. Das politische Herrschaftssystem wird durch einen Vertragsabschluss aller Bürger legitimiert. Seine Vision zeigt überschaubare, direktdemokratisch organisierte Gemeinwesen nach dem Vorbild der antiken Polis, in denen die Bürger_innen ihren tatsächlichen Willen dem allgemeinen Willen angleichen und in den Dienst des Gemeinwesens stellen. Naturgemäße Sozialisation, Partizipation und politisches Engagement gelten als Grundpfeiler der Umsetzung dieses Rechtes. Die einzelnen Menschen nehmen eine Doppelrolle ein, als Teilhaber an der Souveränität sind sie an der Gemeinwillenbildung beteiligt und werden Bürger_innen genannt, gleichzeitig sind sie dazu verpflichtet, dem Gemeinwillen zu folgen und sind in dieser Funktion somit Untertanen. Die Freilegung des Gemeinwillens erfolgt über Diskussion und Abstimmung in den Volksversammlungen. Parteien sieht Rousseau als Gefahr an, da sie Sonderwillen erstarken lassen und ein Übergewicht darstellen können. Kritisch zu sehen ist, dass hierfür eine eher homogene Gesellschaft die Voraussetzung ist. Hinzu kommt, dass Rousseau das Repräsentationsprinzip ausschließt. Es werden keine Repräsentan-

ten gewählt, sondern alle Bürger kommen zusammen und stimmen ab, was bürokratisch und organisatorisch in einem großen Staat nicht realistisch umsetzbar ist. Auch müssen die Bürger ihre privaten Angelegenheiten unter die öffentlichen Angelegenheiten stellen, sonst ist der Gesellschaftsvertrag nicht umsetzbar (vgl. Geisler, 2011: 123ff.).

3.3 Crouchs' Demokratievorstellungen im Zeitalter der *Postdemokratie*

Colin Crouch lehrt *Governance*¹⁰ und *Public Management* an der Warwick Business School. 2004 veröffentlichte Crouch das Buch *Postdemokratie*. Inhaltlich befasst sich das Buch mit einer Diagnose zum Zustand der Demokratie in der Gegenwart. Crouch beschreibt die Entwicklung der Demokratie im 20. Jahrhundert. Von der vordemokratischen Eliteherrschaft näherte diese sich in der Mitte des Jahrhunderts dem Ideal partizipatorischer Gleichheit an, seit den 1970er Jahren vergrößerte sich die Kluft zwischen Herrschern und Beherrschten dann aber wieder. Zentrale Ausgangspunkte seiner Analyse sind erstens der Aufstieg globaler Konzerne und zweitens der Niedergang der Arbeiterklasse. Die beiden Entwicklungsstränge führen heutzutage nur noch zu einer Fassadendemokratie. Wirtschaftliche Eliten haben ihren politischen Einfluss erweitert und somit die Macht des Bürgers unterbunden. Privatisierung gilt für Crouch als Parameter, um zu erschließen, ob noch Demokratie drin ist, wo Demokratie draufsteht (vgl. Thiel, 2006: 126). Der Begriff Postdemokratie taucht erstmals in Jaques Rancières philosophischem Essay *La Méésentente* aus dem Jahre 1995 (dt. 2002) auf. Rancière benutzt das Wort Postdemokratie als Synonym für das Verschwinden der Politik aus modernen Gesellschaften und ihre Ersetzung durch eine Ökonomisierung (vgl. Buchstein/Nullmeier, 2006: 16). Auch Crouch möchte nicht eine neue Demokratietheorie im Zeitalter der Postdemokratie beschreiben, sondern eher ein Phänomen, das sich unter den aktuellen Bedingungen abspielt. Crouch verwendet den Begriff als Semantik der demokratischen Selbstkritik (vgl. Buchstein/Nullmeier, 2006: 19). Der Begriff bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Expert_innen die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie

¹⁰ Governance meint die – partnerschaftliche – Gestaltung von Lebensbereichen ohne Einschränkung auf den Staat und seine Aufgaben. In Governance wirken drei Sektoren zusammen: Der Staat im Rahmen der staatlichen Aufgaben; die Bürger und die Unternehmen im Rahmen privater Anliegen; sowie die Verbände, Vereine, Kirchen, Kammern, Gewerkschaften, Parteien im Rahmen ihrer öffentlichen – wenn auch nicht staatlichen – Aufgaben (vgl. Holzinger/Oberndorfer/Raschauer, 2006: 272).

zu einer Farce verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Expert_innen zuvor ausgewählt haben. Der Bürger erhält dabei eine passive Rolle und darf nur noch reagieren. Crouch geht davon aus, dass diese politische Inszenierung zur Benebelung der Bürger_innen führt und die Geschäfte hinter verschlossenen Türen gemacht werden, um vorrangig wirtschaftliche Interessen zu vertreten (vgl. Crouch, 2004: 10). Folgt man Crouch, so sind die Institutionen der parlamentarischen Demokratie formal gesehen völlig intakt, dennoch wird nur eine Vorauswahl bestimmter Themen angeboten, um von *Hintertürgeschäften* abzulenken. Seinen zweiten Analysestrang, der *Niedergang der Arbeiterklasse* nimmt er als Voraussetzung dafür, dass Platz geschaffen wurde für einzelne große Unternehmen. Nach Crouch waren es die sozialstrukturellen Gruppen, die vermittelt über Parteien und Verbände das Fundament der Massendemokratie bildeten. An diese Stelle treten nun zunehmend einzelne Unternehmen als politische Akteur_innen, die nicht mehr in korporatistische Arrangements¹¹ eingebunden sind.

Nicht mehr der Staat und somit im eigentlichen Sinne die Bürger_innen einer Demokratie, sondern wirtschaftliche Unternehmen bestimmen die Politik (vgl. Buchstein/Hullmeier, 2006: 17). Mitverantwortlich ist die Zunahme der Komplexität politischer Themen, sodass die Entwicklung der Demokratie nicht Schritt gehalten hat mit der Expansion des Kapitalismus, sowie der Niedergang der Arbeiterklasse, an deren Stelle ein differenziertes, schwer mobilisierbares post - industrielles Dienstleistungsproletariat getreten ist (vgl. Blühdorn, 2006: 73). Hauptaugenmerk liegt aber auf der Transformation der Politiker_innen und Parteien: *die Metamorphose zu Verkäufern*. Ihr Ziel ist es die Marktposition auszubauen, dabei fragen sie lieber die Stimmung ihrer Kund_innen (Wirtschaft) ab, als ihre Wähler_innen zu befragen, geben substantielle Entscheidungen sicherheitshalber an nicht-gewählte Kommissionen oder Expert_innen ab und können sich so vollständig, um die Positionierung ihrer Marke widmen (vgl. ebd.: 74). Ihren auffälligsten Ausdruck erfährt die postdemokratische Wende im Phänomen der Entpolitisierung, Entparlamentarisierung, die Entwicklung zur Führungsdemokratie, die zunehmende Bedeutung von nicht - demokratischen Beratungsgremien, Expert_innenkommissionen und die Überformung der öffentlichen politischen Diskussion durch Public Relations Agenturen und politisches Marketing (vgl. Blühdorn, 2006: 76). Blühdorn stellt fest, dass tatsächlich alles auf eine postdemokratische Fortsetzung zielt und vergleicht

¹¹ Der Zweck von korporatistischen Arrangements ist die Beteiligung aller relevanten Stakeholders (Beteiligten) für einen möglichen Konsens über bestimmte Politiken. Tatsächlich werden nur organisierte Interessen in das korporatistische Arrangement einbezogen; nichtorganisierte Interessen bleiben unberücksichtigt (vgl. Priddat, 2006: 93).

Schlagwörter der sozialen Bewegungen der 1970er Jahre ¹² mit der postdemokratischen Wende. Emanzipation und Selbstverwirklichung wird nicht mehr mit der Befreiung vom wirtschaftlichen System, sondern mit ihrer Radikalisierung gleichgesetzt. Ebenso steht Partizipation nicht mehr für die Schaffung neuer Gesellschaftsformen, sondern für verbesserte Teilhabe an dem, was bestehende Strukturen bereitzustellen haben (vgl. Blühdorn, 2006: 77). Blühdorn selber sieht den Begriff der Postdemokratie als kritisch an, da er sich nur auf die Nichterfüllung demokratischer Hoffnungen und Erwartungen einer vergangenen Zeit bezieht (1970er Jahre). Er selber ersetzt den Begriff in seinen Abhandlungen durch den Begriff der *simulativen Demokratie*. Damit beschreibt er zunächst das Problem, dass jedes Individuum nach der marktwirtschaftlichen Durchdringung aller seiner Lebensbereiche inzwischen identisch mit dem Markt ist, es gleichwohl allerdings den Anspruch auf Autonomie hat (vgl. ebd.: 78). Hierfür bieten sich laut Blühdorn Simulationen als probates Mittel an, wie man sie in der Produktwerbung bereits findet. Aus der Perspektive des politischen Systems zielt der Begriff auf das Legitimationsproblem ab. Betriebswirtschaftliche Vorgehensweisen, Input-Output-Logik und Effizienz haben auch die Politik erreicht. Er kommt zu dem Schluss, dass das Prinzip der Simulation als das spätmoderne Gegenstück zur traditionellen - modernen Repräsentation verstanden werden kann. Das Prinzip der Repräsentation verschwindet, wenn es keinen zugehörigen Inhalt mehr hat. Die repräsentative Demokratie war ein Instrument zur vollen Verwirklichung einer unabhängig von dieser Politikform bereits vorhandenen Identität. Die simulative Demokratie ist nun eine Erscheinungsform, in der das autonome Subjekt weder selbst politische Entscheidungsverantwortung trägt, noch durch gewählte Vertreter repräsentiert wird, sondern in der er (re-)produziert wird (vgl. ebd.: 79). Fischer weist in der Auseinandersetzung mit Postdemokratie zusätzlich auf Politik-Netzwerke hin, die Teubner 1992 analysierte. Hiernach wird der Staat als vormals *hierarchisches Entscheidungszentrum der Politik* abgelöst und in ein *dezentrales Netzwerk öffentlichen und privaten Kollektivakteur_innen* überführt. Der Staat wird enthierarchisiert und private Akteur_innen werden zu autonomen Trägern staatlichen Handelns. Teubner warnt, dass Gemeinwohlorientierung in diesem Zusammenhang kaum mehr möglich ist (vgl. Fischer 2006: 49). Die Gesamtheit der wahlberechtigten Bevölkerung wird gar keinen Zugang zu diesen Organisationen finden, da sie von den Eliten rekrutiert wird. Transparenz politischer Prozesse sowie Egalität werden vermieden im Netzwerkstaat. Folge ist, dass auch die Zurechenbarkeit politischer Entschei-

¹² Die umfassende Politisierung von Themen, Personen und Institutionen, der Widerstand gegen einen eindimensional wirtschaftlichen Effizienzbegriff und das feste Vertrauen auf soziale Selbstorganisation, Selbsthilfe und Selbsterfahrung waren das Herzstück der partizipatorischen Revolution der 1970er Jahre (vgl. Blühdorn, 2006: 72ff.).

dungen leidet sowie die Reversibilität bei komplexen Aushandlungsprozessen zwischen einer Mehrzahl von Akteuren (vgl. Fischer 2006: 54). Fazit Fischers ist: „An die Stelle der im Amtsbegriff abgebildeten, neuzeitlichen Errungenschaften formalen Organisationshandeln ohne Ansehen der Person und ohne organisationseigenes Interesse tritt damit eine interessen-gesteuerte Exklusivität oligarchischer Herrschaftsbeziehungen“ (ebd.: 55). Demokratie sowie politische Partizipation lebt nur, wenn demokratische Legitimität vorherrscht und diese kann nur entstehen, wenn temporär stabile Hierarchien als änderbar erfahren und behandelt werden (vgl. ebd.: 56). Insgesamt ist festzustellen, dass die Demokratie momentanen Veränderungsprozessen unterliegt, die den Anspruch der Volksherrschaft substantiell gefährdet. Partizipation von Bürger_innen soll sich nur noch auf die Zustimmung und Ausführung vorab bereits getroffener politischer Entscheidungen beschränken. Partizipationsrechte verteilen sich unter postdemokratischen Bedingungen höchst ungleich (vgl. Schäfer, 2010/Böhnke 2011; zit.n. Wagner, 2012: 25), zumal sich Machtstrukturen und Kräfteverhältnisse verhärten (vgl. Wagner, 2012: 25). Wagner konstatiert zudem, dass Mitwirkungschancen heutzutage de facto angeboten werden, um durch die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Kräfte öffentliche bzw. soziale Aufgaben abzudecken. Es kommt zu einer Art *Verantwortungsteilung* zwischen Bürger_innen und (sozial) staatlichen Instanzen, die wiederum Ausdruck eines Versuchs der Etablierung einer postdemokratischen Form politischer Arbeitsteilung darstellen (vgl. ebd.: 26). Wagner bezieht sich in seinem Artikel auf die Bundespolitik und verweist, dass es im lokalen, regionalen Raum durchaus noch Partizipationsmöglichkeiten gibt.

3.4 Zum Verhältnis von Demokratie und Partizipation

Die bisherige Darstellung in diesem Abschnitt hat einen ersten Einblick in demokratietheoretische Annahmen gegeben. So hat sich gezeigt, dass sich Ansätze partizipatorischem Denken, wie bereits erwähnt, bei Rousseau finden lassen, der damals noch den Bedingungen des französischen Absolutismus ausgesetzt war. Rousseaus Demokratievorstellungen, die wie eine Vision klingen, sind leider unzureichend bzw. nicht praktikabel. Auf der Makroebene komplexer und quantitativ umfangreicher Massengesellschaften wie der Bundesrepublik zeigen aber, wie Partizipation (vor allem auf der Mikroebene z.B. im Stadtteil) gefördert werden kann. Partizipation gilt für Rousseau als Grundbedingung, die nur in Versammlungen umzusetzen ist und nicht durch Repräsentanten. Die Begriffsdefinition Demokratie und der Grundethos

Alles geht vom Volke aus zeigt, dass das Verhältnis von Partizipation und Demokratie grundlegend verbunden und dass beide Aspekte abhängig voneinander sind. Partizipation ergibt sich sogar erst durch die Staatsform der Demokratie. Nur wenn Bürger_innen auf der Mikroebene politisch partizipieren, können diese Belange in die Politik und somit auf die Makroebene einfließen.

Aus den Kapiteln kann aber auch die Schlussfolgerung gezogen werden, dass der Aufbau des Systems und die Umsetzung der Demokratie ausschlaggebend für die Möglichkeit der Partizipation sein können. Die aktuelle Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist der Kapitalismus sowie die Form der repräsentativen Demokratie. Bezeichnend für den Kapitalismus sind das Privateigentum und das Streben nach Gewinn. Crouch sieht eine Gefahr des Gemeinwohls durch kapitalistische Einflüsse. Interessen des Staates fließen mehr und mehr in privatwirtschaftliche Unternehmen, die gewinnorientiert handeln. Die Bürger_innen dürfen bei den Entscheidungen nur noch eine passive Rolle einnehmen, obwohl es sich eigentlich um Gemeinwillensprozesse handelt. Die Vertreter_innen des Staates sind vom Volk gewählt. Sie vertreten aber nicht die Meinung des Volkes, sondern sondieren ihre Arbeit an Wirtschaftsunternehmen (vgl. Crouch, 2004: 10ff.). Hier ist klar festzustellen, dass sich auch die politische Ausrichtung des Staates immer mehr kapitalistisch orientiert und Privatinteressen eine größere Bedeutung als Gemeinweseninteressen bekommen. Der Einfluss der Kapitaleigner auf die politischen Prozesse nimmt zu und dadurch auch der Aneignungsaspekt des städtischen Raums über die Inanspruchnahme für Profitzwecke.

4. Partizipation

In diesem Abschnitt wird nun grundlegend geklärt, was unter Partizipation zu verstehen ist. Das Stufenmodell von Arnstein (1973) und Wickrath (1992) zeigt eine Möglichkeit auf, Partizipationsprozesse stufenweise einteilen zu können. Dabei werden fünf Stufen beschrieben, ausgehend von der ersten Stufe, die nur die Information beinhaltet, bis zur fünften Stufe, die als Eigenständigkeit kategorisiert wird. Aufbauend folgt ein Modell von Buse (1977), das die Determinanten politischer Partizipation beachtet. Diese können vielfältig sein und jeweils die nächste Stufe der Beteiligung beeinflussen. Wer die Vielfalt der fördernden und behindernden Faktoren nicht beachtet, ist nicht nachhaltig an einer Förderung von Partizipation interessiert. Zuletzt wird eine Systematik von Nanz und Fritsche in Anlehnung an Archong Fung

vorgestellt. Nanz und Fritsche zeigen auf, dass es auch um die Frage der Repräsentation von gesellschaftlichen Gruppen geht: Welche Akteure werden einbezogen (Inklusion) und welche werden ausgeschlossen (Exklusion)?

4.1 Partizipation Begriffsdefinition

Partizipation wird im Duden mit der Bedeutung *Teilhabe, Beteiligung* ausgewiesen (vgl. Duden, 1991: 307). Der Begriff Partizipation wird allerdings bis heute je nach wissenschaftlicher Ausrichtung verschieden definiert. Die Debatte um die Begriffsbestimmung scheint noch lange nicht vorbei zu sein.

„Der Mensch ist kein Einsiedler, sondern ‚Mensch – in – der – Gesellschaft‘. Partizipieren bedeutet somit ganz grundsätzlich, am Geschehen in der jeweiligen Umwelt zusammen mit anderen Menschen teilzuhaben oder kurz: gesellschaftliche Prozesse mitzugestalten“ (Lüttringhaus, 2000: 19).

Lüttringhaus verweist darauf, dass Partizipation als Grundbedürfnis zu verstehen ist und alle Lebensbereiche umfasst. „Die Sozialwissenschaften beschäftigen sich vorrangig mit politischer Partizipation und haben einen breit angelegten Forschungsbereich entwickelt. Es werden sämtliche Aktivitäten von Bürger_innen, die auf unterschiedlichen Wegen Einfluss auf politische Entscheidungen und Prozesse auf allen Ebenen des politischen Systems ausüben wollen, erforscht“ (Roth/Osner, 2004: 26). „Die Partizipationsforschung unterscheidet zwischen *verfassten* (konventionellen) und *unverfassten* (unkonventionellen) Dimensionen der Beteiligung: Verfasste Beteiligung besitzt einen politisch-institutionellen Rahmen (Gesetze, Verordnungen) und äußert sich primär in Wahlen oder Volksentscheiden, unverfasste Beteiligung –legal oder illegal– findet ohne institutionellen Rahmen statt. Hierzu zählen Demonstrationen, Unterschriftensammlungen sowie freiwilliges Engagement“ (vgl. ebd.).

Soziale Partizipation ähnelt sich in der Definition: Damit sind alle Tätigkeiten gemeint, die Bürger_innen freiwillig innerhalb sozialer Organisationen unternehmen. Jan van Deth verweist in seinem Text *Soziale und politische Beteiligung. Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge?* auf einen engen Zusammenhang zwischen sozialer und politischer Beteiligung und belegt ihn empirisch mit der Begründung, dass soziale Partizipation erst politische Partizipation erzeugt (vgl. van Deth, 2001: 196ff.).

Auch Hurrelmann forderte 2002 analytisch sowie empirisch die Aufhebung der Grenze zwischen politischer und sozialer Beteiligung (vgl. Wagner, 2012: 2). Tully überschreitet sogar diese Grenze und plädiert für die Aufhebung der Trennung zwischen *Partizipation* und *Nichtpartizipation*, abgeleitet von Bourdieaus These, wonach jegliches soziale Handeln eine politische Dimension besitzt, die Bezug nimmt auf die Strukturen gesellschaftlichen Zusammenlebens, in denen sich stets soziale Macht- bzw. Herrschaftsverhältnisse widerspiegeln (vgl. Tully, 2008; Bourdieu, 1985; zit.n. Wagner, 2012: 2). Wagner warnt davor, den Begriff vollends zu entgrenzen, wenn alles und nichts mit dem Begriff der Partizipation belegt werden kann, findet Kritik auch keinen Ankerpunkt mehr. Er schlägt vor, den Begriff der Partizipation aus einer demokratietheoretischen Perspektive zu definieren. Aus der Sicht von Citizenship¹³ bezieht sich politische Beteiligung zentral auf die Beteiligung an kollektiv bindenden Entscheidungsprozessen. Hier sind nicht nur konventionelle Möglichkeiten gemeint. Kollektiv bindende Entscheidungsprozesse können überall stattfinden z.B. in der Arbeitswelt, in wohlfahrtstättlichen Institutionen oder aber auch im Stadtteil. Wagner verweist hier genau wie Lüttringhaus darauf, dass Partizipation alle Bereiche des Lebens betreffen (vgl. Wagner, 2012: 20). Der weitere Teil der Arbeit wird sich bei der Verwendung des Begriffs Partizipation auf diese Definition beziehen.

4.2 Bestimmung des Partizipationsgrades durch das Stufenmodell

In Beteiligungsprozessen ist es wichtig genau einschätzen zu können, wie beteiligt wird.

Im folgenden Abschnitt soll eine Struktur aufgezeigt werden, mit deren Hilfe das jeweilige Verhältnis von Staat und Bürger_innen bzw. den jeweils zugestandenen Partizipationsgrad bestimmt werden kann. Hierzu soll das Stufenmodell der Beteiligung von Arnstein (1972) und Wickrath (1992) vorstellen werden.

¹³ Def: (Staats-)Bürgerschaft, Citizenship begründet sich aus dem Postulat der Demokratie: 1) universelle bürgerliche Gleichheit 2) politische Partizipation als entscheidener Moment, das den Bürger zum Bürger werden lässt (vgl. Wagner, 2006: 24ff.).



Abb.1: Stufenmodell nach Arnstein und Wickrath (Wegweiser Bürgergesellschaft, 2012).

Ausgangspunkt des Modelles ist die Nichtbeteiligung am Fuße der Treppe hin zur vollständigen Entscheidungsmacht in den Händen der Bürger_innen auf der obersten Stufe (vgl. Nanz/Fritsche 2012: 23). Zuerst wird die Seite des Staatssystems nach Arnstein vorgestellt. Auf der ersten Stufe der Beteiligung erhalten Bürger_innen erste Informationen. Der Kommunikationsfluss findet hier nur von links nach rechts statt. Welche Informationen hier weitergegeben werden hängt allein von der Haltung der offiziellen Entscheidungsträger ab. Hier ist zu unterscheiden, wie die unterschiedlichen Verfahren ausgestaltet werden. Gerade die gesetzlichen Verfahren zur Bürgerbeteiligung (BauGB) verfallen zunehmend auf die Ebene der Manipulation, die tatsächlicher Information von Bürger_innen nicht gerecht wird (vgl. Lüttringhaus, 2000: 39). Offe fügte hier drei weitere Funktionen 1973 in das Modell ein, die nicht über die Informationsstufe hinaus kommen:

- 1) Bürgerbeteiligung als *Treibsatz*: Rahmenbedingungen sind vorab festgelegt, in deren Rahmen vorgefertigte Beschlüsse geändert werden können.
- 2) Bürgerbeteiligung als *symbolische Gratifikation*: Planer rücken sich in ein kundenfreundliches Licht, ohne an ihren Vorstellungen etwas zu ändern und initiieren *scheinp-partizipative Veranstaltungen*.
- 3) Bürgerbeteiligung als *demokratische Scheinlegitimation*: keine Einflussmöglichkeiten auf die Inhalte; Beteiligungsforen dienen als Legitimation (vgl. Offe, 1972: 207ff.).

Möglichkeiten des Informationsflusses sowie die Transparenz der Planungsinhalte bieten überhaupt erst den Ansatzpunkt, um weiter zu partizipieren (vgl. Lüttringhaus, 2000: 41). Die Stufe 2 des Austausches, Dialogs, der Erörterung steht für die Öffnung der Planer hin zu den Bürger_innen. Hier ist es von Bedeutung welche Kommunikationsmittel angewendet werden und welche materiellen und personellen Ressourcen bereitgestellt werden. Erst wenn ein Austausch zwischen beiden Parteien stattfindet und die Entscheidungsprozesse tatsächlich beeinflusst werden können, ist diese Stufe erfolgreich umgesetzt worden (vgl. Germain/Gittermann 1986; zit.n. Lüttringhaus, 2000: 41). Stufe 3 der partnerschaftlichen Kooperation beinhaltet die Aushandlung zwischen den Parteien. Bürger_innen werden zu Partnern. Ihre Meinung wird tatsächlich durch die Entscheidungsträger mitgetragen (vgl. Lüttringhaus 2000: 41ff.). Stufe 4 der Delegation von Entscheidungen umfasst den Machtausgleich zwischen beiden Parteien. Die Stimmen beider Parteien sind ausgeglichen in den Gremien (vgl. ebd.: 42). Im folgendem wird nun die Seite der Bürger_innen nach Wickrath vorgestellt. Die erste Stufe der Information beinhaltet das, was der Titel sagt. Bürger_innen informieren sich. Diese Stufe dient als Grundlage zur aktiven Form der Teilnahme (vgl. Arnstein, 1972/Buse, 1977; zit.n. Lüttringhaus, 2000: 42). Die Stufe 2 der Mitwirkung beinhaltet aktive Teilnahme in Foren, darunter zählen die Beratung, die Anhörung, die Stellungnahme sowie die Erörterung in Rechts-, Tatsachen- und Wertefragen durch Professionelle. Es kann Einfluss auf den Prozess im Vorfeld genommen werden, aber nicht auf den Beschluss selbst (vgl. Lüttringhaus, 2000: 43). Stufe 3 setzt die Möglichkeit voraus, dass der Einfluss im Vorfeld auch tatsächlich Entscheidungskraft entfaltet und einbezogen wird. Die Stufe 4 der bürgerlichen Selbstverwaltung steht auf der gleichen Höhe, wie die Delegation von Entscheidungen von Arnstein und meint, dass Bürger_innen alle finanziellen, organisatorischen und inhaltlichen Grundlagen autonom bestimmen können Die letzte Stufe 5 der Eigenständigkeit steht für das komplett autonome handeln von Bürger_innen unabhängig vom Staatssystem (tatsächlichen Planern) (vgl. ebd.).

Einerseits kann die Seite des Modells von Arnstein dazu genutzt werden, die von Seiten des politisch-administrativen Systems eingeräumten Möglichkeiten und deren Haltung zur Bürgerbeteiligung einzuschätzen, andererseits kann Wickrath's Seite des Modells das Verhalten und den Einfluss der Bürger_innen einstufen. Das Modell ermöglicht einen Überblick, aber keine weitere Differenzierung. So wird im nächsten Kapitel die Determinanten politischer Partizipation nach Buse vorgestellt, um weitere fördernde sowie behindernde Faktoren für nachhaltige Partizipation frühzeitig zu erkennen.

4.3 Determinanten politischer Partizipation

In diesem Kapitel soll verdeutlicht werden, welche Einflussfaktoren Partizipation behindern oder aber auch positiv beeinflussen können. Die Partizipationsstufen sind eine Systematik, die angewendet werden kann, um zu beurteilen, welcher Partizipationsgrad auf welcher Seite der Akteure vorherrscht, allerdings verrät er nichts über beeinflussende Determinanten politischer Partizipation. Diese können vielfältig sein und jeweils die nächste Stufe der Beteiligung beeinflussen. Wer die Vielfalt der fördernden und behindernden Faktoren nicht beachtet, ist nicht nachhaltig an einer Förderung von Partizipation interessiert.

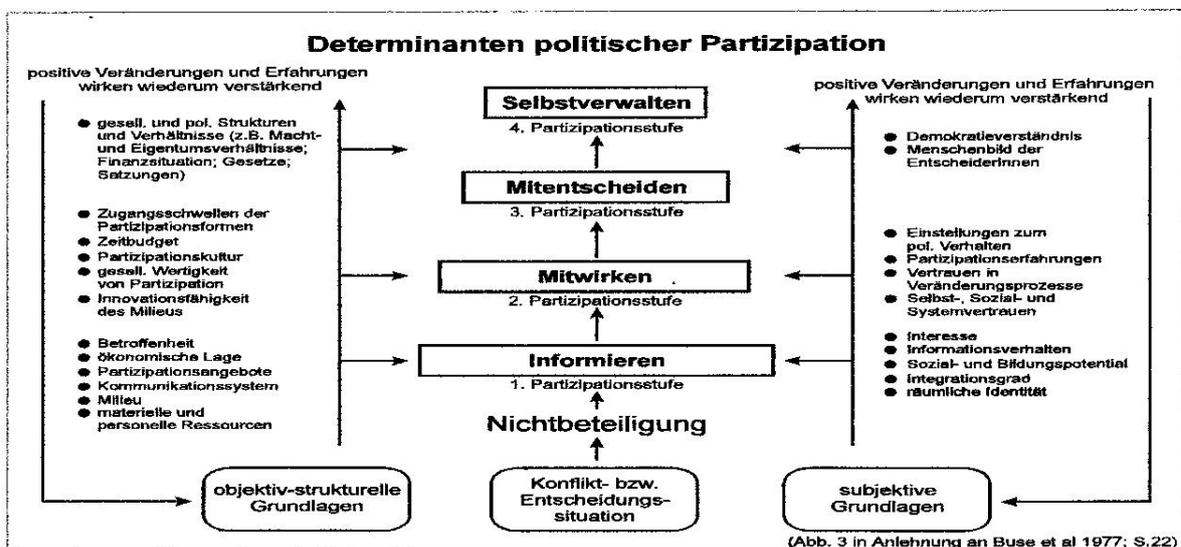


Abb.2: Determinanten politischer Partizipation in Anlehnung an Buse 1977 (Wegweiser Bürgergesellschaft, 2012).

Das Partizipationsverhalten auf den jeweiligen Stufen wird durch subjektive und objektiv-strukturelle Determinanten bedingt, die sich wechselseitig beeinflussen. Das Modell soll verdeutlichen, dass es nicht reicht, nur einen Faktor zu verbessern. Durch ein niederschwelliges Angebot kann nicht direkt die Teilnehmerbereitschaft gesteigert werden. Das Modell zeigt klar die Komplexität der Faktoren und kann Erwartungen von Initiativen auch dämpfen.

Ziel des Modells von Buse ist die Betonung von langfristig angelegter sozialer Kommunalpolitik, um Ausgrenzung zu minimieren. So sollen hier exemplarisch die Zusammenhänge auf der Stufe der Beobachtung der objektiv - strukturellen und der subjektiven Grundlagen darge-

legt werden. Aus Gründen des vorgegebenen Rahmens dieser Arbeit muss dies exemplarisch reichen um die Determinanten politischer Partizipation zu veranschaulichen.

Die Wahrnehmung eines Sachverhalts entsteht erst durch die Betroffenheit. Hierbei kann es sich um negative Betroffenheit (Verschlechterung der Situation) oder um Nutznießung (Verbesserung der Situation) handeln (vgl. Buse, 1977/Hollihn, 1978; zit.n. Lüttringhaus, 2004: 139). Außerdem kategorisieren Edlinger und Botymka zwei weitere Unterschiede: eine direkt betroffene Öffentlichkeit (spüren die direkten Auswirkungen einer politischen Entscheidung) sowie die indirekt tangierte Öffentlichkeit (Interesse für ein bestimmtes Thema) (vgl. Edlinger/Botymka, 1989; zit.n. Lüttringhaus 2004: 139). Zentraler Auslöser der subjektiven Grundlagen ist das persönliche Interesse und der Wissensstand zum Thema (vgl. Lüttringhaus, 2004: 141). Bourdieu unterscheidet hierbei drei Kategorien, die Teilnahme beeinflussen: das ökonomische Kapital (Einkommen, Vermögen, das kulturelle Kapital (Bildung, kulturelle Kompetenz) und das soziale Kapital (Kontakte, Netzwerke). Aus diesen drei Kategorien ergibt sich auch erst die Handlungskompetenz einer Person (vgl. Staub-Bernasconi, 1995; zit.n. Lüttringhaus, 2004: 141). Laut Franz (1989) spielt der Bildungsgrad eine wichtige Rolle. Die Fähigkeit komplexe Entscheidungen nachvollziehen zu können, Abstraktionsvermögen sowie das Artikulationsvermögen sind Voraussetzungen, die politische Teilhabe erst möglich macht (vgl. Lüttringhaus, 2004: 141). Der Bildungsfaktor ist wiederum an die ökonomische Lage gekoppelt. Nur wer keine Zeit braucht, um Grundbedürfnisse zu befriedigen, da er zum Beispiel mit ökonomischem Kapital ausreichend ausgestattet ist, hat Zeit für politische Teilhabe (vgl. Lüttringhaus, 2004: 138ff.).

Nanz und Fritsche sind außerdem der Meinung, dass diese Systematik auch nicht ausreichend geeignet ist, alle Fragen, die sich in einem Beteiligungsprozess stellen, zu beantworten.

„Sie hilft beispielsweise nicht dabei, die Frage zu beantworten, wie gut oder schlecht ein Beteiligungsverfahren in das politisch-administrative System eingebettet ist. Auch eignet sie sich weder dazu, die Relevanz zu identifizieren, die das Verfahren und seine Ergebnisse bei Entscheidungsträger_innen haben, noch nimmt sie die Wirkung eines Verfahrens auf weiterführende Planungs- und Entscheidungsprozesse in die Betrachtung mit auf“ (Nanz/Fritsche, 2012: 24).

Das Zitat weist auf die Komplexität von Beteiligungsverfahren hin und verdeutlicht, wie viele Faktoren in einem Partizipationsprozess beachtet werden müssen. Nanz und Fritsche zeigen auf, dass es auch um die Frage der Repräsentation von gesellschaftlichen Gruppen geht: Wel-

che Akteur_innen werden einbezogen (Inklusion) und welche werden ausgeschlossen (Exklusion)? Sie schlagen eine weitere Systematisierung vor und orientieren sich an dem Partizipationsforscher Archon Fung. Modellidee dessen ist es, verschiedene Charakteristika eines Beteiligungsverfahrens miteinander in Beziehung zu setzen, um so eine abstrahierte Grundlage für Vergleiche zu schaffen (vgl. Nanz/Fritsche, 2012: 24). Ein Vergleich soll in dieser Arbeit nicht vollzogen werden, jedoch lässt sich die Systematik auch zur besseren Einschätzung des Verfahrens benutzen.

4.4 Systematik von Nanz und Fritsche in Anlehnung an Archon Fung

Archon Fung agiert aktuell als Professor für Politik und Staatstätigkeit an der John F. Kennedy Schule, Harvard Universität und gilt als Partizipationsforscher. In seinem Artikel *Varieties of Participation in Complex Governance* von 2006 bildete er verschiedene Charakteristika eines Beteiligungsverfahrens. Dabei handelt es sich um:

- 1) organisatorische Merkmale wie Dauer und Teilnehmerzahl,
- 2) die Rekrutierung und Auswahl der Teilnehmer_innen,
- 3) die in einem Verfahren überwiegenden Kommunikationsformen sowie
- 4) die Funktion eines Verfahrens (vgl. Nanz/Fritsche, 2012: 25).

1) Die Dauer und Größe des Teilnehmerkreises sind von bedeutender Wichtigkeit und können sehr unterschiedlich ausfallen. Hier sollte überprüft werden:

- punktuelle Events oder kontinuierliches Verfahren,
- durchgehend gleiche Teilnehmer_innen oder ist eine Fluktuation möglich,
- Fakten, wie lange das Verfahren dauert oder nicht sind transparent,
- erlaubt die Größe des Verfahrens eine Gruppendiskussion oder Kleingruppen.

Als weiteres Kriterium werden die Kosten eines Beteiligungsverfahrens genannt, die unterschiedlich variieren können. Allerdings ist es in den meisten Fällen sehr schwierig diese Informationen überhaupt zu erhalten (vgl. Nanz/Fritsche, 2012: 25).

2) Die Auswahl der Teilnehmer_innen beeinflusst den Prozess. Das Hauptaugenmerk liegt hier auf der Regelung des Zugangs zu einem Verfahren:

- an alle Interessierten ohne Zielgruppen hervorzuheben
- repräsentative Auswahl von Vertreter_innen,
- alle Betroffenen
- Diskussionen ausschließlich für „Normal-Bürger“
- professionelle Expert_innen

Hier wird eine weitere Unterteilung zur Einschätzung der Rekrutierung und Auswahl der Teilnehmer eingeschoben.

- Selbstelektion: Verfahren ist grundsätzlich offen für alle Interessierten, allerdings besteht die Gefahr einer Überrepräsentation einer bestimmten Gruppe, Beispiele: Planning for Real¹⁴, Zukunftswerkstätten¹⁵.
- Zufällige Auswahl: Verfahren wird durch Stichprobenumfang und Zufallsrekrutierung angelegt, theoretisch können so das Problem der Selbstelektion vermieden werden, allerdings will vielleicht nicht jeder an einem Beteiligungsverfahren teil nehmen, Beispiele: Bürgergutachten¹⁶, Bürgerrat¹⁷.
- Zufällige Auswahl mit gezielter Nachrekrutierung: Verfahren ähnelt der zufälligen Auswahl, allerdings nur mit Bürger_innen, die auch teilnehmen würden, Beispiele: Bürgerpanel¹⁸, BürgerForum¹⁹.
- Gezielte Auswahl: Verfahren sucht gezielt einzelne Personen, die als repräsentativ gelten, Verfahren kann durch Interessen der Entscheidungsträger beeinflusst werden, partizipationsferne Akteur_innen können allerdings auch durch Aufwandsentschädigungen angelockt werden, Beispiele: Zukunftskonferenzen²⁰, Mediationsverfahren²¹.

¹⁴ Planning for Real zielt darauf ab, einen gemeinsamen von Bewohner_innen, öffentlichen Einrichtungen, Verwaltungen und Unternehmen getragenen Entwicklungsprozess anzustoßen zur Verbesserung der Lebensqualität. Dabei werden die Schwellen für Bürgerbeteiligung besonders niedrig gehalten. Schritte des Verfahrens: Initiative, Modell, Modellpräsentation, Wer kann was? Ereignis-Veranstaltung, Prioritätensetzung, Themenbearbeitung, Umsetzung der Aktionspläne (vgl. Nanz/Fritsche 2012: 71).

¹⁵ Das Verfahren beruht auf den Prinzipien Freiwilligkeit, Kreativität, Ergebnisoffenheit und Selbststeuerung und strebt eine Freisetzung verschütteter kreativer Potenziale Einzelner oder von Gruppen an. Das Verfahren dauert zwei bis drei Tage und setzt sich aus drei Phasen zusammen. Kritikphase, Phantasiephase und Realisierungsphase (vgl. Nanz/Fritsche 2012: 81).

¹⁶ Bürgergutachten dokumentieren die Vorschläge einer Gruppe von Bürger_innen zu einer bestimmten Frage oder Thema (vgl. Nanz/Fritsche 2012: 41).

¹⁷ Dieser Ansatz zielt darauf ab, Lösungen für dringende soziale Probleme zu finden, indem er die öffentliche Meinung zu einer Stimme durch Versammlungen bündelt (vgl. Nanz/Fritsche 2012: 50).

¹⁸ Ein Bürgerpanel ist eine regelmäßige Meinungsumfrage von 500 bis 2500 repräsentativ ausgewählten Bürgern (vgl. Nanz/Fritsche 2012: 49).

¹⁹ Beteiligungsform, die Präsenzveranstaltungen und Online-Phasen beinhaltet (vgl. Nanz/Fritsche 2012: 103).

²⁰ Verfahren, bei dem die Teilnehmer_innen einem festgelegten Ablaufschema folgen und Aktionspläne für zukünftige Vorhaben erarbeiten. Statt differenzorientiert zu arbeiten, legt dieses Verfahren den Hauptaugenmerk auf Gemeinsamkeiten (vgl. Nanz/Fritsche 2012: 79).

²¹ Konfliktregelungsverfahren, das durch besondere Kommunikations- und Verhandlungstechniken die außergerichtliche und einvernehmliche Beilegung eines Streitfalls anstrebt (vgl. Nanz/Fritsche 2012: 63).

Hinzu kommt, dass natürlich auch für diese Auswahl Werbung in der Öffentlichkeit gemacht werden muss.

- allgemein zugängliche Anzeigen, Aushänge
- Mund-zu-Mund-Propaganda
- frühzeitig oder kurzfristig (vgl. Nanz/Fritsche, 2012: 26ff.).

3) Hier soll es um die unterschiedlichen Kommunikationsformen gehen, die ebenfalls sehr unterschiedlich je nach Verfahren sein können. Theoretisch setzt Kommunikation erst tatsächlich ein, wenn die Informationsebene überwunden ist.

- Artikulation von Interessen: Möglichkeiten bestehen sich auszutauschen, Vorstellungen, Wünsche und Interessen vorzutragen sowie zu revidieren.
- Verhandeln: unter dem Prinzip des Geben und Nehmens wird verhandelt, um am Ende zu einem von allen Beteiligten getragenen Kompromiss zu gelangen.
- Austausch von Argumenten und Deliberation: Ziel ist es, in diesem dialogorientiertem Verfahren, eine kollektive Meinungsbildung zu entwickeln, beinhaltet einen Lernprozess: zuhören, austauschen, organisieren, entwickeln etc. (vgl. Nanz/Fritsche, 2012: 29ff.).

4) Der letzte Punkt bezieht sich auf die Funktion eines Verfahrens bzw. welches Ziel von den Initiatoren angestrebt wird. Jedes Verfahren benötigt ein Maß an Nutzen und Relevanz, damit die generierten Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens auch wirklich in den weiteren Prozess mit einfließen oder es muss vorab geklärt sein, dass Ergebnisse gar nicht einfließen können. So gibt es auch hier Stufen, um Verfahren genau zu prüfen, allerdings können diese auch in Mischformen vorkommen.

- Individueller Nutzen und Qualifizierung persönlicher Kompetenzen: kaum Einflussmöglichkeiten auf die Entscheidungen, jedoch werden die Verfahren von Bürger_innen genutzt, um ihre *Democratic Skills* zu erweitern oder um Kontakte zu knüpfen.
- Einflussnahme auf Öffentlichkeit und Gesellschaft: kaum Einflussmöglichkeiten auf die Entscheidungen, trotzdem können so bestimmte Themen zu öffentlichen Debatten umgewandelt werden, Inhalte und Verlauf des Verfahrens können von Medien aufgenommen werden und für mehr Unterstützung eintreten.

- Konsultation und Stellungnahme von Bürger_innen: Empfehlungen und Ergebnisse der Bürger_innen werden im Idealfall übernommen und zumindest zur Kenntnis genommen.
- Mit-Entscheidung und Co-Governance: es steht von Anfang an fest, dass Empfehlungen der Bürger_innen mit in den Entscheidungsprozess einfließen, direkte Einflussnahme auf politische Entscheidungen sind garantiert (vgl. Nanz/Fritsche, 2012: 31ff.).

Dieser Leitfaden bietet einen praktischen Umgang Beteiligungsverfahren besser zu kategorisieren, einzuschätzen sowie mit anderen zu vergleichen (vgl. ebd.: 23ff.).

5. Partizipation und Stadtplanung

In diesem Kapitel soll Feld der Stadtplanung durchleuchtet werden. Einerseits wird geklärt was unter dem Begriff verstanden wird und wie in der Praxis gearbeitet wird. Albers definiert Stadtplanung über das Planen selber, aber auch über das Verhandeln zwischen den einzelnen Akteuren, da ein Stadtplaner immer im Spannungsverhältnis zwischen Investor_innen, Eigentümer_innen, Stadtplanung und Öffentlichkeit agiert (vgl. Albers, 1988: 4).

Ebenfalls soll im fünften Kapitel aufgezeigt werden, welche unterschiedlichen Funktionen und Ziele mit Stadtplanung verfolgt werden. Diese können sehr unterschiedlich sein, so verfolgt der Staat vorrangig mit Stadtplanung eine Legitimationsfunktion. Die Wirtschaft ist hauptsächlich an Effizienzsteigerung interessiert und die Bürger_innen an der Mitgestaltung ihrer Wohn- und Lebensverhältnisse (vgl. Lüttringhaus, 2000: 152ff.). Wagner konstatiert abschließend, dass Beteiligung immer im Spannungsverhältnis zwischen Emanzipation und Herrschaft gesehen werden muss (vgl. Wagner, 2012: 19ff.).

5.1 Stadtplanung Begriffsdefinition

Dieses Kapitel soll klären, was genau unter Stadtplanung zu verstehen ist. Dabei geht es um die Bedeutung des Begriffs, zur Rolle der Stadtplanung, zum Auftrag der Stadtplanung sowie zur Praxis der Stadtplanung.

Grundsätzlich bezieht sich der Begriff der Planung auf den Vorgang des Planens, allerdings wird er auch auf das Ergebnis angewandt. Der Begriff der Stadtplanung vereint unterschiedliche Interpretationen von Planung: Pläne dienen der Darstellung eines zukünftigen Objektes oder der Festlegung eines Ablaufs von Maßnahmen oder aber dem Umgang mit begrenzten Hilfsquellen (Ressourcen = Geld, Rohstoffe, Raum) (vgl. Albers, 1988: 5). Albers konstatiert schon hier in der Begriffsdefinition, dass die Planer_innen immer in einem Spannungsverhältnis agieren. Meist gibt es viele Eigentümer_innen und Investor_innen, die in die Planung mit einbezogen werden müssen. Hinzu kommt, dass sie auch immer mit wesentlichen Kräften rechnen müssen, da die Interessen der Investor_innen nicht mit den Interessen der behördlichen Stadtplanung übereinstimmen. Zumal sich die Investor_innen auch nicht auf alles einlassen, da sie über das Kapital und somit über die Umsetzung herrschen (vgl. ebd.: 6). Die Praxis der Planung erschöpft sich also nicht nur im *Planen* sondern vorrangig auch im *Verhandeln*. Zudem muss sich die Stadtplanung immer wieder die Frage stellen, die mit der Bewertung und Abwägung von Bedürfnissen, mit der Abschätzung der Wirkung und mit unbeabsichtigten Nebenwirkungen zusammenhängen (vgl. ebd.: 7). Wird der Begriff der Planung nun auf die Stadt angewendet, definiert er sich auf das Bemühen um eine den menschlichen Bedürfnissen entsprechende Ordnung des räumlichen Zusammenhangs auf der Ebene der Stadt. Gemeint ist hier eine fachliche Leistung, die sich auf ein umfassendes Verständnis der Zusammenhänge innerhalb der Umwelt stützen muss und die zu ihrer Verwirklichung auf politische Entscheidungen einerseits, auf Rechts- und Verwaltungsverfahren andererseits angewiesen ist. Albers verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass der Wunsch nach einer solchen Einflussnahme die Überzeugung voraussetzt, dass sich ohne Einflussnahme Nachteile für die Bewohner, gegenseitige Beeinträchtigung oder Fehlinvestitionen ergeben würden.

Die Stadtplanung steht hier ebenfalls in einem Spannungsverhältnis zwischen Investor und Allgemeinwohl (Öffentlichkeit). Einerseits muss die Berücksichtigung des Allgemeinwohls gesichert werden, andererseits Freiraum für die Entfaltung individueller Nutzungs- und Gestaltungswünsche geschaffen werden. Hinzu kommt die Gruppe der Steuerzahler_innen, die Kapital in Stadtplanungsmaßnahmen unweigerlich beisteuern (vgl. Albers, 1988: 7). Gemeinwohlorientierte Stadtplanung und Marktwirtschaft stehen sich als gegenseitige Pole gegenüber. Damit ist gemeint, dass Entscheidungen der Stadtplanung müssen sich an bestimmten Wertvorstellungen und Zielen für das Gemeinwesen orientieren, zum Beispiel Sicherheit oder Gesundheit. Dem gegenüber steht der Verteilungsmechanismus Markt. Der Markt reguliert sich selber und regelt die wirtschaftlich günstigste Verteilung von Gütern aller Art. Anders ausgedrückt, wer den höchsten Betrag bezahlt, erhält die Bodennutzung. Leider wird

vergessen, dass die Sicherung von Freiflächen öffentlicher Nutzung sowie die soziale Nutzung von Flächen dabei völlig verloren gehen (vgl. ebd.: 14).

Das *Handwerkszeug* eines Stadtplaners liegt keiner direkten Theorie der Aufklärung und Wirklichkeit zugrunde. Zwar gibt es wissenschaftliche Aussagen analytischer Art zur historischen Entwicklung und zu den sozioökonomischen Zusammenhängen von anderen Disziplinen (Sozial- und Wirtschaftswissenschaften; Geowissenschaften), allerdings lassen sich diese nur bedingt zu einer Theorie der Stadt zusammenfassen. Die Planer_innen müssen jedoch trotzdem zu einer Vorstellung vom Gesamtgefüge der Stadt gelangen, an der sie die Wirkung der Maßnahmen abschätzen können. Sie kommt dabei zwangsläufig zu Vereinfachungen, die ein Modell theoretisch konstruiert. Erst in der Praxis von der Beschlussfassung durch die Stadtvertretung über die Diskussion mit anderen Behörden und mit den Bürger_innen kann abgewogen werden, in wie weit das Modell mit der Wirklichkeit übereinstimmt (vgl. Albers, 1988: 18). Allerdings wird für die Praxis der Theorieansatz, der als Entscheidungstheorie oder auch als Planungstheorie verwendet wird, angewandt. Dieser Ansatz beinhaltet die Organisation eines Planungsverfahrens. Der Inhalt ist erst mal nebensächlich. Es wird eine Abfolge der Phasen des Entscheidungsverfahrens festgelegt. Es werden logisch ablaufende Schritte unterteilt, die mit der Erfassung und Analyse der Situation und mit der Aufstellung und systematischen Ordnung von Zielen beginnen über die Klärung des Handlungsspielraumes, durch ein Bündel rechtlicher Maßnahmen in die Wirklichkeit umgesetzt werden (vgl. ebd.: 64). Unerwartete Einwirkungen, wie das voraussichtliche Verhalten der Personengruppe, an die sich die Planung wendet, lassen sich im Vorfeld nicht kalkulieren und erfassen, geschweige denn systematisieren. Hier zeigen sich also deutlich Grenzen, theoretische Grundlagen oder Erfahrungen unmittelbar in praktische Handlungsanweisungen umzusetzen. Stadtplanung gehört zu einer heuristischen Wissenschaft, die stets nach neuen praktische Lösungen suchen muss. (vgl. Albers, 1988: 19).

In Bezug auf die Rindermarkthalle St. Pauli soll geklärt werden, welchen Nutzen städtebauliche Wettbewerbe haben können, wie er im Beispiel der BA-Thesis angewandt wurde. Hierbei werden von der Stadt bestimmte Bedingungen festgelegt, wie Beachtung von Baulinien, von Gebäudehöhe oder Erhaltung Denkmalschutz und ein Juryverfahren für Projektentwicklungen. Meist versuchen die Projektentwickler_innen und Architekt_innen diese Vorgaben zu umgehen. Wettbewerbe haben den Vorteil eine größtmögliche Anzahl an Lösungsmöglichkeiten zu erhalten. Es eignet sich für Aufgaben, denen ein klares Programm zugrunde liegt, wie zum Beispiel der Neubau einer schon im Vorfeld vorgegebenen Firma. Grenzen des städte-

baulichen Wettbewerbs lassen sich erkennen, wenn Ziele und Vorgehensweisen noch abgeklärt werden müssen, wie bei längerfristigen konzipierten Planungen der strukturellen Entwicklung. Hier sollte die Möglichkeit eines beratenden Wettbewerbs in Betracht gezogen werden. Gutachter sowie der Auftraggeber und die Stadt diskutieren die unterschiedlichen Planungsvorschläge und versuchen über Präzisierung sich einem Endvorschlag anzunähern. Allerdings tritt an die Stelle der Jury ein Gremium und anstelle des Preises eine Aufwandsentschädigung für jeden der Gutachter (vgl. Albers 1988: 89). Dies würde natürlich ein längerfristiges Verfahren bedeuten, in dem Dialog und Kommunikation eine wichtige Bedeutung hätten. Albers verweist hier, dass Entscheidungen letztlich im Rat der Stadt parteipolitisch entschieden werden und dort können verdeckte Interessenkonstellationen, Rücksichten auf bevorstehende Wahlen oder parteipolitische Querelen Planungsentscheidungen beeinflussen (vgl. ebd.: 90).

5.2 Funktionen von Partizipation für die unterschiedlichen Akteure der Stadtplanung

Welche Funktion hat Partizipation für die unterschiedlichen Akteur_innen? Diese Frage soll in diesem Kapitel genauer untersucht werden. Staatliche Instanzen, die Wirtschaft sowie die Bürger_innen verfolgen unterschiedliche Interessen durch Partizipation.

Der Staat nutzt Partizipation grundsätzlich als Legitimationsfunktion für Verwaltungshandeln und politische Entscheidungen sowie zur Erhöhung der Akzeptanz von Planungen. Partizipation wird ebenfalls als Strategie genutzt. Bürger_innen eines Stadtteils sind Expert_innen ihrer Lebenswelt, so wird Partizipation genutzt, als Frühwarnsystem wodurch Folgekosten von Fehlplanungen gesenkt werden können oder es gelingt, die Herstellungs- und Unterhaltungskosten durch Mobilisierung privater Ressourcen zu senken. Auch für den Staat beinhaltet Partizipation eine Lehr- und Lernfunktion. Nicht die Lebenswelt aller sieht aus wie in einem geordneten Bürokratiealltag der Beamten. Ein weiterer Punkt ist das Verhindern von sozialen Folgekosten. Die Verhinderung von Segregations- und Verdrängungsprozessen funktioniert nur durch die Hilfe von Partizipationsprozessen (vgl. Lüttringhaus, 2000: 152ff.). Die Beteiligung an informellen Verfahren verspricht nicht nur einen Zeit-, sondern auch einen Reputationsgewinn und schafft Rechts- und Planungssicherheit und somit dient es letztendlich der Prosperität der Kommune - aber auch der Machterhaltung bzw. -gewinnung der Entschei-

dungsträger. Busch zeigt, dass Image, Sicherheit und wirtschaftlicher Gewinn Vorrang haben. (vgl. Busch, 2009: 95). Funktionen für die Ökonomie dominieren alleinig an der Effektivierungsfunktion und Effizienzsteigerung. Lüttringhaus verdeutlicht, was vorgeschobene Gründe sind und welche Funktion in der Realität angestrebt wird. Durch Partizipation soll zwar offiziell das soziale Klima, die Toleranz im Quartier und die Identifikation mit dem Umfeld gesteigert werden, allerdings geht es vorrangig um Reduktion der Staatsabgaben (vgl. Lüttringhaus, 2000: 152ff.). Für die zivile Gesellschaft lassen sich viele Gründe finden. Partizipationsprozesse dienen als Kontrollfunktion der ausführenden Parteien und als Rechtsschutzfunktion. Auch hier findet eine Lehr- und Lernfunktion statt. Bürger_innen können Politik so als eigenes Anliegen erfahren. Gemeinschaft und kollektives Handeln werden gestärkt und Beziehungen zwischen den einzelnen Akteur_innen können verbessert werden (vgl. ebd.).

Bewohner_innen sind zur Teilnahme an Beteiligungsverfahren motiviert, weil damit nicht nur die Möglichkeit einhergeht, kommunale Entscheidungen, sondern vor allem das eigene Wohn- und Lebensumfeld mitgestalten zu können (vgl. Busch, 2009: 95).

„Als letzter Punkt sei die Emanzipationsfunktion genannt. Hiermit ist die persönliche Erweiterung der Selbstbestimmungs- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten bei gleichzeitigem Abbau der Fremdbestimmung gemeint“ (vgl. Lüttringhaus, 2000: 152ff.).

Hiermit ist der Wille von Bürger_innen gemeint, die Möglichkeit zu haben, etwas zu entscheiden, nicht ausgeliefert zu sein, sich frei zu fühlen. Gelingt es im Beteiligungsprozess, die unterschiedlichen Interessenlagen der Beteiligten miteinander zu vereinbaren, dann ist die Voraussetzung für eine *win - win-Situation* gegeben. Wenn in einem Beteiligungsverfahren für alle Beteiligten eine gewinnbringende Situation entsteht, erschließt sich der Vorteil von Kooperationsprozessen von selbst. Ob dies erreicht werden kann, zeigt sich jedoch erst bei der Durchführung eines Beteiligungsverfahrens und kann nicht von vornherein als quasi beiläufig eintretender Effekt voraus gesetzt werden (vgl. Busch, 2009: 96). Wagner konstatiert, dass Partizipation oft zu herrschaftlichen Zwecken instrumentalisiert wird. Aus Staats- und Unternehmenssicht wird nur zu oft eine Alibi – Beteiligung, in Form von kompetenzlosen Beiräten, angeboten. Erstens wird diese Alibi – Beteiligung genutzt, um weiterhin hierarchisch angelegte Entscheidungs- und Steuerungsprozesse über die Beteiligung von *betroffenen* Akteur_innen zu legitimieren. Zweitens dient sie der Verringerung möglichen Widerstandes und drittens beinhaltet sie eine Form des *tyrannischen Imperatives* (vgl. Wagner, 2012: 21). Darunter ver-

steht Wagner, Personen in die Pflicht zu nehmen und sich verantwortlich zu beteiligen, obwohl die Beteiligung von Kontrolle und Zwang durchzogen ist. Beteiligungsmöglichkeiten müssen so immer im Spannungsverhältnis zwischen Emanzipation und Herrschaft gesehen werden (vgl. Wagner, 2012: 23).

6. Partizipation und die Rindermarkthalle St.Pauli

Dieses Kapitel *Partizipation und die Rindermarkthalle St. Pauli* nimmt das eigentliche Verfahren am Beispiel des Planungsprojektes der Rindermarkthalle in den Blick. Es wird gezeigt, wie genau der geschichtliche Ablauf des Stadtplanungsprozesses zustande gekommen ist, um dann die Planungsinstrumente der Stadt sowie der Stadtteilinitiativen zu benennen und einzuordnen. Die Darstellung orientiert sich an den im vierten Kapitel dargelegten wissenschaftlichen Annahmen zur Partizipation. Welche Stufe der Beteiligung nach Arnstein und Wickrath wird mit welchem Planungsinstrument erreicht? Sind Einflussfaktoren, die Beteiligung behindern oder positiv beeinflussen, im Verfahren beachtet worden? Fällt die Bewertung des Verfahrens nach der Systematik von Nanz und Fritsche positiv aus? Diese Analyse soll helfen, das Verfahren abschließend einzuschätzen und zu kommentieren.

6.1 Geschichtlicher Ablauf des Stadtplanungsprozesses

Um den geschichtlichen Ablauf des Stadtplanungsprozesses der Rindermarkthalle St. Pauli gerecht zu werden, wurde die Methodik der Dokumentenanalyse verwendet. Das zugrunde liegende Material besteht aus Sitzungsprotokollen der Interessengemeinschaft, Korrespondenz, Flugblättern, Presseerklärungen, Veröffentlichungen im Internet, Zeitungsartikeln. Daneben basiert dieser Bericht vor allem auf eigenen Erfahrungen und den empirischen Ergebnissen von Rinn²².

Es gab von Beginn des Stadtplanungsprozesses an, keine klare Vorstellungen über eine systematische Auswertung sowie spätere wissenschaftliche Bearbeitung, so dass keine begleiten-

²² Empirische Grundlage sind Interviews, die Rinn mit politisch-administrativen Akteur_innen (in der BSU, in Bezirksämtern, bei privaten Dienstleistern der Stadtentwicklung), Gewerbetreibenden und Investor/innen sowie stadtteilpolitischen Initiativen im Rahmen seines Forschungsprojektes zu *Politischen Konflikten um städtischen Raum* geführt hat, sowie Dokumentenanalysen und teilnehmende Beobachtungen – im Zeitraum von 2010 bis Mitte 2012 (vgl. Rinn, 2012: 18).

de, wissenschaftlich fundierte Dokumentation durchgeführt wurde. Der geschichtliche Rückblick startet am 13. April 2010 und reicht bis in die Gegenwart, da der Prozess der Stadtplanung noch nicht abgeschlossen ist. Die erste öffentliche Veranstaltung, unter dem Titel *Machbarkeitsstudie Alte Rindermarkthalle in Form eines kooperativen Gutachterverfahrens* fand am 13. April 2010 im Wirtschaftsgymnasium St. Pauli statt. Hintergrund war die Umgestaltung der Nutzungsform einer zwischen den Sanierungsgebieten Schanzenviertel, Karolinenviertel und St. Pauli Nord – Wohlwillstraße gelegenen stadteigenen Fläche mitsamt der in Teilen als Denkmal anerkannten *Alten Rindermarkthalle*. Letzter Ankermieter des Gebäudes war die real, SB Warenhaus GmbH, die wegen roter Zahlen zu Ende 2010 kündigte (vgl. Müller, 2010: 6). Der Bezirk setzte ohne Mitsprache der Bevölkerung das Ankerkonzept Music Hall ein und führte einen kooperativen Wettbewerb unter sechs zuvor ausgewählten Architekten- und Planungsbüros durch. Vorgegebene Größen von Seiten der Stadt beinhalteten je einen Entwurf für den vollständigen Abriss sowie für den Erhalt der *Alten Rindermarkthalle*, Einzelhandelsnutzung, Wohnungen, Music Hall und kulturelle Nutzung. Hinzu wurden zwei Workshops mit Bürger_innen-Beteiligung angeboten, eine Ausstellung sowie eine Abschlussveranstaltung sollten das Beteiligungsverfahren abrunden (vgl. ebd.). Schon bei der Auftaktveranstaltung kam es zu einem eklatanten Aufprall zwischen Stadtplanungsakteur_innen und Anwohner_innen. Anwohner_innen warfen mit Konfetti und starteten vor Ort eine Wunschproduktion²³ und sammelten Ideen der Anwohner_innen. Es kam nicht zu einer geplanten Informationsveranstaltung, sondern der Stadt wurde faktisch die Macht aus der Hand genommen und die Anwohner_innen eigneten sich die Veranstaltung selbst an. Die Folge war, dass die bevorstehenden Workshops nicht mehr komplett offen waren, dass jeder, der teilnehmen wollte, sich namentlich ausweisen musste (vgl. Rinn, 2012: 19). In dieser Anfangsphase gründete sich auch die Initiative *leute:real*, die mit Flugblättern schnell Offenheit, keine vordefinierten Ziele, Zeit für die Planung, neue basisdemokratische Herangehensweisen, keine vorgegebenen Verwertungsinteressen forderte und klar artikulierte was im Stadtteil nicht gewünscht ist, wie zum Beispiel: Shoppingzonen für gehobene Ansprüche, Eventgastronomie und Mehrzweckhallen (vgl. ebd.: 20). Die Siegerentwürfe und die Ergebnisse der Workshops wurden im November 2012 bei der Abschlussveranstaltung veröffentlicht. Bei dieser Veranstaltung trat eine zweite Initiative an die Öffentlichkeit: Das *Labor für urbane Transformation LAUT*, das die Wunschproduktion umsetzen wollte und direkt 16.000 Frage-

²³ Die Kollektive Wunschproduktion ist ein Instrument für eine selbstbestimmte Stadtteilentwicklung. Anders als in herkömmlichen Planungsverfahren, in denen Anwohner_innen in begleitenden Workshops an Vorgaben durch Behörden entlang arbeiten, versucht die Wunschproduktion zunächst allen Anwohner_innen frei ihre Wünsche und Bedürfnisse artikulieren zu lassen. Aus diesen wird nach und nach ein gemeinsames Konzept entwickelt, das möglichst viele Interessen und Bedürfnisse berücksichtigt. In diesem Prozess wird auch reflektiert, was Leben in der Stadt bedeutet (vgl. Wunschproduktion, 2012).

bögen in der Nachbarschaft verteilte (vgl. ebd.: 19). Initiativen starteten eigene Planungsverfahren. Vom Bezirk kamen monatelang keine weiteren Informationen. Unter anderem die LINKE kritisiert, dass bis jetzt keine vernünftige Informationsveranstaltung stattgefunden hat sowie erst recht keine Beteiligung der Anwohner_innen (vgl. Die Linke Landesverband, 2010). Als erste Zwischennutzung folgte ein Wochenmarkt auf dem Außengelände. Dort wurde Markus Schreiber²⁴ bei Eröffnung die ersten Ergebnisse der Wunschproduktion überreicht. Hinzu kam nun eine dritte, frisch gegründete Initiative *die Keimzelle*²⁵. Gegründet wurde sie, da durch die Umfrage der Wunschproduktion öffentlich wurde, dass sich sehr viele Anwohner einen Garten wünschen, in dem sie auch Gemüse anbauen können. Vorerst kam das Projekt im Karolinenviertel auf dem Ölmühlenplatz unter, hat zukunftsorientiert das Ziel, ein Grünareal auf der Außenfläche der Rindermarkthalle zu errichten (vgl. Rinn, 2012: 20). Laut und die leute:real errichteten im August 2011 die Planungswürfel auf dem leerstehendem Außengelände, um Beteiligung der Anwohner_innen demokratisch weiterhin realisieren zu können und den Druck auf Finanzbehörde und Bezirk zu erhöhen (vgl. die leute:real, 2011: Anhang 1). Im September 2011 veröffentlichten die Finanzbehörde, der Bezirk Mitte, die Sprinkenhof AG²⁶ sowie ein Vertreter der EDEKA-Gruppe das Zwischennutzungskonzept für 10 Jahre (vgl. Unser Areal, 2011: Anhang 10).

Das Konzept beinhaltet neben EDEKA (6000 qm), ALDI (900 qm), BUDNIKOWSKY (800 qm), eine Markthalle (3000 qm) sowie 600 qm für sozio-kulturelle Verwendung, über die mit den Anwohner_innen gern geredet werden könnte. Anlässlich der Bindung an Ausbau und Sanierung und somit ein hohes Investitionsvolumen ist wohl schon jetzt nicht mehr von 10 Jahren Zwischennutzung auszugehen (vgl. die leute:real, 2011: Anhang 4). Die leute:real beklagen in ihrer Presseerklärung vom 20.11.2011 den erneuten Versuch der Stadt Bürger_innen vorgegebene Ziele und Interessen vorzulegen, anstatt Bürgerbeteiligung anzufangen, und fordert den Stopp der aktuellen Verträge (vgl. Unser Areal, 2011: Anhang 11). Die anliegenden Sanierungsbeiräte Schanzenviertel, Karolinenviertel und St. Pauli Nord – Wohlwillstraße sahen ebenfalls keine direkte Bürgerbeteiligung gegeben und forderten die Stadt durch Beiratsempfehlungen dazu auf, mehr Anwohner in den Stadtplanungsprozess mit einzubeziehen, den Sanierungsbeirat Sternschanze zu informieren und baten um mehr Zeit. Anfang des

²⁴ Bezirksamtsleiter Hamburg Mitte 2002-2012.

²⁵ Seit Mai 2011 befindet sich ein kleiner sozialer Garten im Hamburger Karolinenviertel: die Keimzelle. Diesen Ort können alle Anwohner_innen gemeinschaftlich nutzen, als Erholungsort, Treffpunkt oder zum gärtnern. Um an der Keimzelle teilzuhaben, muss niemand institutionelles Mitglied werden (vgl. Keimzelle, 2012).

²⁶ Die Sprinkenhof AG bewirtschaftet alle staatseigenen bebauten und überwiegend gewerblich genutzten Mietobjekte (vgl. Sprinkenhof AG). Die Entscheidung der Freien und Hansestadt Hamburg, ihren Liegenschaftsbesitz nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen verwalten zu lassen, war zum damaligen Zeitpunkt (1950) einmalig in Deutschland (vgl. Sprinkenhof AG, 2013).

Jahres bildete sich erneut eine neue Gruppe unter dem Namen Koordinierungsgruppe der Sanierungsbeiräte St. Pauli. Die Gruppe ergab sich aus unterschiedlichen Personen der Sanierungsbeiräte Wohlwillstraße, Karolinentempel sowie Sternschanze. Die Treffen sollten die Koordinierung von bestimmten Beiratsempfehlungen verbessern und somit zu mehr Erfolg führen. Am 13.02.2012 veröffentlichte die Initiative die leute:real erneut ein Flugblatt sowie einen Blogbeitrag, indem Stellung zu den relevanten Begriffen des Planungsverfahrens genommen wird. Partizipation, Kooperation sowie Wünsche werden von der Initiative definiert und in das derzeitige Verfahren eingeordnet (vgl. die leute:real, 2012: Anhang 5). Am 03.05.2012 rief die Koordinierungsgruppe der Sanierungsbeiräte zu einem selbstständig organisierten Treffen für alle Anwohner_innen im Haus der Familie St. Pauli auf. Der Titel war *Kulturelle und soziale Nutzung – wie viel Fläche für wen? Wie soll darüber entschieden werden* (Koordinierungsgruppe, 2012: Anhang 13)?

Ein zweites Treffen folgte am 08.05.2012. Alle Ergebnisse wurden protokolliert und dem Fachamt für Stadtentwicklung zugesandt. Die erste Veranstaltung galt der Findung offener Fragen am Planungsprozess. Wie im Protokoll gesehen werden kann, hörten die Teilnehmer gar nicht mehr auf Fragen zu finden. Das zweite Treffen bezog sich auf die Vergabe der sozio-kulturellen Flächen und wie diese Flächen vergeben werden können (Koordinierungsgruppe, 2012: Anhang 14). Mitte Mai setzten die Initiativen nun ein öffentliches Denkmal zur verhinderten Beteiligung am Stadtplanungsprozess Alte Rindermarkthalle. Mitglieder verschiedener Stadtteilinitiativen haben die Bestandteile der Planungswürfel zu einem Leuchtturm für die verhinderte stadtplanerische Teilhabe aufgeschichtet. Zuvor waren sämtliche Bemühungen um eine transparente Planung und sämtliche Gesprächsangebote seitens der Anwohner_innen an der Verweigerungshaltung der offiziellen Stellen gescheitert. Mit dem im Geheimen ausgehandelten Vertrag über eine mindestens zwölf Jahre währende Vergabe des Rindermarkthallenareals an einen Einzelhandelskonzern versucht die Stadt Fakten zu schaffen, die für die mit dem Areal befassten Initiativen nicht akzeptabel sind. Der Leuchtturm setzt ein Zeichen des fortgesetzten Widerstands gegen eine ignorante Stadtplanung von oben (vgl. die leute:real, 2012: Anhang 6). In der Hamburger Online - Ausgabe der Bild wird am 28.07.2012 ein Artikel veröffentlicht, in dem erstmals medial das Konzept der Rindermarkthalle als Riesen – Einkaufs – Center beschrieben wird. Auch die unterschiedlichen Rollen der Pächter werden hier erstmals recht unverblümt dargestellt: Holst sorgt für das Lokalkolorit und Meyer für den Champagner (vgl. Bild, 2012). Am 31.08.2012 veröffentlichen nun auch die Grünen/Fraktion Hamburg Mitte, dass offiziell keine Bürgerbeteiligung stattgefunden hat und das Verfahren einer Farce gleicht, da im Grunde alles im Voraus geplant war und die

Bürger_innen nur noch reagieren konnten (vgl. Grüne Hamburg – Mitte, 2011). Mitte Oktober trafen sich die beteiligten Initiativen die leute:real, das Grünareal sowie die Wunschproduktion zu einer öffentlichen Konferenz im Karolinenviertel (Centro Sociale) unter dem Thema *Rindermarkthalle und die verfehlte Planungspolitik* (vgl. die leute:real, 2012: Anhang 7). Am 24.09.2012 war es nun soweit und die Stadt Hamburg lud zur Auftaktveranstaltung zur Zukunft der Rindermarkthalle in das Wirtschaftsgymnasium an der Budapester Straße ein. Hier wurde das Konzept, den Ankermieter EDEKA einzusetzen, der wiederum an BUDNIKOWSKY und ALDI vermietet, vorgestellt. Es wurde betont, dass die restliche Nutzung der Quadratmeter zwar auf vorgegebene Nutzung beschränkt ist, wie zum Beispiel stadtteilbezogen, Büronutzung, Gastronomienutzung, aber ansonsten ist die Einflussmöglichkeit groß und vollkommen offen. Hinzu kam, dass die Stadt Hamburg ab jetzt nicht mehr selbst das Planungsverfahren betreut, sondern die Firma Maßmann & Co. Handelsimmobilien GmbH für die Abwicklung des Stadtplanungsprozesses sowie die Beteiligungsverfahren eingesetzt wird (vgl. Utopie TV, 2012). Maßmann & Co. setzten in den folgenden Wochen eine Internetseite zur Rindermarkthalle an (www.rindermarkthalle-stpauli.de) und führte öffentlichkeitswirksame Maßnahmen durch, wie die öffentlichen Begehungen der Baustelle Rindermarkthalle (vgl. Maßmann & Co., 2012: Anhang 15).

Gleichzeitig setzten die Initiativen in den gleichen Wochen Zeichen, die die Aufmerksamkeit auf die Nichtbeteiligung sowie Fehlplanung im Verfahren verdeutlichen. Unter anderem durch die Presseerklärung am 26.10.2012 indem gefordert wird:

- den jetzigen Plan neu zuzuschneiden,
- die Nahversorgungsflächen auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren und
- eine Anwohner-Planungskommission zu bilden, die sämtliche Flächen außerhalb der Nahversorgung beplant (vgl. die Wunschproduktion, 2012: Anhang 19).

Um dies medial zu verdeutlichen, fand am 11.11.2012 eine Flatterbandaktion statt, die durch das Netzwerk Recht auf Stadt organisiert war, allerdings in jedem Stadtteil die eigenen Themen propagierte. Die Aktion lief unter dem Motto: *gegen eine Stadtentwicklung als Investorenpolitik*. Das Band sollte symbolisch für die Vernetzung der Initiativen in der Stadt Hamburg stehen. In der Aktion vor Ort im Karolinenviertel und in St. Pauli wurde durch Zettel, die an das Band geklebt wurden, die Fehlplanung der Rindermarkthalle thematisiert (vgl. die leute:real, 2012: Anhang 8). Am 21.11.2012 folgte nun die nächste offizielle Veranstaltung organisiert nun bereits von Maßmann & Co. unter dem Namen *Vergabeverfahren für stadtteil-*

bezogene Nutzungen im 1. Obergeschoss. Ergebnis der Veranstaltung ist die Festlegung einer Jury/Vergabekommission, um Entscheidungen zu treffen, wer die stadtteilbezogenen Flächen von 800 qm nutzen kann. Das Plenum hat nach ausführlicher Diskussion zur Zusammensetzung des Vergabekomitees folgenden Vorschlag erarbeitet: Jeweils drei Mitglieder der drei Beiräte, jeweils eine Vertreter_innen der sechs Parteien, jeweils eine Vertreter_innen vom Bezirksamt, Maßmann & Co., EDEKA. Diese jedoch nur beratend und organisierend und ohne Stimmrecht, jeweils eine Vertreter_innen der Stadtteil-Initiativen. So diese denn teilnehmen wollen (vgl. Maßmann & Co., 2012: Anhang 16). Am 17.12.2012 folgte nun eine Veröffentlichung der Initiativen unter dem Titel *Planung vor dem Aus – Plan B muss her*. Das Flugblatt thematisierte den internen Streit zwischen EDEKA Nord und Meyer/Holst, die den Pachtvertrag übernehmen sollten und weist darauf hin, dass das Zukunftsmodell der Rindermarkthalle nicht wirtschaftlich sei und fordern das die Planungshoheit zurück zum Bezirk Mitte muss, anstatt in privatwirtschaftliche Hände (vgl. Unser Areal, 2012: Anhang 12).

Direkt im neuen Jahr folgte die Gegendarstellung von Maßmann & Co., die die Gerüchte dementierten (vgl. Maßmann & Co., 2012: Anhang 17). Ende Januar sollte nun die Jury/Vergabekommission durch die Sanierungsbeiräte St. Pauli's abgeseget werden. Der Sanierungsbeirat Karolinenviertel stimmte am 31.01.2013 mehrheitlich dagegen, an der Stadtteilkommisionsfarce von Bezirk und EDEKA/Maßmann & Co. zur Verteilung von knapp 2,5% der Fläche teilzunehmen. Im Sanierungsbeirat Wohlwillstraße ergab die Abstimmung am 05.02.2013 ein Patt 7 zu 7 Stimmen. Dies wurde von der leitenden Steg²⁷ direkt als Zustimmung umgedeutet. Als letztes fehlt nun die Zustimmung des Sanierungsbeirats Sternschanze, der offiziell im Verfahren nicht ernst genommen wird, da er erstens nicht im gleichen Quartier liegt und zweitens offiziell durch die Steg nicht mehr besteht, sondern durch Anwohner als eigener Verein fortgesetzt wird. Aber auch dieser veröffentlichte die Ablehnung an einer Jury.

Am 07.02.2013 wurden offiziell die Verträge der Rindermarkthalle St. Pauli zwischen der Stadt und EDEKA unterschrieben. Im gleichen Zuge verweist Maßmann & Co. auf den folgenden Workshop am 09.02.2013 hin, in dem erneut diskutiert und optimiert werden darf (vgl. Maßmann & Co., 2012: Anhang 18).

²⁷ steg Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH: verwaltet treuhänderisch für die Stadt Hamburg Immobilien.

6.2 Planungsinstrumente

Im Folgenden sollen die einzelnen Planungsinstrumente, die im Zuge des Stadtplanungsprozesses Alte Rindermarkthalle angewendet wurden, dargelegt werden, um zu einer Abschlusseinschätzung des Verfahrens zu gelangen. Hierbei werden die Instrumente einerseits von Seiten der Stadt darlegt, andererseits aber auch die Instrumente, die von den Stadtteilinitiativen durchgeführt wurden.

Planungsinstrumente Stadt Hamburg:

Die Stadt Hamburg startete den Stadtplanungsprozess mit dem *kooperativen Planungsverfahren Machbarkeitsstudie Alte Rindermarkthalle 2010*. Im Rahmen dessen wurden sechs Büros beauftragt jeweils zwei planerische Entwürfe, ein Umnutzungskonzept der bestehenden Halle (Erhalt-Variante) sowie eine alternative Neuordnung des Geländes nach Abriss der Halle (Neubau-Variante) zu entwerfen. Folgende Vorgaben erteilte die Stadt: Einzelhandel, Markthalle (kleinteilige Ladenflächen), zusätzliche kleinteilige Einzelhandelsgeschäfte, Musikhalle, Gastronomie, Büroflächen, gemeinnützige und kulturelle Nutzung sowie Sport- und Freizeitanutzung. Es folgte die *Information* der anliegenden Sanierungsbeiräte sowie eine öffentliche Informationsveranstaltung am 13.04.2010, um die Anwohner_innen zu informieren.

Am 04.05.2010 und 08.06.2010 fanden zwei Workshops statt, zu denen sich jeder Interessierte anmelden konnte, allerdings unter Vorlage des Personalausweises. Dort wurden die einzelnen Arbeitsstände der Entwürfe vorgestellt und auf Rückfragen der Anwesenden eingegangen. Dies wurde transparent auf der Internetseite des Fachamtes Stadt- und Landschaftsplanung veröffentlicht. 28.06.2010 gab es die letzte öffentliche Gelegenheit alle zwölf Entwürfe zu kritisieren, auch hier wurde fleißig protokolliert und die Ergebnisse wurden später zur Veröffentlichung hochgeladen.

Am 06.07.2010 tagte das Preisgericht. Je eine Neubau-Variante sowie eine Erhalt-Variante bekamen den ersten Platz. Eine öffentliche Veranstaltung sollte im September 2010 folgen. Gleichzeitig wurden die Modelle in den Räumen des Stadtmodells in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ausgestellt (vgl. Müller 2010: 6ff.). Als Zwischennutzungskonzept wurde ein Wochenmarkt eingesetzt. Erst am 24.09.2012 folgte die nächste öffentliche Veranstaltung, die eigentlich für September 2010 versprochen war und erst einmal wieder für Informationen am derzeitigen Planungsstand sorgen musste. Zudem wurde Maßmann & Co. als

neue Projektentwickler und Beteiligungsplaner vorgestellt. Maßmann & Co. starteten eine Internetseite zur Förderung der Beteiligung, die auch über Informationen und einem Blog verfügt und führte Baustellenbegehungen durch. Am 21.11.2012 folgte eine Veranstaltung unter dem Namen „Vergabeverfahren für stadtteilbezogene Nutzung“ im 1. Obergeschoss. Es sollte mit den Anwohner_innen überlegt werden, wie die Flächen von 800 qm für sozio-kulturelle Flächen vergeben werden sollen. Hinzu kam die Befragung der Sanierungsbeiräte Wohlwillstraße/Karolinenviertel, ob jemand in die Kommission geschickt werden soll. Ein weiterer *Workshop* von Maßmann & Co. fand am 09.02.2013 statt, unter dem Titel Konzeptdiskussion. Dort wurde erneut geklärt, was umgesetzt werden kann und was nicht, wie auf der Internetseite von Maßmann & Co. veröffentlicht wurde (vgl. Kapitel 6.1).

Planungsinstrumente Initiativen:

Die Initiative die leute:real veröffentlichten von Anfang an den Verlauf des Stadtplanungsprozesses sowie ihre eigenen Presseerklärungen und Stellungnahmen auf einer selbst angelegten Internetseite (+Blog). Die Wunschproduktion sowie Laut starteten die Wunschproduktion und verteilten 16.000 Fragebögen in den angrenzenden Vierteln und werteten diese später auch aus. Aus der Auswertung der Fragebögen ergab sich ein großer Wunsch der Anwohner_innen nach einer Grünfläche, in der gegärtnert werden darf und die Möglichkeit für Großstädter besteht, Gemüse anzubauen. In Anbetracht der Tatsache wurde die Keimzelle gegründet, die vorläufig im Karolinenviertel untergekommen ist, aber zum Ziel ein Grünareal auf dem Außengeländer der Rindermarkthalle hat. Die leute:real und Laut errichteten im August 2011 die Planungswürfel, als weitere Möglichkeit eine Planung für alle anzubieten. Diese verfügen über Öffnungszeiten, in denen über die Planung informiert wird sowie andere Angebote wie Kurzfilme und Glühweinabende werden angeboten. Auch in den Sanierungsbeiräten befinden sich mehrere Aktivisten der Initiativen und stimmen gegen ein derzeitiges Verfahren ohne ausreichend Bürgerbeteiligung und gegen die Teilnahme an der Jury für eine Stadtkommission. Im Mai 2011 stellten Mitglieder verschiedener Stadtteilinitiativen den Leuchtturm der verhinderten Beteiligung auf, um so ein öffentliches Denkmal zu setzen. Im September 2011 folgte eine öffentliche Konferenz der Initiativen unter dem Namen *Rindermarkthalle und die verfehlte Planungspolitik* im Centro Sociale statt. Veranstaltungsangebot am 03.04.2012 sowie am 08.05.2012 unter dem Motto *Wie sollen die sozio – kulturellen Flächen vergeben werden* mit Protokollant und Veröffentlichung der Protokolle. Im November nahmen die Initiativen an einer Flatterbandaktion teil, die das Thema der Rindermarkthalle sowie die Vernetzung der *Recht auf Stadt* Organisationen thematisierte (vgl. Kapitel 6.1).

6.3 Auswertung der Planungsinstrumente

Um die Planungsinstrumente auswerten zu können, bieten sich die Inhalte der Themenblöcke Partizipation sowie Partizipation und Stadtplanung (Kapitel 4 und 5) an. Systematisch soll das Verfahren der Rindermarkthalle auf die erreichten Stufen der Partizipation im Hinblick auf das Stufenmodell von Wickrath und Arnstein, den politischen Determinanten in Anlehnung an Buse, der Systematik von Nanz und Fritsche sowie die Funktionen und Ziele politischer Partizipation untersucht werden.

Laut dem Stufenmodell von Arnstein und Wickrath werden im gesamten Verfahren keine höheren Stufen der Beteiligung als die erste und die zweite erreicht. Von Seiten des Staatssystems sowie später des Projektentwicklungsteams Maßmann & Co. fand vorrangig nur Stufe 1 der Beteiligung statt. Informationen wurden weitergegeben an Interessierte durch die öffentliche Veranstaltung zum Preisgericht am 13.04.2010, die Weitergabe an die Sanierungsbeiräte, Ausstellung der Preismodelle sowie in der öffentlichen Veranstaltung am 24.09.2012 (vgl. Kapitel 4.2). Stufe 2 der Beteiligung wurde teilweise erreicht, in Form von Austausch, Dialog und Erörterung. Dies fand in diversen Workshops, in den Sanierungsbeiräten sowie auf dem Internetblog von Maßmann & Co. statt. Hierbei handelt es sich allerdings nur um die Einplanung von bestimmten Zeiträumen für Fragen und Kritik, dies schließt noch nicht die tatsächliche Einbindung und Umsetzung von Vorschlägen bzw. Kritik ein (vgl. Kapitel 4.2). Offe weist in diesem Zusammenhang auf drei weitere Funktionen von Beteiligung aus Sicht des Staatssystems hin, von denen zwei in diesem Beispiel vorliegen. Bürgerbeteiligung als *Treibsatz* bedeutet die Rahmenbedingungen sind vorab festgelegt, in deren Rahmen vorgefertigte Beschlüsse geändert werden können (vgl. Kapitel 4.2). Der Stadtplanungsprozess Rindermarkthalle startete von Anfang an mit einem kooperativen Planungsverfahren unter Vorgabe von Auflagen (Musikhalle, Nahversorgung etc.). Auch später im Verfahren lässt sich diese Vorgehensweise erneut auffinden, wie zum Beispiel bei der öffentlichen Veranstaltung *Vergabeverfahren für die stadtteilbezogene Nutzung*. Auch hier war das Thema bzw. der Rahmen bereits vorgegeben und die Teilnehmer_innen konnten nur noch reagieren.

Als zweites nennt Offe Bürgerbeteiligung als *symbolische Gratifikation*. Darunter versteht er Schein – Partizipation, die nicht wirklich stattfindet, sondern die Planer in ein besseres Licht rückt. Dies lässt sich gerade an der Internetseite von Maßmann & Co. sehr gut verfolgen. Dokumentation, einen Internetblock (der kaum genutzt wird), Baustellenbegehungen und Work-

shops, in denen reagiert werden darf, kommen leider auch nicht über die erste und zweite Stufe der Beteiligung hinaus (vgl. Kapitel 4.2). Stufe 3 die partnerschaftliche Kooperation sowie Stufe 4 der Machtausgleich zwischen den Beteiligten werden nirgends im Verfahren erreicht (vgl. Kapitel 4.2). Auch aus Sicht der Bürger_innen werden nicht mehr, als die ersten beiden Stufen erreicht. Sie werden informiert, was als Voraussetzung für aktive Beteiligung zählt (Stufe 1) und es gab die Möglichkeit der Beratung, der Anhörung, der Stellungnahme sowie der Erörterung. Es konnte Einfluss auf den Prozess genommen werden, aber nicht auf den Beschluss selbst (vgl. Kapitel 4.2). Die Planungsinstrumente der Initiativen, die autonom ausgeführt wurden, aber leider nicht ins Verfahren aufgenommen worden sind, weisen deutlich bessere Partizipationsmöglichkeiten auf. Die Wunschproduktion versuchte mit 16.000 Fragebögen alle direkten Anwohner_innen abzudecken und so die Mitbestimmung aller zu ermöglichen. Der Vorgang wurde sehr niedrigschwellig angelegt und zwar durch Posteinwurf in die Briefkästen der Einwohner_innen. Später wurden die Fragebögen ausgewertet und ein Ranking an Wünschen erstellt, die erstens kontinuierlich an die Mitwirkenden des Stadtplanungsprozesses herangetragen wurden und zweitens zur Folge hatten, dass die Keimzelle gegründet wurde. Alleine dieser Weg beinhaltet Stufe 1–4 des Stufenmodells. Anwohner_innen wurden informiert (Posteinwurf), konnten mitwirken (Ausfüllen des Fragebogens), konnten mitentscheiden (Auswertung der Fragebögen) und konnten Selbstverantwortung übernehmen in der kurzfristig gegründeten Keimzelle. Ob Stufe 5 die Eigenständigkeit noch eintritt, in diesem Falle die tatsächliche Gründung des Grünareals auf dem Gelände der Rindermarkthalle, ist noch ungewiss.

Im Folgenden sollen die Determinanten politischer Partizipation in Anlehnung an Buse mit dem Verfahren der Rindermarkthalle verglichen und untersucht werden. Auf der Seite der objektiv – strukturellen Grundlagen ist Voraussetzung, sich für den Stadtplanungsprozess zu interessieren, erst einmal die Betroffenheit. Im Falle der Rindermarkthalle handelt es sich, um die indirekte tangierte Öffentlichkeit (Interesse für ein bestimmtes Thema) (vgl. Edlinger/Botymka Kapitel 4.3). Das Gebäude gibt es schon seit 1951 und soll nun neu gestaltet (vgl. die leute:real, 2010: Anhang 9). In diesem Fall ist somit niemand direkt betroffen, wie es zum Beispiel bei Abriss von Wohnungen für einen Neubau wäre. Es handelt sich bei dieser Betroffenheit eher um Nutznießung (Verbesserung der Situation) (vgl. Buse, 1977/Hollihn, 1978; zit.n. Lüttringhaus 2004: 139 Kapitel 4.3). Leider dienen die weiteren Inhalte politischer Determinanten, gerade die subjektiven, nicht, um dieses Verfahren weiter einschätzen zu können. Hierzu müssten weitere empirische Daten erhoben werden. Zuletzt soll das Verfahren an verschiedenen Charakteristika eines Beteiligungsverfahrens nach Archon Fung ein-

geschätzt werden. Der erste Punkt befasst sich mit der Dauer und der Größe des Verfahrens. Im Falle der Rindermarkthalle handelt es sich eher um punktuelle Events, statt einem kontinuierlichem Verfahren, die individuell angelegt werden. Fakten wie lange das Verfahren insgesamt andauern soll und wann was passieren soll, werden nicht transparent an die Teilnehmer_innen veröffentlicht. Termine werden zum Teil eher überraschend bis zu fünf Tage vorher auf der Internetseite und über die Sanierungsbeiräte veröffentlicht. Die Möglichkeit der Gruppendiskussion sowie das Arbeiten in kleinen Gruppen waren in zwei Workshops von Maßmann & Co gegeben, allerdings nur weil nicht mehr Menschen dem Aufruf gefolgt sind (vgl. Nanz/Fritsche Kapitel 4.4). Punkt zwei betrifft nach Archong Fung die Auswahl der Teilnehmer. In diesem Verfahren findet sich eine Mischform vor. Die Auswahl fand nach dem Prinzip der Selbstelektion statt mit dem Versuch der Nachrekrutierung, die aber zu meist in den Sanierungsbeiräten scheiterte. Ebenfalls ist hier wichtig, wie für ein Beteiligungsverfahren geworben wird. Im kompletten Verfahren gab es zwei Plakate in minimierter Stückzahl zu öffentlichen Veranstaltungen, alles andere wurde nur über die Sanierungsbeiräte und dadurch über Mund – zu – Mund – Propaganda weitergetragen oder über die Internetseite von Maßmann & Co. Dies spricht für ein sehr hochschwierig angelegtes Verfahren (vgl. Nanz; Fritsche Kapitel 4.4). Punkt drei befasst sich mit den Kommunikationsformen und beschreibt das Gleiche, wie die Stufen der Partizipation nach Arnstein und Wickrath und wird dementsprechend ausgelassen. Der letzte Punkt bezieht sich auf die Ziele der Initiatoren und somit der Stadt Hamburg. Hier kann zurückgegriffen werden auf Kapitel 5.2 Funktionen der unterschiedlichen Akteure der Stadtplanung. Aussagen zu diesem Punkt können leider nur hypothetisch bleiben, da Dokumentationen von Zielen der Stadt oder des Projektentwicklers leider nicht transparent veröffentlicht werden. Öffentlich genanntes Ziel der Stadt ist die Sanierung des Gebäudes sowie die Vermeidung von Leerstand (vgl. öffentliche Veranstaltung 13.04.2010). Maßmann & Co. beschreiben auf ihrer Internetseite die Schaffung eines neuen Herzens St. Pauli's, in dem die Schlüsselbegriffe Nahversorgung, Nachbarschaft, Vielfalt und Internationalität sein sollen.

In diesem Verfahren wurde Partizipation eher als Legitimationsfunktion für eine höhere Akzeptanz der Planung und als Strategie Anwohner_innen als Experten ihrer Lebenswelt zu nutzen, ausgelegt. In diesem Beispiel ist damit die Arbeit der Wunschproduktion gemeint. Hinzu kommt, dass Partizipation als Frühwarnsystem genutzt werden konnte, wodurch Folgekosten gesenkt bzw. vermieden werden konnten. Anfangs im kooperativen Verfahren gab es die zusätzliche Vorgabe einer Musikhalle, die durch extrem aufkommende Proteste der Anwohner_innen später wieder aus dem Konzept genommen worden ist (vgl. Kapitel 5.2). Partizipa-

torische Verfahren dienen als Konfliktmanagement. Rinn drückt es in diesem Falle so aus: „Das Wissen über potentielle Widerspenstigkeiten und Widerständigkeiten von ‚Vierteln‘ [...] sowie deren Struktur [...] ermöglicht es politisch – administrativen Akteur_innen, den Projektentwicklungsprozess auf die erwartete Konflikthaftigkeit abzustimmen“ (Rinn, 2012: 22). Unvorhersehbare Proteste können so frühzeitig aufgefangen und abgedämmt werden. Von Seiten der Investoren (EDEKA) dient Partizipation einem Imagegewinn sowie einem Zeitgewinn (vgl. Kapitel 5.2). Die Idee der Initiativen und somit das selbstgesteckte Ziel, eine Planung für alle und keine ausschließliche Planung von ortsfernen Experten sowie der Aufbau alternativer Stadtplanungsstrukturen, die alle anliegenden Anwohner_innen einbezieht, gehen in diesem Verfahren verloren. Bis zuletzt gab es keine Annäherung zwischen Stadt, Investor und Anwohner_innen (vgl. Kapitel 5.2).

6.4 Abschließenden Einschätzung des Verfahrens

Um das Verfahren abschließend einschätzen zu können, wird ebenfalls zusätzlich zu den wissenschaftlich gesammelten Erkenntnissen der Vorkapitel, der Aufsatz *Partizipation in der Stadtentwicklungspolitik Hamburgs* von Moritz Rinn genutzt, da er über zusätzliche empirische Daten²⁸ verfügt, die in diesem Maß der BA – Thesis nicht erhoben werden konnten.

Die formell festgeschriebenen Beteiligungsverfahren auf der Ebene der Bezirke nach Bau GB (Bebauungsplanverfahren²⁹) genannt zweistufige Öffentlichkeitsbeteiligung an der Bauleitplanung sowie die Beteiligung im Rahmen von Stadtentwicklungs-/Sanierungsgebieten durch Beiräte ist zwar vorgeschrieben, wie am Beispiel der Rindermarkthalle gezeigt, übertreffen diese Maßnahme meist nicht mehr als das Informieren der Anwohner_innen und unterschreiten somit eine tatsächliche politische Partizipation der Anwohner_innen (vgl. Rinn, 2012: 15). Informelle Formen der Beteiligung, wie die Planungswerkstatt, die Wunschproduktion oder aufsuchende Beteiligungsformen sind in diesem Beispiel von offizieller Seite leider nicht zu finden, obwohl gerade diese Formen dazu dienen, Entscheidungen der politischen Ak-

²⁸ Empirische Grundlage sind Interviews, die Rinn mit politisch-administrativen Akteur_innen (in der BSU, in Bezirksämtern, bei privaten Dienstleistern der Stadtentwicklung), Gewerbetreibenden und Investor_innen sowie stadtteilpolitischen Initiativen im Rahmen seines Forschungsprojekts zu *Politischen Konflikten um städtischen Raum* geführt hat, sowie Dokumentenanalysen und teilnehmende Beobachtungen –im Zeitraum von 2010 bis Mitte 2012 (vgl. Rinn, 2012: 2).

²⁹ Die Funktion des Bebauungsplanes beschreibt die Nutzung des entsprechenden Grundstücks. Die Bestimmungen variieren zwischen den Wünschen der Gemeinden (z.B. Farbe der Dachziegel, Baufenster und Flächennutzung). Im Baugesetzbuch sind verschiedene Arten von Bebauungsplänen verankert (vgl. Ratgeber Baurecht, 2013).

teur_innen zu legitimieren und die eine gute Grundlage wäre, demokratisch zu repräsentieren (vgl. Rinn, 2012: 16). Es lässt sich feststellen, dass sich die Ziele der offiziellen Stadtplanung sowie der Anwohner_innen – Initiativen sehr unterschiedlich darstellen. Um dies besser zu verstehen, sollte ein Rückgriff auf die Veränderungen der gegenwärtigen sozialen und politischen Entwicklungen gemacht werden. Crouch verdeutlicht den Umbau des Staates. Bürger nehmen eher eine passive Rolle im politischen Engagement ein und dürfen sich nur noch mit vorgegebenen Geschäften befassen, die eigentlichen Geschäfte werden durch Wirtschaftsunternehmen hinter verschlossenen Türen verhandelt. Partizipation steht nicht mehr für Schaffung, sondern für Teilhabe an dem, was vorgesetzt wird (vgl. Crouch, 2004: 10). Rinn verweist in diesem Zusammenhang, dass Partizipation von den politisch-administrativen Akteuren als Reaktion und Problemlösung bei konflikträchtigen Prozessen angewandt wird (vgl. Rinn, 2012: 22). Gleichzeitig gibt es aber auch die Forderung von unten nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten, nach einer anderen Stadtpolitik und nach basisdemokratischen Verfahren. Beides kann als Teil einer Transformation demokratisch – kapitalistischer Staatlichkeit begriffen werden. Es herrscht ein Spannungsverhältnis zwischen Regierungsstrategie und erkämpfter Selbstbestimmung (vgl. ebd.: 17). Die Beurteilung der Anwohner_innen über das Verfahren weist einen anderen Charakter auf. Hier artikuliert sich der Anspruch auf Deutungs- und Planungshoheit des Lokalen³⁰ einerseits gegen wirtschaftliche Standortinteressen und andererseits die Erfahrung durch den Stadtplanungsprozess, Strukturen des Planungsverfahrens, als herrschaftlich durchgesetzt und von oben aufgesetzt, zu erfahren (vgl. ebd.: 23). Die Kritik umfasst fehlende Entscheidungsbeteiligung, fehlende Verbindlichkeit (z.B. kurzfristige Veranstaltungstermine), fehlende Ressourcen für die Beteiligten (z.B. Finanzierung der Fragebögen), Enteignung des Wissens (z.B. Auswertung der Fragebögen) sowie fehlende hierarchiefreie Strukturen (z.B. Teilhabe nur möglich in vorgegebenen öffentlichen Veranstaltungen) (vgl. ebd.). Als Vorbild setzt LAUT die Wunschproduktion den offiziellen Beteiligungsmöglichkeiten der Stadt entgegen. LAUT bezeichnet die kollektive Wunschproduktion als ein Instrument für eine selbstbestimmte Stadtteilentwicklung. Ein Prozess der Stadtplanung startet mit der Äußerung von Wünschen und Bedürfnissen. Erst daraus kann ein gemeinsam ausgehandeltes Konzept entstehen. Gerade durch ungewöhnliche Instrumente wie die inspirierende Fragebögen, selbsternannte Stadtteilversammlungen, uferlose Modellbau-Workshops oder neuerfundene Spiele sollen Hierarchien abgebaut und Bevölkerungsgruppen an der Planung beteiligt werden, die durch formelle Formen kaum erreicht werden (vgl. Laut,

³⁰ Die Betonung des lokalen Wissens und der Bedürfnisse und Identität der Anwohner_innen benachbarter Quartiere (vgl. Rinn, 2012: 23).

2010 1). Grenzen der Partizipation auf Seiten der Anwohner_innen sind klar geworden, aber auch auf Seiten der politisch – administrativen Akteur_innen kommt es zu Grenzen. Wie im Kapitel 5.1 Stadtplanung Begriffsbestimmung schon dargelegt, befinden sich Stadtplaner_innen in einer Aushandlungsposition und somit in einem Spannungsverhältnis. Sie balancieren zwischen Rechtsstaatlichkeit- und Verfahrenssicherheit, dem Selbstverständnis der Fachlichkeit, mit der ökonomischen Rationalität sowie mit dem Repräsentationsanspruch und der Gemeinwohlorientierung (vgl. Albers, 1988: 52).

Auch Rinn beschreibt im Falle der Rindermarkthalle ähnliche Strukturen wie Crouch in seinem Buch Postdemokratie.

“ Partizipation in der Stadtplanung geschieht parallel zur ‚eigentlichen‘ Planungspraxis, die sich zwischen politisch – administrativen Akteur_innen, privatwirtschaftlichen Stadtplanungsunternehmen, Architekt_innen und Investor_innen, und dabei auch in nicht – öffentlichen, diskreten Verhandlungen vollzieht“ (Rinn, 2012: 26).

Dieser privilegierte Zugang bedeutet ein Umgehen des Partizipationsprozesses, da ihre Interessen bereits durch politisch – administrative Akteur_innen abgedeckt sind (vgl. ebd.). Das Ergebnis dieser Auswertung zeigt, dass die Befürchtungen Crouch's 2012 den lokalen Bereich erreicht haben.

7. Partizipation, Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit

Aus einem sozialpädagogischen sowie demokratietheoretischen Blick lässt sich bei politischer Partizipation früher oder später ein Zusammenhang zum Konzept der Gemeinwesenarbeit herstellen. Der Themenblock Partizipation, Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit beschreibt grundlegend, was das Konzept der Gemeinwesenarbeit beinhaltet. Einerseits den geschichtlichen Überblick – wo lassen sich erste Ansätze des Konzeptes finden – andererseits, wie wird es aktuell in der Praxis der sozialen Arbeit verwendet. Zusätzlich soll geklärt werden, welchen Zusammenhang Gemeinwesenarbeit und Stadtplanung haben und warum Gemeinwesenarbeit als Chance für die Stadtplanung gesehen werden kann, zumindest, wenn die Stadtplanung nachhaltig an Partizipationsmöglichkeiten interessiert ist.

7.1 Gemeinwesenarbeit und das Grundprinzip der Partizipation

Im folgendem soll theoretisch gezeigt werden, was das Konzept der Gemeinwesenarbeit (GWA) beinhaltet und warum Partizipation ein Grundbaustein dieses Konzeptes ist. Vorab sollte eine Definition des Gemeinwesens voraus gehen. Birkhölzer beschreibt ein Gemeinwesen als „[...] die historische gewachsene Struktur eines Gebietes mit kultureller Eigenart und Identität seiner Bewohner, [...]. Zusammenfassend verstehen wir [...] den Begriff Gemeinwesen nicht als statische Größe, sondern als einen außerordentlichen dynamischen Prozess, in welchem sich die Bewohner eines Gebietes („local community“) oder die Angehörigen einer bestimmten Gruppe („community of interests“) zu ihren Mitmenschen und ihrer Umwelt in Beziehung setzen“ (Birkhölzer in Wendland, 2002: 50). Einer der frühesten deutschen Hinweise zur Gemeinwesenarbeit findet sich bei Lattke (1955).

„Gemeinwesenarbeit ist soziale Wohlfahrtsplanung und – arbeit innerhalb eines Stadtviertels. GWA bedeutet – in planmäßiger Weise ein gemeinsames Bedürfnis befriedigen. Alle Personen und Körperschaften, die betroffen sind, in allen Phasen des Prozesses der Hilfe zur Mitarbeit bringen“ (Lattke 1955: 29ff.).

Schon Mitte der fünfziger Jahre finden sich, folgt man dem Zitat Lattkes, Definitionen über die Grundsäulen der GWA. Definition des Arbeits- und Handlungsfeldes, der Arbeitsauftrag Bedürfnisbefriedigung, sowie Arbeitsgrundsatz partizipatorische Vorgehensweise. Als Grundlage für die Entwicklung von GWA – Konzepten in Deutschland wurde ein amerikanisches Modell genutzt: *community organization*. Dies wurde zur Verbesserung der Infrastruktur in Großstadtzentren eingesetzt und zur Verbesserung der Eingliederung von bestimmten Bevölkerungsgruppen (Einwanderer unterschiedlichster Herkunft) in die amerikanische Bevölkerung. Der Fokus auf ermächtigende Prozesse von benachteiligten Gruppen wird auch als der aggressive GWA – Ansatz beschrieben (vgl. Wendland, 2002: 51ff.). Er bezieht sich verstärkt auf den Aufbau einer Gegenmacht in den Gemeinwesen, die auf eine gerechte Verteilung von Macht und Herrschaft zielt. Vorreiter und Verfechter war Saul Alinsky³¹. Seine Grundidee war, dass Macht immer in der Gestalt von viel Geld oder vielen Menschen auftritt. Viele Menschen sah er als Lösung, benachteiligte Gruppen zu ermächtigen und ihre Rechte zum Ausdruck zu bringen (vgl. Alinsky 2010: 31). Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit

³¹ Alinsky erfand die Organizing –Strategie. Er beschäftigt sich mit dem systematischen Aufbau von Massenorganisationen, dem Erlangen von Macht und der Verteilung von *Macht an das Volk*. Er hatte wesentlichen Einfluss auf die US-amerikanische Bürgerrechts- und Studentenbewegung (vgl. Leiderer, 2010: 8ff.).

GWA war in der Bundesrepublik Deutschland der Mangel an Methoden der sozialen Arbeit. In den 1950er- und 1960er Jahren wurde sie zur dritten Methode mit dem Ziel, die soziale Arbeit zu professionalisieren. In den 1960er- und 1970er Jahren bot GWA durch Lern- und Organisationsprozesse Widerstand *von unten* zur Veränderung sozialer und ökonomischer Bedingungen. Speziell thematisiert GWA die Lebensbedingungen betroffener Randgruppen und für sich in Quartieren abbildende gesellschaftliche Widersprüche. Skandalisiert werden soziale Ungleichheit, Unterprivilegierung, soziale Ausgrenzung und ökonomische bzw. soziale/psychische Not unter Anbetracht einem kritischen Konzept von Gesellschaft (vgl. Hinte, 2011: 346). Oelschlägel konstatiert Gemeinwesenarbeit 2006 als Strategie gegen Ausgrenzung. Immer mehr Menschen und Stadtteile haben mit Ausgrenzungsprozessen zu kämpfen. Ressourcen der Kommune werden nicht gleichgerecht verteilt, sodass Menschen, die ohne Hilfe weniger selbsthilfefähig sind als andere, von sozialer Ausgrenzung bedroht oder betroffen sind. Er fordert unter anderem die Ermöglichung der aktiven Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben für alle Bürger_innen des Stadtteils (vgl. Oelschlägel, 2006: 2). Heute wird GWA als Arbeitsprinzip verstanden. Hiermit ist eine bestimmte Grundhaltung gemeint, die Ausdruck und Ergebnis gesellschaftlicher Entwicklung ist (vgl. Oelschlägel, 2001: 64). „Sie wendet sich bewusst ab von einer methodisch isolierten sozialpädagogischen Praxis, die sowohl Methoden als auch Zielgruppen sorgfältig trennt, und begreift die sozio-ökonomischen und politischen Bedingungen im Lebensbereich bzw. Stadtteil als Ursachen sozialer Benachteiligung und Schädigung“ (Richter-Jungholter, 1980 zit.n. Hinte/Lüttringhaus/Oelschlägel, 2001: 318).

Gemeinwesenarbeit als Handlungsprinzip sozialer Intervention sieht Oelschlägel als eine sozialräumliche Strategie, die ganzheitlich im Quartier angewandt wird. Unterschiedliche Methoden aus der sozialen Arbeit (Beratung, Gruppenarbeit), der Sozialforschung (aktivierende Befragung, Sozialraumanalyse) und der Politik (Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerversammlungen) werden kombiniert und sollen zu Teilhabe und partizipativem Handeln führen. GWA integriert nicht nur Methoden, sondern auch Zielgruppen. Es wird nach Kristallisationspunkten gesucht, die möglichst viele Menschen im Stadtteil verbindet, wie zum Beispiel knapper Wohnraum, Mieterhöhungen durch Mietspiegelanpassungen oder nichtvorhandene Infrastruktur (vgl. Oelschlägel, 2006: 2f.). Hierbei ist Vernetzung ein wichtiger Punkt der Arbeit der Sozialarbeiter_innen. Maja Heiner weist darauf hin, dass eine sozialpolitische Netzwerkstrategie stets eine doppelte Perspektive beinhalten muss. Einerseits die Vernetzung des einzelnen Projekts, das die Durchsetzungschancen für die Klientel zu optimieren versucht, andererseits eine Vernetzung der Opposition im gesamten Sozialbereich. Gemeint ist die Opposition zu

anderen sozialen Einrichtungen, die Sozialpolitik im Bezirk bzw. in der ganzen Stadt, Verkehrspolitik, Wirtschaftsförderungspolitik oder Bau- und Umweltpolitik. Dies setzt natürlich fachliche und politische Überzeugungskraft voraus (vgl. Heiner, 1994: 95). GWA bietet ein Politikmodell *von unten*, das nicht nur auf die Organisation von Gegenmacht ausgerichtet ist, sondern dazu führt, dass die Bewohner_innen besser gehört werden können. Hauptaugenmerk von GWA liegt auf der Aktivierung der Bewohner_innen in ihrer Lebenswelt. Sie sollen zu Subjekten politisch aktiven Handelns werden und zunehmend Kontrolle über ihre Lebensverhältnisse bekommen (vgl. Oelschlägel, 2006: 3). Um dies zu erreichen, folgen Sozialarbeiter_innen dem Handlungskonzept Empowerment. Galuske definiert Empowerment wie folgt: „Empowerment, meint den Prozess, innerhalb dessen Menschen sich ermutigt fühlen, ihre eigenen Angelegenheiten in die Hand zu nehmen, ihre eigenen Kräfte und Kompetenzen zu entdecken und ernst zu nehmen und den Wert selbsterarbeiteter Lösungen schätzen zu lernen“ (Galuske, 2009: 262).

Gemeint ist hierbei die Hilfe zur Selbsthilfe, Erfahrungen werden neu wahrgenommen und als Handlungsmuster gespeichert. Gerade in der GWA kann dieser Ansatz, der eher als Haltung verinnerlicht wird, statt als Methode angewandt wird, genutzt werden, um Bewohner zu ermächtigen. Die Zusammenarbeit von Personen aus dem Stadtteil, die gleiche Probleme aufweisen, kann zu synergetischen Effekten führen und zur aktiven Förderung solidarischer Formen der Selbstorganisation (vgl. ebd.). Empowermentprozesse werden allerdings nur von den Sozialarbeiter_innen angestoßen, der eigentliche Prozess findet jedoch ohne Zutun der beruflichen Helfer_innen statt, was nicht für jede Fachkraft leicht umzusetzen ist (vgl. ebd.: 264). GWA benutzt Partizipation als Grundbaustein, wie wir in den unterschiedlichen Definitionen gesehen haben. Hinte und Karas vertreten die These, dass Partizipation im Verständnis aktivierender GWA mit Schritten in kleinen Bereichen beginnen muss. Positive Lernerfahrung im Kleinen ist die Voraussetzung für die Bereitschaft zu weiter gehendem Engagement (vgl. Wendland, 2002: 56).

Desweiteren soll untersucht werden, welche Gemeinsamkeiten Gemeinwesenarbeit und Stadtplanung bereits aufweisen.

7.2 Parallelen von Gemeinwesenarbeit und Stadtplanung

Lüttringhaus beginnt ihr Vorwort zu einem Artikel von Hinte *Soziale Arbeit und Stadtentwicklung: Sich vorher einmischen anstatt nachher zu jammern* mit den Worten:

„Wer die These teilt, dass Stadt(teil)entwicklung mehr beinhaltet als nur bauliche Aufwertung von Wohnung und Wohnumfeld, sondern die umfassende Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bewohner_innen benachteiligter Gebiete, dem ist klar, dass Themen der Stadt(teil)entwicklung Themen der GWA sind“ (Lüttringhaus, 2001: 211).

Für Lüttringhaus ist der Zusammenhang oder auch die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure eines Stadtteils, mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen der Anwohner_innen, ein Muss, um wirklich politische Partizipation erreichen zu können. Galuske verweist, dass GWA als Hilfeleistung die Verbesserung der Lebenslagen bedrohter Individuen in den Fokus nimmt, dabei steht aber nicht das Individuum selbst im Mittelpunkt, sondern die Veränderung der Strukturen des sozialen Nahraumes, der sozialen Netze, der materiellen und sozialen Infrastruktur und nicht zuletzt die Förderung der Selbstorganisation (vgl. Galuske, 2009: 99). Auch hier lassen sich Parallelen zur Stadtplanung ausmachen. Die Stadtplanung verändert durch neue Stadtplanungsprozesse die Strukturen des sozialen Nahraumes und ist zumindest, wenn sie an Partizipationsprozessen tatsächlich interessiert ist, auf Selbstorganisationen im Stadtteil angewiesen. GWA setzt sich grundlegend dafür ein, dass immer wieder neue Partizipationsformen entwickelt werden, um gerade benachteiligte Menschen niederschwellige Zugänge zu ermöglichen. Dies kann unter anderem in der sozialen Stadtentwicklung³² bereits gesehen werden (vgl. Lüttringhaus, 2004: 151). Experten der Stadtplanung, die Partizipationsmöglichkeiten anbieten wollen, könnten hier auf Partizipationsexperten zugreifen. Ölschlägel sieht zwei Entwicklungslinien, die GWA und Stadtplanung angenähert hat. Erstens die Agenda 21 und zweitens die Krise der *sozialen Stadt*. Die Agenda 21 ist ein entwicklungs- und umweltpolitisches Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, ein Leitpapier zur nachhaltigen Entwicklung, beschlossen von 178 Staaten auf der *Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED)* in Rio de Janeiro (1992). Die

³² Im Jahr 1999 haben Bund und Länder das Städtebauförderungsprogramm *Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt* aufgelegt, mit dem die Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtteilen umfassend verbessert werden sollen. Hauptziel sind städtebauliche Maßnahmen in das Wohnumfeld, in die Infrastruktur und in die Qualität des Wohnens. Gerade in benachteiligten Stadtteilen soll für mehr Generationengerechtigkeit, Familienfreundlichkeit gesorgt werden, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Integration aller Bevölkerungsgruppen zu verbessern (vgl. BMVBS, 2013).

Stadt Hamburg hat Teile der Agenda in der nachhaltigen Stadtteilentwicklung umgesetzt, in der explizit Bezug auf die Einbindung benachteiligter Personengruppen (Frauen, Kinder und Jugendliche) genommen wird sowie auf das Ziel der Beteiligung der Wohnbevölkerung, da nur dies zu langfristigen Lösungen führen kann. Unter der Krise der *sozialen Stadt* versteht Ölschlägel den Prozess einer verstärkten sozio – ökonomischen Polarisierung (Armut, Ausgrenzung), die wiederum zu Ghettoisierung führt (vgl. Ölschlägel, 2001: 21f.). Stadtteil- oder Quartiersmanagement ist für Hinte die konsequente Fortführung dieser Annäherung. Laut Alisch zeichnet sich Stadtteilmanagement durch den Aufbau von Kommunikationsstrukturen im Quartier, der Arbeitsort beschränkt sich auf benachteiligte Stadtteile, die Mitarbeit von Bewohner_innenorganisationen, die Verwendung von betriebswirtschaftlichen Managementkonzepten, als Instrument der Revitalisierung der Innenstädte und des Standortmarketings aus. Ölschlägel versucht mit dieser Definition von Alisch zu zeigen, dass GWA nicht Stadtteilmanagement ist, und bietet gleichzeitig GWA als Handlungskonzept für Stadtplanungsprozesse für die gesamte Stadt und nicht nur für entwicklungsbedingte Gebiete an. GWA in der Stadtplanung bietet eine hohe Problemlösungskompetenz aufgrund ihrer lebensweltlichen Nähe (sozialräumliche Strategie), Möglichkeiten für Teilhabe und partizipativen Handeln (aktivierende Befragung), offene, niedrigschwellige Räume um Gelegenheitsstrukturen für Engagement zu schaffen (Informationen, Trainings), Hilfe bei Problemveröffentlichungen der Bewohnerschaft (Schnittstelle zur Verwaltung), Netzwerkarbeit sowie die tatsächliche Teilhabe der Anwohner (vgl. ebd. 2001: 23ff.). Hinzu kommt, dass GWA als intermediäre Instanz zwischen Verwaltung, Bewohnerschaft und Wirtschaft, zwischen Bürokratie und Lebenswelt vermittelt kann (vgl. Rothsuh, 2001: 58).

7.3 Gemeinwesenarbeit als Chance für die Stadtplanung

„Die Beteiligung und Aktivierung der Menschen vor Ort gehört zum Standartrepertoire aller Handlungsansätze sozialer Stadtentwicklung in Deutschland und europaweit. Die kontinuierliche Einbindung und Information möglichst aller betroffenen Bevölkerungsgruppen wird als Element einer erfolgreichen Stadtentwicklung beschrieben [...]“ (Wendland, 2002: 9). Wendland beschreibt dies im Zusammenhang ihrer Untersuchung der sozialen Stadtteilentwicklung unter der Fragestellung: *Mitbestimmung oder Beteiligung im Laufstall?* Aber warum werden Programme, wie die Soziale Stadt immer nur gebietsbezogen und zeitraumbezogen festge-

legt? Wer organisiert und kontrolliert Partizipationsprozesse in anderen Gebieten oder nach Ablauf der vorgegebenen Frist für Stadtentwicklungsgebiete? In allen Gebieten der Stadt gibt es Bevölkerungsgruppen, die unterrepräsentiert sind. Ersetzen Managementkonzepte, die derzeit als Zauberformeln gehandelt werden, was die Beteiligungsversprechen anbelangt, neuerdings die Beteiligung an Stadtplanungsprozessen (vgl. Klöck, 2001). Maßmann & Co. führt das Beteiligungsverfahren der Rindermarkthalle St. Pauli durch. Spezialisiert auf ihrer Homepage sind sie für Optimierung von Handelsflächen, Vermietung, Expansion, Projektentwicklung und politische Beratung. Direkte Hinweise zu Zusatzqualifikationen von Partizipationsprozessen lassen sich nicht finden. Es stellt sich die Frage: Was verstehen Stadtplaner_innen bzw. Architekt_innen von interkulturellen Lebenszusammenhängen und Beteiligungsformen? Wie sind sie dafür ausgebildet (vgl. Klöck, 2001)? Hier bietet sich die Chance der sozialen Arbeit.

„Es besteht geradezu die Notwendigkeit, dass in Stadtentwicklung die Profession der Gemeinwesenarbeit eingebracht wird“ (von Kietzell, 2002: 2). Das Konzept der Gemeinwesenarbeit könnte eine Brückenfunktion zwischen Bewohner_innen des Stadtteils und der Politik, Stadtplanung sowie Architektur einnehmen. Das Arbeitsprinzip steht für eine lebensnahe Form von Professionalität ohne Bevormundung der Menschen, greift dabei Potenziale vor Ort im Stadtteil auf und setzt Ressourcen nachhaltig ein (vgl. Klöck, 2001). Als Qualitätsmerkmale gelten Sozialraumorientierung, Alltags- und Lebensweltorientierung, Arbeit von und mit bürgerschaftlichen Organisationen sowie Fachlichkeit und Methodenintegration (vgl. ebd.: 3f.). Gemeinwesenarbeiter_innen bieten die direkte Verbindung zu den Bewohner_innen des Stadtteils. Durch ihre kontinuierlichen Aktivierungsstrategien und niedrigschwelligen Angebote im Stadtteil verfügen sie über eine hohe Bindung zu den Bewohner_innen. Hinte bezeichnet es als, die mühselige Kleinarbeit in der Lebenswelt der Betroffenen, das Herumtasten im Nebel des Stadtteils und weist darauf hin, dass diese Arbeit von den meisten Instanzen gescheut und als Aufgabe wegdefiniert wird, also, wörtlich genommen, gar nicht stattfindet (vgl. Hinte, 2001: 6). Untersuchungen im Bereich der Quartierserneuerung zeigen, dass informelle Kommunikationsstrukturen vielfältiger sind, als die formell vorgegebenen, da diese vor allem diejenigen zusammenführen, die sich schon aus anderen Zusammenhängen kennen. So werden bestimmte Kommunikationsstrukturen nur reproduziert, statt optimiert (vgl. Selle, 2002: 2). Gemeinwesenarbeiter_innen suchen grundlegend Schlüsselpersonen im Stadtteil und arbeiten vorrangig mit informellen, bereits vorhandenen Kommunikationsstrukturen, im Viertel. Sie können zudem eine Art Übersetzer zwischen Stadtteil und Bürokratie sein. Hinte konstatiert, dass Bürgerbeteiligung gezielt die privilegierte Mittel-

schicht anspricht und somit diejenigen Bevölkerungsgruppen, die ohnehin bevorzugt sind, noch weiter privilegiert. Verbale Kommunikationsformen oder die Vorgehensweise in einer moderierten Bürgerversammlung können nicht als *Muss* vorausgesetzt werden und prallen oft auf eher ungeordnete, lautstarke und archaische Äußerungen (vgl. Hinte, 2001: 2). Genau hier können die Gemeinwesenarbeiter_innen eine Übersetzungsposition einnehmen und in zusätzlichen Workshops Betroffene befähigen mit dem Umgang von formellen Beteiligungsformen sowie Toleranz, Empathie und Offenheit auf Seiten der Behörden und der Planer_innen für die Betroffenen einfordern. Gemeinwesenarbeiter_innen sind meist sehr gut ausgebildet in Partizipationstheorie und könnten Partizipationsverfahren kontrollieren und überprüfen, also die Analyse von kooperations- und Konfliktstrukturen bzw. Partizipationsprozessen als Hauptaufgabe wahrnehmen. Die genaue Dokumentation würde dabei im Vordergrund stehen. Zielvereinbarungen von Akteur_innen und Trägern, Ressourcenlagen, vorhandene Kompetenzen, fördernde und hemmende Bedingungen, Gewährleistung der Transparenz des Verfahrens sowie die Mediatorenfunktion übernehmen bei Konflikten (vgl. Klöck, 2001). Die systematische Dokumentation würde einerseits zu einer Festlegung von Aussagen führen, die später nicht mehr änderbar wären (Pläne können nicht von heute auf morgen von einem Akteur umgeworfen wird), zudem kommt ein Gefühl des Mitentscheidens auf, was voraussichtlich dazu führt, dass sich Bewohner_innen ernst genommen fühlen und länger am Verfahren beteiligt bleiben. Bürgerbeteiligung braucht Struktur und muss dauerhaft installiert werden, damit ein Klima wächst, in dem Beteiligung gewünscht und selbstverständlich anerkannt ist, dabei ist es wichtig, dass sie nicht ausschließlich *von oben* gesetzt wird, sondern sich auch *von unten* entwickeln kann (vgl. Hinte, 2001: 7). Hinte plädiert hier für einen Mittelweg, der auf die optimale Nutzung der Fähigkeiten und Mittel aller Beteiligten sowie auf einen kooperativen Austausch angelegt ist. Dies lasse sich am besten umsetzen durch Personen in der Funktion intermediärer Instanzen, die mit hoher Autonomie auf der Grundlage stabiler, verlässlicher, fairer und vertrauensvoller Beziehungen im Stadtteil arbeiteten (vgl. ebd.). Dabei nimmt die Gemeinwesenarbeiter_innen eine neutrale Position ein. Keine der unterschiedlichen Perspektiven der Akteur_innen soll als gut oder böse dargestellt bzw. wahrgenommen werden. Die Mechanismen der unterschiedlichen Akteure ähneln sich, die Auftragsformen indes gehorchen den jeweiligen milieubezogenen Eigenarten (vgl. Hinte, 2001. 5).

Sozialarbeiter_innen können durch ihren theoretischen Hintergrund der Soziologie und des Lebenslagenansatzes³³ auf milieu-unterschiedliches Wissen zurückgreifen und dieses situationsangepasst analysieren und anwenden. In der Überwachung des Partizipationsprozesses liegt ein hoher Wert, der Zufriedenstellung aller Beteiligten. Gerade die Transparenz des Verfahrens und die Offenheit bilden einen grundlegenden Pfeiler für gelingende Partizipation (vgl. Selle, 2002: 2). Die Transparenz des Verfahrens gilt laut Selle als unverzichtbar. Nur wenn Kompetenzen, Ziele, Entscheidungsbefugnis und Interesse aller offen gelegt werden, kann ein kooperativer Prozess beginnen. Dazu zählen natürlich auch die Grenzen von Partizipation. Zu fragen ist, in welchen Bereichen kein Einfluss mehr genommen werden kann (vgl. ebd.: 3). In diesem Zusammenhang verweist Selle ebenfalls auf die Problematik, dass die unterschiedlichen Sichtweisen der unterschiedlichen Akteur_innen von allen empathisch verstanden werden müssen. Allzuoft scheitern Beteiligungsverfahren an Vorurteilen, vorgefertigten Einschätzungen, Stigmata und Missverständnissen zwischen den Professionen, Expert_innen und Bürger_innen. Lösung sieht Selle in einer kontinuierlichen Reflexion und Evaluation unter Betrachtung des Stufenmodells der Beteiligung nach Arnstein (vgl. ebd.: 2). Diese Aufgabe könnte ebenfalls bei der Analyse des Verfahrens durch einen Gemeinwesenarbeiter_innen kontinuierlich durchgeführt werden.

Professor Klaus Selle, der selber Planungstheorie und Stadtentwicklung an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen lehrt, versucht weitestgehend die Vorteile von Partizipationsprozessen in der Stadtentwicklung zu verbreiten. Partizipation schafft Informationen für gebietsfremde Expert_innen, gilt als Frühwarnsystem, vermeidet Konflikte, beschleunigt Abstimmungen, schafft Identifikation und führt zu Effektivitätssteigerung (vgl. ebd.: 9f.). Hier stellt sich die Frage, ob dies ebenfalls von Gemeinwesenarbeiter_innen in der Position als Partizipationsexpert_innen bei Stadtplanungsprozessen propagiert werden sollte oder besser gefragt, ob es ihre zusätzliche Aufgabe ist, um die Bereitschaft für Partizipation zu heben oder ob dies, gesetzlich besser ausformuliert, verankert werden sollte. Dieter von Kietzell schlägt eine Tandem – Lösung vor, um vor Überforderung zu schützen. Eine Gemeinwesenarbeiter_innen ist kein Politiker_innen. Ein Politiker ist kein Ökonom. Ein Planer ist keine Gemeinwesenarbeiter_innen (vgl. von Kietzell, 2002: 8). Die

³³ Der Begriff der Lebenslage steht für die konkrete Ausformung der sozialen Einbindung einer Person (sozioökonomisch, soziokulturell, soziobiologisch). Der Lebenslagenansatz wird immer mehrdimensional angewendet und ist somit gegen einlinige, monokausale Erklärungen gerichtet. Mehrdimensionalität und Wechselwirkungen stehen im Vordergrund (vgl. Maelicke, 2008: 643ff.).

Gemeinwesenarbeit soll nicht alles neu definieren und umorganisieren. Es geht eher um eine Modifizierung des bestehenden Beteiligungsverfahrens an Stadtplanungsprozessen. Die Aktivierung, durch die auch sprachlich nicht so gewandte Bevölkerungsgruppen ermutigt werden, braucht das Zutrauen von Eigenkompetenz bei Anwohner_innen, die sich bis jetzt aus der Stadtplanung herausgehalten haben, und es braucht verlässliche Solidarität – alles gute Voraussetzungen für eine Bewohner_innenbeteiligung, die mehr ist als das Mitreden am Fachgespräch in Expertenrunden, sondern eine spezifische professionelle Kompetenz, für die Aus- bzw. Weiterbildung, berufliche Erfahrung und sehr viel Zeit erforderlich ist (vgl. von Kietzell, 2002: 9). Gemeinwesenarbeit_innen können nicht punktuell in Beteiligungsprozessen eingesetzt werden, wenn sie nicht schon dauerhaft in diesem Gebiet arbeiten. Gemeinwesenarbeit schließt immer auch einen langfristigen Handlungsansatz mit ein. Vom Aufbau informeller Strukturen, niedrigschwellige Angebote, Stadtteilstefte, Stärkung der lokalen Ökonomie, Projekte, durch die die Bevölkerung erlebt, dass tatsächliche Verbesserung erreicht werden kann, aktivierende Befragungen etc. und widerspricht somit der aktuell handelnden Stadtplanung, die fast immer kurzfristig angelegt ist und von bestimmten Parteien getragen wird, die vielleicht zwei Jahre später nicht mehr die Mehrheit besitzen (vgl. von Kietzell, 2002: 9). Gemeinwesenarbeit ist kein Instrument für kurzfristige Lösungen von Teilaufgaben der Stadtentwicklung, sondern eine grundlegende Handlungsweise zur dauerhaften Entwicklung und Stabilisierung von Stadtteilen. Gemeinwesenarbeit muss als kommunale Daueraufgabe begriffen werden und ihren Mantel, nur als Notfalllösung oder Sondermaßnahme eingesetzt zu werden, ablegen und präventiv umgesetzt werden (vgl. Ölschlägel, 2006: 5).

8. Schlussbetrachtung

Nachdem eingangs die Frage gestellt wurde, inwiefern Partizipation an Stadtplanungsprozessen ermöglicht wird und dieser Frage insbesondere am Beispiel der Rindermarkthalle St. Pauli nachgegangen wurde, gilt es nun eine Antwort zu skizzieren.

Die Einleitung der BA – Thesis startet mit dem Satz Partizipation ist ein hohes Gut. Ein Prinzip der Demokratie, ein Prinzip der sozialen Arbeit und ein Prinzip die eigenen Bedürfnisse auszudrücken und verweist auf die drei Ebenen der Strukturanalyse (Mikro-, Meso-, Makroebene) der Wissenschaft der Soziologie. In der vorliegenden Arbeit findet sich die Makroebene im aktuell geführten Diskurs über Partizipation wieder. Die Einleitung sowie das zweite

Kapitel zeigen, wie aktuell die Forderung nach mehr Partizipationsrechten ist. Belegt durch die Bertelsmann Stiftung, fordern die Menschen regelrecht mehr Beteiligungsformen ein. In diesem Zusammenhang könnte eine wechselseitige Beeinflussung gegeben sein zwischen Unzufriedenheit mit der Demokratie und dem Ausbau neuer Partizipationsmöglichkeiten, die in weiteren Forschungen untersucht werden müssten. Der demokratietheoretische Exkurs zeigt uns, dass das Recht auf Partizipation grundlegend in der Ausübung der Demokratie impliziert ist. Folgernd sollte dies explizit, ausformuliert und gesetzlich verankert sein. Rousseau lehrt uns ein historisches Beispiel für die Forderung nach mehr Partizipationsrechten in seinem Gesellschaftsvertrag und zeigt, dass dieser Diskurs kein neuer ist und konstatiert, dass das Repräsentationsprinzip als Gefahr gesehen werden muss, da Parteien Sonderwillen erstarken lassen können. Rousseau forderte das Gemeinwesen über alles zu stellen und steht so im kompletten Gegensatz zur vorgestellten Postdemokratie von Crouch. In seiner Abhandlung, die die gegenwärtige Lage beschreibt, stehen Privatinteressen über den Gemeinweseninteressen. Die These, Partizipationsmöglichkeiten über die Auslegung der gelebten Demokratie einzufordern, steht in einem Spannungsverhältnis zu der derzeitigen Ausführung der (Post-) Demokratie und der marktvorherrschenden Logik des Kapitalismus. Privatisierung, wie sie zumindest für die nächsten zehn Jahre auch im Stadtplanungsprozess Rindermarkthalle St. Pauli (durch die EDEKA Handelsgesellschaft) festgelegt ist, sieht Crouch als Parameter, ob noch Demokratie drin ist, wo sie in Beteiligungsmöglichkeiten angeboten wird. Auch Blühdorn verweist, dass eine Transformation der Politiker zu Verkäufern stattgefunden hat und sie lieber die Stimmung ihrer Kunden, vertreten durch Maßmann & Co. abfragen, als die Menschen im Stadtteil, wie im Beispiel der Arbeit belegt wurde. Interessant ist festzustellen, dass Blühdorn, der das Phänomen der Postdemokratie durch die simulative Demokratie ersetzt, zu dem Ergebnis kommt, dass das Prinzip der Simulation das heutige Prinzip der Repräsentation ersetzt und somit die Bürger_innen nicht mehr selber politisch aktiv sind, die gewählten politischen Vertreter aber auch nicht. Der Staat wird zunehmend enthierarchisiert und von privaten Akteur_innen autonom übernommen, was zukünftig weitere Partizipationsmöglichkeiten unterbinden wird. Zukünftig sollte das Prinzip der Repräsentation auf seine aktuelle Gültigkeit und Angemessenheit überprüft werden.

Um eine Verbindung zur Makroebene zu erzeugen, befasst sich die Mesoebene mit fachlichen Grundlagen, Basiswissen und Theorien. Da Partizipation ein viel gebrauchter Begriff in dem aktuell geführten Diskurs ist, der unterschiedlich angewendet wird, war es notwendig, eine umfassende, aber dennoch eingegrenzte Definition zu finden. In diesem Zusammenhang erfolgte eine kritische Auseinandersetzung mit dem Unterschied der sozialen Partizipation und

der politischen Partizipation. Bis heute scheint keine eindeutige Definition, die von unterschiedlichen Professionen genutzt wird, vorhanden zu sein. Dies wird zukünftig zu weiteren Missverständnissen im Verständnis des Begriffs und in der Auseinandersetzung um Partizipation führen. Im Kapitel Partizipation und Stadtplanung muss festgestellt werden, dass die Stadtplanung erstens ohne jegliche wissenschaftliche Theorie der Stadt auskommt, lediglich Handlungstheorien in Form von Organisation eines Planungsverfahrens werden angewandt und zweitens, dass Stadtplaner_innen ebenfalls in einem Spannungsverhältnis zwischen Stakeholdern³⁴ und Allgemeinwohl agiert und ihnen dementsprechend eher eine Aushandlungsrolle zukommt. Die Funktionen von Partizipation für die unterschiedlichen Akteure klaffen weit auseinander. Der Wille nach Effizienzsteigerung steht der Ausweitung der Emanzipationsfunktion gegenüber. Beteiligungsmöglichkeiten müssen so immer im Spannungsverhältnis zwischen Emanzipation und Herrschaft gesehen werden (vgl. Wagner, 2012: 23). Um dies nun mit der Praxis am Beispiel der Rindermarkthalle St. Pauli zu verbinden, begibt sich die BA – Thesis auf die Mikroebene. Wie gezeigt werden konnte, wurde im gesamten Verfahren nie mehr als die ersten beiden Stufen des Stufenmodells nach Arnstein und Wickrath erreicht. Bürgerbeteiligung galt hier als Treibsatz. Transparenz, Niedrigschwelligkeit, Auswahl der Beteiligungsformen (keine informellen Beteiligungsformen vorhanden) sowie Auswahl der Teilnehmer (Selbstelektion) wurden nicht systematisch umgesetzt. Teilweise sind die Beteiligungsangebote der Initiativen (Wunschproduktion) partizipatorisch besser aufgestellt als die der Stadt Hamburg. Hier könnte die Frage gestellt werden, ob Politik nicht auch vom Handeln der Initiativen zukünftig lernen kann, um Partizipationsprozesse zu verbessern. Dafür wäre allerdings ein Anerkennen der geleisteten Arbeit sowie des lokalen Wissens der Initiativen von Nöten. Für die Stadt erfüllt Partizipation in diesem Verfahren eher ein Zeit-, Image-, sowie ein Konfliktabwehrgewinn dar. Bürger_innen nehmen eine passive Rolle im politischen Engagement ein und dürfen sich nur noch mit vorgegebenen Geschäften befassen, die eigentlichen Geschäfte werden durch Wirtschaftsunternehmen hinter verschlossenen Türen verhandelt. Partizipation steht nicht mehr für Schaffung, sondern für Teilhabe an dem, was vorgesetzt wird (vgl. Crouch, 2004: 10). Die These des Phänomens der Postdemokratie nach Crouch lässt sich in diesem Beispiel sehr gut vergleichen. Einerseits geht Rinn von der Notwendigkeit der Anwendung von Partizipation als Frühwarnsystem aus und andererseits unterstützt er die Forderung von den Initiativen nach mehr Mitspracherecht und nicht von oben aufgesetzten Strukturen. Beides kann als Teil einer Transformation demokratisch – kapi-

³⁴ Person, für die es aufgrund ihrer Interessenlage von Belang ist, wie ein bestimmtes Unternehmen sich verhält (vgl. Duden: 2012).

talistischer Staatlichkeit begriffen werden. Es herrscht ein Spannungsverhältnis zwischen Regierungsstrategie und erkämpfter Selbstbestimmung (vgl. Rinn, 2012: 17). Die Initiativen können zwar auch Erfolge verzeichnen, wie zum Beispiel die Abschaffung der Music Hall aus den damaligen Vorgaben der Stadt Hamburg und die Forderung von 850 qm, ausgewiesen für soziokulturelle Flächen. Allerdings sind beide Erfolge nur aus dem Reagieren auf vorgefertigte Strukturen entstanden. Ein Abbau der Fremdbestimmung der Initiativen hat nie stattgefunden. Es ist festzustellen, dass die Initiativen trotz Kampfes keine Selbstbestimmung am Stadtplanungsprozess erlangt haben, die Investor_innen wiederum besaßen von Anfang an einen privilegierten Zugang zum Partizipationsprozess.

Abschließend wurde nach Lösungen gesucht, die diese Strukturen durchbrechen können oder zumindest schon bei der Entstehung beeinflussen. Als mögliche Lösung wurde das Konzept der Gemeinwesenarbeit als Brückenfunktion diskutiert. Die intermediäre Instanz der Gemeinwesenarbeiter_innen in Stadtplanungsprozessen können als Kontrolleur_innen, Partizipationsexpert_innen, Dokumenteur_innen, Befähigungworkshopanbieter_innen und Übersetzungsinstanz zwischen den Akteur_innen agieren und Partizipationsmöglichkeiten erheblich verbessern. Diese Zielperspektive erfordert eine Orientierung der Inhalte und Verfahren an der Lebenswelt sowie der individuellen und kollektiven Relevanzstrukturen. Hierzu braucht es Gestaltungsspielräume, die von Seiten der Politik bzw. Verwaltung eröffnet werden müssen und die räumliche Nähe zum Alltag der Betroffenen gestatten. Die Einrichtung dieser Position ist allerdings eine langfristige, die nur in ihrem festgeschriebenen Setting funktioniert. Genauer gesagt, Gemeinwesenarbeit ist keine schnelle Lösung, die punktuell eingesetzt werden kann. Gemeinwesenarbeit muss bereits fest im Stadtteil installiert sein, um dort die Aufgabe als Experte bei Stadtplanungsprozessen zu übernehmen. Zukünftig sollte eine sorgfältige Auseinandersetzung mit den Programmen der Stadtentwicklungsbehörde Hamburg und dem politischen Kontext, in den diese eingebunden sind, und zum anderen eine bessere Kooperation in den Stadtteilen stattfinden, damit Stadtteile zum Ort des Handelns werden können, die auch Entscheidungsmacht im Verfahren erhalten (vgl. Wendland, 2002: 131).

Kritisch zu betrachten, sind die Punkte Macht, Herrschaft, privilegierter Elitenzugang sowie die materiellen und nicht-materiellen Voraussetzungen für Partizipation. Foucault konstatiert: „Machtbeziehungen als strategische Beziehung sind immer in gewisser Weise, beweglich, umkehrbar und instabil und setzen ein gewisses Maß an Freiheit auf beiden Seiten voraus“ (Foucault, 1984, 19ff. zit.n. Wendland, 2002: 64). Dies trifft allerdings nur zu, wenn es auch

gewollt ist, Macht abzugeben. Bourdieu verweist, dass die Fähigkeit, den Raum zu beherrschen, hauptsächlich basiert auf der materiellen oder symbolischen Aneignung der seltenen öffentlichen oder privaten Güter, vom Kapitalbesitz abhängt (vgl. Bourdieu, 1997: 164). Kapitalverteilung und Herrschaftsstrukturen lassen sich nicht von Gemeinwesenarbeiter_innen abschaffen oder ausgleichen, demzufolge sind Partizipationsprozesse auch auf politischer und gesetzlicher Ebene neu zu denken. Dies kann nicht im Alleingang gelingen. Das braucht Partner_innen in der Politik, die sich für konzentriertes Handeln mit Kommunalpolitik einsetzen gegen verweigerte Planungs Kooperation (vgl. Klöck, 2001). Hinte stellt die Frage nicht: *Wie kann Verwaltung die BürgerInnen an der Planung beteiligen?* sondern *Wie können BürgerInnen die Verwaltung an dem beteiligen, was im Stadtteil läuft?* Wir brauchen ausgeglichene Verhältnisse, keiner beteiligt den anderen, sondern alle Beteiligten arbeiten Seite an Seite. Über Brückeninstanzen sollte die Verzahnung der Welten geschehen und dauerhaft zu mehr Beteiligung führen und zum Abbau von Vorurteilen (vgl. Hinte, 2001: 4). Die Herausforderung der Zukunft ist es demnach, die Schnittstelle zwischen den Aktivitäten und Forderungen der Bürger_innen und den Beteiligungsangeboten von Politik und Verwaltung besser zu verzahnen, allerdings müssen dafür auch die klassischen Betrachtungsformen von bottom – up und top – down neu gedacht werden, um Kommunikationsformen zu verbessern (vgl. Stock, 2011: 17).

Irgendwann sollte es selbstverständlich sein, dass alle Menschen in unserer Gesellschaft, egal, an welcher Stelle sie stehen, sich einmischen und gemeinsam mit anderen nach Lösungen suchen und sich so ein neues Gemeinschaftsgefühl dauerhaft entwickelt. Damit dürften getrennt inszenierte Parallelaktionen von Beteiligung endgültig der Vergangenheit angehören.

9. Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Stufenmodell nach Arnstein und Wickrath.....	22
Abb. 2: Determinanten politischer Partizipation in Anlehnung an Buse 1977	24

10. Literaturliste

- Albers, G. 1988: Stadtplanung. Eine praxisorientierte Einführung. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Bourdieu, P. 1997: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Birke, P. 2011: Im „Raum der Gegensätze“. Die Bedeutung der Auseinandersetzung um Wohn- und Mietverhältnisse im Hamburger „Recht auf Stadt“ – Netzwerk. In: Widersprüche e.V. (Hg.): Schöner wohnen? Wohnungspolitik zwischen Markt und sozialer Daseinsvorsorge. Heft 121, 31. Jg. 2011. Münster: Westfälisches Dampfboot, 67-77.
- Bleibinhaus, H. 1993: Ein Stadtentwicklungsplan im offenen Verfahren. In: Neue Wege der Planungskultur. Orientierung in der Zeit des Umbruchs. Brech, Joachim (Hg.), Darmstadt: VWP Verlag für Wissenschaftliche Publikation, 340-341.
- Blühdorn, I. 2006: Billig will ich. Postdemokratische Wende und simulative Demokratie. In: Postdemokratie. Ein neuer Diskurs. Forschungsjournal. Neue deutsche Bewegungen. Jg.19 Heft 4 Dezember 2006, 72-86.
- Buchstein, H./Pohl, K. 2011: Colin Crouch. In: Massing, P./Breit, G./Buchstein, H. (Hg.): Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. 8. Völlig überarbeitete Auflage, Schwalbach: Wochenschau Verlag, 323-327.
- Buchstein, H./Nullmeier, F. 2006: Die Postdemokratie-Debatte. In: Postdemokratie. Ein neuer Diskurs. Forschungsjournal. Neue deutsche Bewegungen. Jg.19 Heft 4 Dezember 2006, 16-23.

- Crouch, C. 2004: Postdemokratie. Aus dem Englischen von N. Gramm. Bonn: Suhrkamp.
- Der kleine Duden, 1991: Fremdwörterbuch. Ein Nachschlagewerk für den täglichen Gebrauch. 3. Aufl., Mannheim/Wien/Zürich: Dudenverlag.
- Eickhoff, A. 1998: Wir können auch anders. Gedanken zur feministischen Stadt. In: StadtRat (Hg.) 1998: Umkämpfte Räume. Hamburg – Berlin – Göttingen : Libertäre Assoziation und Verlag der Buchläden Schwarze Risse – Rote Straße, 13-22.
- Fischer, K. 2006: Die jüngste Versuchung der Demokratie: Postdemokratie und Politiknetzwerke. In: Postdemokratie. Ein neuer Diskurs. Forschungsjournal. Neue deutsche Bewegungen. Jg.19 Heft 4 Dezember 2006, 47-58.
- Galuske, M. 2009: Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Weinheim und München: Juventa.
- Gebhardt, D./Holm, A. 2011: Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung. Hamburg: VSA Verlag.
- Geisler, A. 2011: Jean-Jacques Rousseau. Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts (1762). Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Gillich, S. (Hg.) 2004: Gemeinwesenarbeit. Eine Chance der sozialen Stadtentwicklung. Gelnhausen: Triga Verlag.
- Hinte, W. 2011: Gemeinwesenarbeit. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.): Fachlexikon der sozialen Arbeit. 7.Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlag, 340.
- Hinte, W./Lüttringhaus, M./Oelschlägel, D. 2001: Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. Weinheim und München: Votum.
- Hinte, W./Lüttringhaus, M./Oelschlägel, D. 2007: Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. Weinheim und München: Votum.
- Heiner, M. 1994: Aufbau und Pflege politischer Netzwerke in der Gemeinwesenarbeit. In: Bitzan, M./Klöß, T. (Hg.): Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 5. Politikstrategien – Wendungen und Perspektiven. München: AG SPAK Publikationen, 90-116.

- Holm, A. 2010: Gentrifizierung und Kultur. Zur Logik kulturell vermittelter Aufwertungsprozesse. In: Hannemann, C./Glasauer, H./Pohlan, J./Pott, A./Kirchberger, V. (Hg.) 2010: Jahrbuch StadtRegion 2009/2010. Stadtkultur und Kreativität. Opladen und Farmington Hills: Budrich Verlag, 64-82.
- Holzinger, G./Oberndorfer, P./Raschauer, B. 2006. Österreichische Verwaltungslehre. 2. Auflage. Wien: Vormals Verlag der K. U. K. Hof und Staatsdruckerei.
- Latke, H. 1955: Soziale Arbeit und Erziehung. Ihre Ziele, Methoden und psychologischen Grundlagen. Freiburg: Lambertus Verlag.
- Lüttringhaus, M. 2000: Stadtentwicklung und Partizipation. Fallstudien aus Essen Katernberg und der Dresdner Äußeren Neustadt. Bonn: Stiftung Mitarbeit.
- Lüttringhaus, M./Richers, H. (Hg.) 2003: Handbuch aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Bonn: Stiftung Mitarbeit.
- Lüttringhaus, M. 2004: Partizipation in der Stadt(teil)entwicklung – Mehrwert auf vielen Ebenen. In: Odierna, S./Berendt, U. (Hg.): Gemeinwesenarbeit. Entwicklungslinien und Handlungsfelder. Neu-Ulm: AH Spak, 151-160.
- Maelicke, B. (Hg.) 2008: Lexikon der Sozialwirtschaft. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Maier, K. 1995: Der Beitrag der Sozialarbeit zum Aufbau neuer Stadtteile. Materialien und Vorschläge zur Sozialplanung für den Freiburger Stadtteil Rieselfeld. Freiburg im Breisgau: Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung.
- Massing, P./Breit, G./Buchstein, H. (Hg.) 2011: Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Nanz, P./Fritsche, M. 2012: Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Oelschlägel, D. 2001: Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit. In: Institut für soziale Arbeit e.V. (Hg.): Soziale Praxis. Im Dickicht der Städte – Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Münster: Votum, 21-28.
- Offe, C. 1972: Demokratische Legitimation der Planung. In: Ders.: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt/M: Campus Verlag, 203-227.

- Priddat, B. 2006: Irritierte Ordnung. Moderne Politik. Politische Ökonomie der Gouvernance. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Roth, K. 2006: Einleitung Antike. In: Massing, P./Breit, G./Buchstein, H. (Hg.): Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Schwalbach: Wochenschau Verlag, 17-24.
- Roth, R., 2011: Alle Macht den Bürgerinnen und Bürgern. Bürgerdemokratie als Motor der gesellschaftlichen Entwicklung. In: Stiftung Mitarbeit (Hg.) 2011: Die Zukunft der Bürgerbeteiligung. Herausforderungen. Trends. Projekte. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit, 27-37.
- Rothschuh, M. 2001: Soziale Beziehungen stiften – Quartiersmanagement aus der Sicht der Sozialen Arbeit. In: Institut für soziale Arbeit e.V. (Hg.): Soziale Praxis. Im Dickicht der Städte – Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Münster: Votum, 29-55.
- Stock, M. 2011: Die Zukunft der Bürgerbeteiligung. Vielfalt ermöglichen - Herausforderungen annehmen – Perspektiven gestalten. In: Stiftung Mitarbeit (Hg.) 2011: Die Zukunft der Bürgerbeteiligung. Herausforderungen. Trends. Projekte. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit, 7-10.
- Thiel, Thomas 2006: Demokratie zwischen Wunsch und Wirklichkeit. In: Postdemokratie. Ein neuer Diskurs. Forschungsjournal. Neue deutsche Bewegungen. Jg.19 Heft 4 Dezember 2006, 125-129.
- Van Deth, J.W. 2001: Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? In: Koch, A./Wasner, M./Schmidt, P. (Hg.): Blickpunkt Gesellschaft 6. Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen: Leske + Budrich, 195-219.
- Wagner, T. 2006: Citizenship, Soziale Arbeit und Soziale Klassen. In: WIDERSPRÜCHE. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 112, 30. Jg. 2009 Nr. 2. Scheßlitz: Westfälische Dampfboot, 23-41.
- Wagner, T. 2012: „Und jetzt alle mitmachen!“. Ein demokratie- und machttheoretischer Blick auf die Widersprüche und Voraussetzungen (politischer) Partizipation. In: Einspruch! Partizipation und Rechtsansprüche in Politik, Gesellschaft und sozialer Arbeit. Wider-

sprüche Zeitschrift 32.Jg. März 2012 Heft 123. Scheßlitz: Westfälische Dampfboot, 15-40.

Wendland, A. 2002: Mitbestimmung oder Beteiligung im Laufstall? Zur Diskussion um Partizipation in der sozialen Stadtentwicklung. Bielefeld: Kleine Verlag.

Wolff, S. 2005: Dokumenten- und Aktenanalyse. In: Flick, U./von Kardoff, E./Steinke, I. (Hg.) 2005: Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 502-512.

11. Internetquellen

Baurecht – Ratgeber 2013: Was verbirgt sich unter einem Bebauungsplan. In: URL: http://www.baurecht-ratgeber.de/baurecht/baurecht/index_10.html. 28.03.2013.

Bertelsmann Stiftung 2011: Umfrage: Bürger wollen sich an Politik beteiligen. In: URL: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbc/SID-86930B37-89273C2A/bst/xcms_bst_dms_34119_34120_2.pdf. 01.04.2013.

Bundesministerium für Verkehr-, Bau- und Stadtentwicklung 2013: Soziale Stadt – Investitionen im Quartier. In: URL: http://www.staedtebaufoerderung.info/nn_486964/StBauF/DE/SozialeStadt/soziale__stadt__node.html?__nnn=true. 21.03.2013.

Busch, L. 2009: Bürgerbeteiligung in der städtebaulichen Planung. Dissertation an der HafenCityUniversität Hamburg. In: URL: https://www.hcu-hamburg.de/fileadmin/documents/IMZ/Veroeffentlichungen/Dissertationen/Lueder_Busch_Dissertation.pdf. 14.03.2013.

Der Duden 2012. Demokratie. In: URL: <http://www.duden.de/suchen/dudenonline/repr%C3%A4sentative%20Demokratie>. 16.03.2013.

Deth, J. W. van 2002: Soziale und politische Beteiligung. Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? In: URL: http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/gesis_reihen/Blickpunkt/6/vanDeth.pdf. 09.03.2013.

Die Bild 2012: Sylter Feinkost-König in die Schanze. Rindermarkthalle wird Riesen-Einkaufs-Center. In: URL: <http://www.bild.de/regional/hamburg/gastronom/sylter-feinkost-koenig-in-die-schanze-25373526.bild.html>. 23.03.2013.

Die Keimzelle 2012: Soziale Gärten für alle! In: URL: <http://keimzelle.blogspot.eu/die-keimzelle/>. 02.04.2013.

Die leute:real 2011: Fünf Würfel sind gefallen: Für eine neue Stadtplanungskultur an der Alten Rindermarkthalle! In: URL: <http://dieleutereal.blogspot.eu/?p=546%201>. 21.03.2013.

Die leute:real 2011: Nahversorgung – Sorge – Nah – EDEKA Nord, Politik und Verwaltung stellen sich Fragen zu den Plänen für die Alte Rindermarkthalle. In: URL: <http://dieleutereal.blogspot.eu/?p=591>. 21.03.2013.

Die leute:real 2012: Partizipation, Kooperation, Wunschproduktion – oder wie anders wollen wir uns vereinnahmen lassen? In: URL: <http://dieleutereal.blogspot.eu/?p=618%203>. 21.03.2013.

Die leute:real 2012: Planungswürfel werden Leuchtturm. In: URL: <http://dieleutereal.blogspot.eu/?p=633%204>. 21.03.2013.

Die leute:real 2012: Karoquartier – Konferenz am Sonntag im Centro. In: URL: <http://dieleutereal.blogspot.eu/?p=657>. 21.03.2013.

Die leute:real 2012: St.Pauli vernetzt sich. In: URL: <http://dieleutereal.blogspot.eu/?p=677%29>.

Die leute:real 2010: Wir über uns. In: URL: http://dieleutereal.blogspot.eu/?page_id=45. 23.03.2013.

Die Linke 2010: Alte Rindermarkthalle St.Pauli. Bürgerbeteiligung geht anders! In: URL: <http://www.die-linke-hamburg.de/presse/detail/artikel/alte-rindermarkthalle-st-pauli-buergerbeteiligung-geht-anders.html>. 01.04.2013.

Die Wunschproduktion 2012: Erklärung zur heutigen Infoveranstaltung des Bezirks. In: URL: <http://wunschproduktion.rindermarkthalle.de/allgemein/erklarung-zur-heutigen-infoveranstaltung-des-bezirks/>. 23.03.2013.

- Initiative Hamburger Architektursommer e.V. 2012: Hamburger Architektursommer 2012. In: URL: <http://architektursommer.de/asommer2012/index.php>. 15.03.2013.
- Duden 2011: Deutsches Universalwörterbuch. 7.Auflage. In: URL: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Stakeholder>. 23.03.2013.
- Hamburger Institut für Sozialforschung 2013: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. URL: <http://www.his-online.de/ueber-uns/mitarbeiter/aktuell/person/rinn-moritz/details/>. 04.04.2013.
- Hinte, W. 2001: Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren. In: URL: <http://www.stadtteilarbeit.de/handlungsfelder-gwa/aktivierung-empowerment/222-bewohner-ermutigen.html>. 15.03.2013.
- Klöck, T. 2001: Das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit als Qualitätsmerkmal von sozialraumorientierter Sozialer Arbeit. In: URL: <http://stadtteilarbeit.de/handlungsfelder-gwa/gwa-sozialraumorientierung/129-gwa-und-sozialraeumliche-arbeit.html>. 21.03.2013.
- Laut 2010: Was ist eine Wunschproduktion? In: URL: <http://wunschproduktion.rindermarkthalle.de/faq/wunschproduktion/>. 23.03.2013.
- GAGFAH 2013: Auf einen Blick. In: URL: http://www.gagfah.de/de/unternehmen/ueber_uns.html. 21.04.2012.
- Grüne Hamburg-Mitte 2011: Zwischennutzung der Rindermarkthalle. In: URL: <http://www.gruenemitte.com/2012/08/23/zwischenutzung-der-rindermarkthalle/>. 23.03.2013.
- Lüttringhaus, M. 2012: Aktivierende Befragungen Voraussetzungen für Aktivierung und Partizipation. In: URL: <http://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/aktivierende-befragung/moeglichkeiten-und-grenzen/voraussetzungen-fuer-aktivierung-und-partizipation/104091/>. 02.03.2013.
- Maßmann & Co. 2012: Große Resonanz auf offene Baustellenbegehung der Rindermarkthalle. In: URL: <http://wordpress.p174000.webspaceconfig.de/?m=201210>. 15.03.2013.

- Maßmann & Co. 2012: Bericht von der Auftaktveranstaltung zur Vergabe der Flächen für stadtteilbezogene Nutzung. In: URL: <http://wordpress.p174000.webspaceconfig.de/?m=201211>. 15.03.2013.
- Maßmann & Co. 2012: Aktueller Stand und Gerüchte um Ausstieg der Edeka Pächter. In: URL: <http://wordpress.p174000.webspaceconfig.de/?p=195>. 15.03.2013.
- Maßmann & Co. 2012: Die Tinte ist getrocknet – EDEKA-Pächter Holst und Meyer unterzeichnen Vertrag für Rindermarkthalle. In: URL: <http://wordpress.p174000.webspaceconfig.de/?m=201302>. 15.03.2013.
- Müller, M. J. 2005: Was versteht man unter Neoliberalismus? In: URL: <http://www.neoliberalismus.de/neo-neoliberalismus.html>. 01.04.2013.
- Müller, M. 2010: Kooperatives Planungsverfahren „Machbarkeitsstudie Alte Rindermarkthalle“. In: Quartiersnachrichten Karolinentviertel. Informationen der steg Hamburg mbH für das Sanierungsgebiet St. Pauli-Nord S 3 (Karolinentviertel) Nummer 59 / August 2010. In: URL: www.steg-hamburg.de/aktuell/publikationen/qn-karovierteil/QN-karo-59.pdf. 02.04.2013.
- Müller, M. 2011. Protokoll Nr. 06/11 der Sitzung des Sanierungsbeirates am 24. November 2011, S 6-7. In: URL: <http://www.steg-hamburg.de/download/stadterneuerung-stadtentwicklung/2011/karolinentviertel-beiratsprotokoll-06-2011.pdf>. 22.03.2013.
- Oelschlägel, D. 2006: Beteiligung und Aktivierung in der Stadtgesellschaft. In: URL: <http://www.stadtteilarbeit.de/handlungsfelder-gwa/aktivierung-empowerment/224-beteiligung-aktivierung.html>. 01.03.2013.
- Ratgeber Baurecht 2013: Was verbirgt sich unter einem Bebauungsplan? In: URL: http://www.baurecht-ratgeber.de/baurecht/baurecht/index_10.html. 13.01.2013.
- Recht auf Stadt 2009: Über Recht auf Stadt. In: URL: <http://www.rechtaufstadt.net/netzwerk>. 15.01.2013.
- Rinn, M. 2012: Partizipation in der Stadtentwicklungspolitik Hamburgs. AG Soziale Spaltung Hamburg (Hg.): Partizipation und Soziale Spaltung – Dokumentation des Workshops am 14.5.2012, S. 15-29. In: URL: http://hamburg-stadtfueralle.de/wp-content/uploads/ws_partizipation_dokumente.pdf. 21.03.2013.

- Roth, D. Prof. Dr./Kornelius, B./Osner, A. 2004: Politische Partizipation in Deutschland. In: URL: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-F03DCDBD-9B53D659/bst/xcms_bst_dms_30910_30911_2.pdf. 08.03.2013.
- Selle, K. 2002: Wer? Was? Wie? Wie weit? Warum? Klärungsbedarf. In: URL: <http://www.stadtteilarbeit.de/themen-bb/allgemeines-theorien/221-wer-wie-was-wieweit-warum.html>. 12.03.2013.
- Sprinkenhof AG 2013: Geschichte des Unternehmens. In: URL: <http://www.sprinkenhof.de/CMS/default.aspx?Content=1c4e03c1-5312-4728-947a-45ba0590f61c&Type=M>. 24.03.2013.
- Unser Areal 2011: Nur ein Einkaufszentrum für St.Pauli – oder geht da noch mehr? In: URL: <http://unser-areal.rindermarkthalle.de/allgemein/hallo-welt/#more-1>. 23.03.2013.
- Unser Areal 2012: Presseerklärung. Neue Planung für Rindermarkthalle notwendig. In: URL: <http://unser-areal.rindermarkthalle.de/allgemein/presseerklarung-neue-planung-fur-rindermarkthalle-notwendig/>. 23.03.2013.
- Unser Areal 2012: Planung vor dem Aus – Plan B muss her. In: URL: <http://unser-areal.rindermarkthalle.de/blog/>. 21.02.2013.
- Utopie TV 2012: Auftaktveranstaltung „Zwischennutzung Rindermarkthalle – stadtteilbezogene Nutzung“. In: URL: http://www.youtube.com/watch?v=aXZTDGeMk_M. 23.03.2013.
- von Kietzell, D. 2002: Gemeinwesenarbeit: eine Kern-Kompetenz in Quartieren. In: URL: <http://www.stadtteilarbeit.de/handlungsfelder-gwa/gwa-quartiermanagement/116-gwakernkompetenz.html>. 11.03.2013.
- Wagner, Thomas 2012: Partizipation zwischen Emanzipation und Herrschaft. AG Soziale Spaltung Hamburg (Hg.): Partizipation und Soziale Spaltung – Dokumentation des Workshops am 14.5.2012. In: URL: http://hamburg-stadtfueralle.de/wp-content/uploads/ws_partizipation_dokumente.pdf. 21.03.2013.
- Wegweiser Bürgergesellschaft 2012: Aktivierende Befragung. Voraussetzungen für Aktivierung und Partizipation. In: URL: <http://www.google.de/imgres?client=firefox-a&hs=SMH&sa=X&rls=org.mozilla:de:official&biw=1280&bih=842&tbn=isch&tbnid=DaGfKp1624PVcM:&imgrefurl=http://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/ak>

tivierende-befragung/moeglichkeiten-und-grenzen/voraussetzungen-fuer-aktivierung-und-partizipation/aktivierende-befragungen-voraussetzungen-fuer-aktivierung-und-partizipation-seite-

2/105675/&docid=ul9_0da0KXU7TM&imgurl=http://www.buergergesellschaft.de/uploads/RTEmagicC_grafik_arb_29_determinanten_pp_tn_02.jpg.jpg&w=210&h=183&ei=BS51Ub8kj5KzBp2JgagE&zoom=1&iact=rc&dur=344&page=1&tbnh=146&tbnw=168&start=0&ndsp=45&ved=1t:429,r:0,s:0,i:86&tx=126&ty=99. 21.11.2012.

12. Schriftliche Erklärung

Ich versichere, dass ich die vorliegende BA – Thesis selbständig verfasst und keine anderen, als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Alle Stellen, die dem Wortlaut oder dem Sinne nach anderen Texten entnommen sind, wurden unter Angabe der Quellen (einschließlich des World Wide Web und anderer elektronischer Text- und Datensammlungen) und nach den üblichen Regeln des wissenschaftlichen Zitierens nachgewiesen. Dies gilt auch für Zeichnungen, bildliche Darstellungen, Skizzen, Tabellen und dergleichen. Mir ist bewusst, dass wahrheitswidrige Angaben als Täuschungsversuch behandelt werden und dass bei einem Täuschungsverdacht sämtliche Verfahren der Plagiatserkennung angewandt werden können.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

13. Anhang

Anhang 1: Roth, D. et al., 2004: Politische Partizipation in Deutschland.	73
Anhang 2: Bertelsmann Stiftung, 2011: Bürger wollen sich an Politik beteiligen.	80
Anhang 3: Die leute:real, 2011: Fünf Würfel sind gefallen.	84
Anhang 4: Die leute:real, 2011: Nahversorgung – Sorge – Nah – EDEKA Nord, Politik und Verwaltung stellen sich Fragen zu den Plänen für die Alte Rindermarkthalle.	85
Anhang 5: Die leute:real, 2012: Partizipation, Kooperation, Wunschproduktion – oder wie anders wollen wir uns vereinnahmen lassen?	87
Anhang 6: Die leute:real, 2012: Planungswürfel werden Leuchtturm.	89
Anhang 7: Die leute:real, 2012: Karo Viertel – Konferenz am Sonntag im Centro.	90
Anhang 8: Die leute:real, 2012: St.Pauli vernetzt sich.	91
Anhang 9: Die leute:real, 2010: Wir über uns.	91
Anhang 10: Unser Areal, 2011: Nur ein Einkaufszentrum für St.Pauli.	92
Anhang 11: Unser Areal, 2012: Presseerklärung. Neue Planung für Rindermarkthalle notwendig.	93
Anhang 12: Unser Areal, 2012: Planung vor dem aus – Plan B muss her.	95
Anhang 13: Koordinierungsgruppe, 2012: Kulturelle und soziale Nutzung.	97
Anhang 14: Koordinierungsgruppe 2012: Protokoll vom 08.05.2012.	98
Anhang 15: Maßmann & Co., 2012: Große Resonanz auf offene Baustellenbegehung der Rindermarkthalle.	101
Anhang 16: Maßmann & Co., 2012: Bericht von der Auftaktveranstaltung zur Vergabe der Flächen für stadtteilbezogene Nutzung.	102

Anhang 17: Maßmann & Co., 2012: Aktueller Stand und Gerüchte um Ausstieg der Edeka Pächter.	105
Anhang 18: Maßmann & Co., 2012: Die Tinte ist getrocknet – EDEKA-Pächter Holst und Meyer unterzeichnen Vertrag für Rindermarkthalle.	107
Anhang 19: Die Wunschproduktion, 2012: Erklärung zur heutigen Infoveranstaltung des Bezirks.	108

Anhang 1: Roth, D. et al., 2004: Politische Partizipation in Deutschland.

Zusammenfassung

Prof. Dr. Dieter Roth und Bernhard Kornelius, Forschungsgruppe Wahlen.

Politische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist substantieller Bestandteil einer jeden funktionsfähigen und lebendigen Demokratie. Politiker, Medien und Teile der Öffentlichkeit äußern in letzter Zeit häufiger die Vermutung, dass die Bürgerinnen und Bürger verstärkt Distanz zum politischen System, seinen hauptsächlichen Vertretern und Institutionen aufbauen. Ausgangspunkt dieser Hypothese bildet dabei die momentan nachweislich starke Kritik an den politischen Akteuren sowie an sämtlichen parlamentarischen Kräften: Neben der Unzufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung und den meisten ihrer Protagonisten ist das Vertrauen in die Opposition ebenfalls gering. Der Begriff der Politikverdrossenheit hat wieder Konjunktur. Doch wie steht es tatsächlich um die Beziehungen zwischen den Deutschen und dem politischen System? Welche Einstellungen, Meinungen und Beteiligungsmentalitäten besitzen und entwickeln die Bundesbürger konkret gerade in einer Phase forciertes Kritik? Welche Partizipationsmöglichkeiten werden – fokussiert immer auch auf Details der einzelnen sozialen Gruppen – mit welcher Intensität genutzt? Wo sind Wachstumspotenziale verortet und wo gibt es Defizite? Und: Führt der aktuell hohe Unmut über die Leistungen der Politik tatsächlich zu mehr Distanz und weniger politischer Beteiligung oder gibt es auch Anzeichen einer verstärkten Politisierung der Bundesbürger etwa über unkonventionelle, alternative sowie ergänzende Partizipationsformen?

Die Studie der Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld GmbH zur „Politischen Partizipation in Deutschland“ versucht im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, neben einem kompakten Überblick zu normativen und empirischen Erkenntnissen die öffentliche Meinung in diesem Kontext differenziert zu erfassen, um auf Basis dieser grundsätzlichen Orientierungen und Ordnungsvorstellungen konventionelle wie unkonventionelle Beteiligungsmentalitäten, aber auch allgemeine politische Einstellungen der wahlberechtigten Bevölkerung im Kontext der politischen Partizipation genauer analysieren und bewerten zu können.

Einerseits werden dabei ausgesuchte Themenfelder und Fragenkomplexe aus früheren Studien der Forschungsgruppe Wahlen e.V. sowie des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (i p o s) aufgegriffen, um mittel- und langfristig auftretende Veränderungen, aber auch Kontinuitäten in der Einstellung der Bevölkerung aufzuzeigen. Dabei handelt es sich insbesondere um Fragen zur Demokratie und zum politischen System, zur allgemeinen gesellschaftlichen wie auch ökonomischen Konstitution des Landes, zu verschiedenen Aspekten der politischen Kultur oder aber zu den individuellen Beteiligungschancen der Bürgerinnen und Bürger im politischen Prozess. Andererseits werden aktuelle Entwicklungen und Trends berücksichtigt, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen oder politischen Relevanz unmittelbare Konsequenzen für die „Politische Partizipation in Deutschland“ implizieren. Schwerpunkte bilden hierbei Fragen zu den multiplen Formen der unkonventionellen Beteiligung, zum freiwilligen Engagement, zur direkten Demokratie oder zum politischen Kommunikations- und Informationsverhalten der Deutschen. Selbstverständlich interessieren aber auch die aktuellen Einstellungen der Bundesbürger zu den Parteien, den Politikern und den politischen Institutionen ganz allgemein. Dabei sind die Ergebnisse dieser Untersuchung für die gesamte Bundesrepublik repräsentativ erhoben. Methodische Einzelheiten werden in der Studie beschrieben.

Als Richtgröße zur Bewertung des Systemoutputs dient zunächst die allgemeine Zufriedenheit mit der Demokratie. Diese hat sich im Vergleich zu den 80er sowie den frühen 90er Jahren insgesamt abgeschwächt, wobei der vormals hohe Zuspruch nicht zuletzt auf einer spezifischen Ausgangslage beruhte: In den Jahren des Umbruchs in Osteuropa, verbunden mit dem festen Glauben an die hohe Leistungsfähigkeit der Demokratie und anschließend mit der Euphorie rund um den Prozess der Wiedervereinigung, wurden bei der Zufriedenheit in diesen Jahren Spitzenwerte von durchschnittlich 70% und mehr erzielt. Dagegen sind aktuell 55% der Deutschen mit der Demokratie eher unzufrieden, nur 43% sagen eher zufrieden: Ein Negativrekord. Gleichzeitig bekundet zurzeit gut die Hälfte der Bundesbürger starkes Interesse für Politik – deutlich mehr als in den 90er Jahren.

Der hohe Unmut beim Systemoutput resultiert einerseits aus forcierter Kritik an sämtlichen parlamentarischen Kräften und schwachen bis klar negativen Imagewerten sämtlicher Spitzenpolitiker. Andererseits wird die Zufriedenheit mit der Demokratie auch ganz konkret vom politischen Tagesgeschehen und der für zahlreiche Bundesbürger unbefriedigend verlaufenen Reformdebatte überlagert. Hinzu kommt eine generelle Missstimmung gegenüber den politischen Akteuren und Parteien: Auf einer +5/-5-Skala, mit deren Hilfe Lob und Tadel dezidiert vorgenommen werden können, liegen Politiker (Durchschnittswert auf +5/-5-Skala: -1,0) genau wie Parteien (-0,8) sichtbar im Minus. Auch die Gewerkschaften (-0,5) stehen zurzeit in keinem guten Licht. Zum Vergleich andere „Branchen“: Unternehmerverbände (0,3) oder ganz allgemein die Kirchen (0,3) besitzen ein schwach positives Image. Die Verwaltungen auf Stadt- bzw. Gemeindeebene (1,2) genießen dagegen genau wie die Gerichte (1,8) ein gutes, die Polizei (2,7) sogar ein ausgesprochen hohes Ansehen.

Zum Negativimage der Parteien und politischen Entscheider kommt mangelhaftes Kompetenzvertrauen. Allerdings zweifelt das Gros der Bundesbürger auch an den Fähigkeiten der Executives in der Wirtschaft oder den Gewerkschaften, wenn auch differenziert: Für den Bereich der Politik meinen 73%, für den Bereich der Gewerkschaften 64% und für den Bereich der Wirtschaft immer noch 54%, dass die dort tätigen Führungskräfte ihren Aufgaben nicht gerecht werden. Neben der Kritik an der personellen Ausstattung in den Leitungsebenen wird auch die Gesellschaft insgesamt als stark problembelastet wahrgenommen: Wenn die Bundesbürger deren aktuellen Zustand beschreiben, reklamiert mit einem Anteil von 49% fast die Hälfte zurzeit eine Reihe von größeren Problemen, 36% identifizieren sogar eine „schwere Krise“ unserer Gesellschaft. Und während nur 3% „im Großen und Ganzen alles für in Ordnung halten“, befürchten 11%, dass „wir uns auf eine Katastrophe zu bewegen“. Dass das Gros der Bevölkerung primär Schwierigkeiten sieht, ist jedoch kein Novum: Bereits während der letzten zehn Jahre stufte zu fast keinem einzigen Zeitpunkt mehr als einer von zehn die Situation positiv ein. Dennoch präsentiert sich Deutschland im Vergleich noch immer gut positioniert: Wenn die Bürgerinnen und Bürger den Zustand unserer Gesellschaft mit dem unserer westeuropäischen Nachbarn vergleichen, beschreiben 18% die Lage hierzulande als schlechter, 42% können keine Unterschiede ausmachen. Mit 32% glaubt aber auch beinahe ein Drittel der Deutschen, dass es unserer Gesellschaft in diesem speziellen Vergleich noch immer besser geht.

Relativiert wird die Kritik am Systemoutput sowie die pessimistische Bewertung von Gesellschaft und deren Leistungsträgern noch an anderer Stelle: Trotz der aktuell hohen Unzufriedenheit stellt eine überwältigende Mehrheit die Verfassungsordnung der Republik nicht in Frage: 77% der Deutschen halten die Demokratie für die beste Staatsform, nur 14% glauben, dass es bessere Alternativen gäbe. Diese ersten Ergebnisse sind also Mahnung und Hoffnung zugleich: Dem Unmut über Parteien, politische Akteure und sonstige Führungskräfte sowie der Unzufriedenheit mit dem aktuellen Politikoutput stehen relativ hohes Politikinteresse, eine

generell hohe Systemakzeptanz und eine tendenziell positiv wahrgenommene Positionierung des Landes im westeuropäischen Vergleich gegenüber. Doch was bedeuten diese zwei grundsätzlichen und auf den ersten Blick gegenläufigen Trends für die „Politische Partizipation in Deutschland“?

Was die persönlichen Beteiligungschancen der Bürgerinnen und Bürger im politischen Prozess angeht, werden die individuellen Möglichkeiten weiterhin als mäßig bis schwach, aber insgesamt weniger pessimistisch eingeschätzt. Nach 14% vor knapp zehn Jahren schreiben sich heute 36% der Deutschen starke oder sehr starke Möglichkeiten zu, auch individuell politisch Einfluss zu nehmen. Konkret beklagen 68% (1994: 85%) mangelnde Rücksichtnahme von Politikern, 55% (1994: 79%) sehen keinen unmittelbaren Einfluss auf das Regierungshandeln und für 55% (1994: 70%) ist Politik grundsätzlich zu kompliziert. Nur 11% der wahlberechtigten Deutschen (1994: 22%) halten dagegen ihre eigene Stimme bei Wahlen für wertlos. Die individuelle Bereitschaft zur Übernahme eines politischen Amtes ist dagegen rückläufig.

Als Indikator für die Intensität konventioneller Partizipation gilt vielerorts die Wahlbeteiligung. Während bei nationalen Wahlen seit der Wiedervereinigung rund vier von fünf Bundesbürgern aktiv Gebrauch von ihrem Wahlrecht machen, bewegen sich die Beteiligungsraten auf allen anderen Ebenen des politischen Systems meist auf deutlich schwächerem Niveau. Zudem unterliegen diese oftmals erheblichen Schwankungen und gelten – bei subjektiv niedrigen Quoten – für zahlreiche Beobachter als Zeichen von Demokratiemüdigkeit und wachsender Distanz gegenüber den politischen Akteuren sowie Institutionen. Nicht selten werden sie pauschal mit dem Begriff der Politikverdrossenheit erklärt. Dabei wird übersehen, dass eine zentrale Ursache für scheinbar niedrige Beteiligungsraten unterhalb der Bundes- sowie auf transnationaler Ebene zunächst einmal in einer höchst differenziert wahrgenommenen Relevanz der jeweiligen Parlamente zu suchen ist. So halten wenige Monate vor der Europawahl lediglich 54% der Deutschen die in Brüssel oder Straßburg gefällten Beschlüsse persönlich für wichtig oder sehr wichtig – ein Grund, weshalb sich auch 2004 wieder vergleichsweise wenige Unionsbürger an dieser Abstimmung beteiligen werden. Entscheidungen der Kommunalparlamente halten dagegen schon 68% für wichtig, für 72% haben die Landtage entsprechend hohes Gewicht. Schließlich bezeichnen 85% der Bundesbürger Entscheidungen, die im Deutschen Bundestag fallen, auch persönlich als relevant.

Schwankende oder subjektiv niedrige Beteiligung sowie mangelnde Stabilität im Wahlverhalten resultieren zudem aus der gestiegenen Flexibilität der Bundesbürger: Während die sogenannte Wahlnorm als historisch gewachsenes Pflichtbewusstsein sowie die Parteiidentifikation als psychologisch-integrative Bindung an die Parteien erodieren, gewinnen flexibles Wählen, die (gezielte) Option der Wahlenthaltung sowie weitere, auch unkonventionelle Maßnahmen zur politischen Einflussnahme mehr und mehr an Bedeutung. Fast die Hälfte der Deutschen (45%) hält es zukünftig für möglich, etwa aus Protest gezielt eine Partei zu wählen, die für sie normalerweise nicht in Frage käme. 35% haben diese Möglichkeit bereits genutzt. 36% ziehen darüber hinaus generell auch eine protestmotivierte Wahlenthaltung in Betracht. Hohes Potenzial der gezielten politischen Einflussnahme enthalten aber auch verschiedene unkonventionelle Partizipationsformen: So bezeichnen 63% der Deutschen die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative als Variante, die zum Erreichen eines politischen Ziels auch persönlich in Frage käme, 21% haben bisher entsprechendes Engagement gezeigt. 66% können sich außerdem vorstellen, aus politischen Motiven an einer Demonstration teilzunehmen, 35% waren bereits auf einer politischen Kundgebung. Um politisch Einfluss zu nehmen, haben sich schließlich schon 77% der Deutschen an einer Unterschriftensammlung beteiligt, 88% können sich dies in Zukunft vorstellen. Tendenziell werden unkonventionelle Partizipationsformen allerdings eindeutig mehr als Ergänzung denn als Alternative genutzt: Unter Bürgerinnen und

Bürgern, die auch außerhalb von Wahlen versuchen, politisch Einfluss zu erlangen, liegt die Bereitschaft zur konventionellen Wahlbeteiligung über dem Durchschnitt. Selten oder nie wählende Personen nutzen umgekehrt eher selten unkonventionelle Partizipationsmöglichkeiten.

Schließlich wird politische Beteiligung auch durch freiwilliges Engagement nachhaltig gestärkt: Unter den 35% der Deutschen, die zurzeit in einem Verein oder Verband ehrenamtlich Aufgaben übernehmen oder außerhalb der klassischen Vereinsstrukturen bürgerschaftliches und/oder soziales Engagement praktizieren, liegt die Bereitschaft zur Wahlbeteiligung auf überdurchschnittlichem Niveau. Darüber hinaus existiert in dieser Gruppe ein überdurchschnittliches Potenzial, auch mittels unkonventioneller Instrumente Einfluss auf das politische Geschehen zu nehmen. Dagegen übersteigen unter Bürgerinnen und Bürgern, die keinem Verein oder Verband angehören und die sich nicht freiwillig engagieren, die potenziellen Nichtwähleranteile das entsprechende Niveau im Vergleich zu den freiwillig Engagierten um fast das Doppelte. Die Bereitschaft zu unkonventioneller Partizipation liegt hier ebenfalls unter dem Durchschnitt.

Neben dem sozialen Umfeld hat auch die ökonomische Konstitution der Befragten Konsequenzen auf deren politische Grundhaltungen und Beteiligungsmentalitäten: Menschen in einer schwierigen finanziellen Situation entwickeln eine überdurchschnittlich starke Distanz zum politischen System, dem Staat und seinen Institutionen. Der Anteil der selten oder nie an Wahlen teilnehmenden Deutschen bewegt sich in der Gruppe der wirtschaftlich Schwachen auf relativ hohem Niveau. Zudem finden sich in derselben Gruppe besonders viele, die mit der Demokratie unzufrieden sind, diese als suboptimale Staatsform charakterisieren oder zur besseren Vertretung ihrer eigenen Interessen die Gründung einer vollständig neuen politischen Kraft unterstützen. Effekte bezüglich sozialem Umfeld oder ökonomischer Realitäten sind im Detail auch in anderen Kontexten der „Politischen Partizipation in Deutschland“ auszumachen. Demographische Faktoren und soziale Größen, etwa Alter, Geschlecht oder das formale Bildungsniveau, zeigen an vielen Stellen ebenso Wirkung wie beispielsweise Ost-West-Unterschiede, der berufliche Status oder das politische Kommunikations- und Rezeptionsverhalten der Respondenten.

Demgegenüber stehen einige tendenziell allgemeingültige Trends, von denen an dieser Stelle einer hervorzuheben ist: Selbst wenn die aktuelle politische Stimmung von heftiger Kritik an politischen Institutionen, den Leistungsträgern und am gesamten Systemoutput überlagert wird und die Deutschen auch die eigene Gesellschaft als insgesamt stark problembelastet beschreiben, folgt diesem Missmut keinesfalls generelle Distanz gegenüber dem politischen System oder gar eine Entfremdung zwischen Staat und Bürgergesellschaft. Bei aller Unzufriedenheit wird die Demokratie als optimale Staatsform nicht in Frage gestellt.

Ob auf breiter Basis bei Bundestagswahlen, ob stärker ereignisorientiert etwa bei Friedensdemonstrationen oder aber mit speziellem Focus durch freiwilliges Engagement: Bei Handlungsbedarf nutzen die Deutschen zunehmend pragmatisch und rational sowie in angemessener Stärke die multiplen Möglichkeiten der Teilhabe. Neben konventionellen Wahlen, bei denen sich auch die Enthaltung als völlig gleichberechtigte und oftmals ganz bewusst eingesetzte Verhaltensoption etabliert hat, erhalten unkonventionelle Beteiligungsformen regen Zuspruch. Ausschließlich als Alternative kommen diese Formen, die als Instrument der politischen Einflussnahme zudem viel zukunftsstaugliches Potenzial besitzen, jedoch nicht zum Einsatz. Vielmehr dienen sie insbesondere den Gruppen, die bereits bei Wahlen regelmäßig ihre Stimme einsetzen und sich in vielen Fällen auch durch hohes Politikinteresse oder starke kognitive Ressourcen auszeichnen, als zusätzliche Partizipationsmöglichkeit.

Offensichtlich entwickeln die Bürgerinnen und Bürger auch und gerade in einer schwierigen politischen wie ökonomischen Situation ein starkes, vor allem auch emanzipiertes Politikbewusstsein. Kritik oder Unzufriedenheit bedeuten demnach keinesfalls automatisch Verdruss. Ebenso wenig beeinträchtigen der aktuelle Missmut oder subjektiv schwache sowie schwankende Beteiligungsraten bei Wahlen die Akzeptanz der demokratischen Ordnung per se. Die demokratische Stabilität des Landes gerät genau wie die Grundpfeiler der politischen Kultur nicht unmittelbar ins Wanken, nur weil Parteien und Politiker unabhängig ihrer Couleur mit besonders starken Negativimage auffallen. Bei aller Kritik am politischen Output erscheint es eher fahrlässig, im selben Atemzug wachsende Distanz zum System oder gleich das ohnehin unscharfe Phänomen einer allgemeinen Politikverdrossenheit zu diagnostizieren.

Ausblick

Dr. Andreas Osner, Bertelsmann Stiftung

Gut 50 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg und 15 Jahre nach dem Fall der Mauer ist die Stabilität der deutschen Demokratie nicht in Gefahr. Dieser zunächst erfreuliche Status quo ist eine zentrale Botschaft der vorliegenden Studie. Allerdings werden demokratische Prozesse immer komplexer, insbesondere wenn man beispielsweise die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat oder – noch komplizierter – die Brüsseler Verhandlungen um die europäische Verfassung in Betracht zieht.

Auch die zunehmende politische Verflechtung von europäischer und nationaler Gesetzgebung macht es für den so genannten Normalbürger immer schwerer, Politik zu begreifen und sich mit den demokratischen Institutionen unterschiedlicher Ebenen zu identifizieren. Welcher Bürger, wenn er nicht gerade Politikwissenschaften, Volkswirtschaftslehre oder Jura studiert hat, vermag das gesamte Politiksystem heute noch zu verstehen? Selbst die Politiker scheinen angesichts der zunehmenden Aufgabenverflechtungen und Rollenkonflikte der verschiedenen Parlamente in Europa, Bund und Ländern überfordert zu sein. Handlungsbedarf ist also unbestritten.

Vor diesem Hintergrund gilt es, die Identifikation mit demokratischen Institutionen zu stärken, das soziale Kapital in den Gesellschaften zu erhalten und die vorhandenen Potenziale für eine qualifizierte politische Führung besser auszuschöpfen. In der Studie werden diverse Defizite in der Leistungsfähigkeit unserer Institutionen, der Akteure und vor allem des Zusammenspiels von Bürgern und Politik identifiziert, an denen man konkret ansetzen kann.

Zu konstatieren ist, dass unsere Demokratie zwar „irgendwie“ stabil funktioniert, Deutschland aber von den im Vorwort beschriebenen Zielvorstellungen einer transparenten und leistungsfähigen Demokratie noch weit entfernt ist. Was also bleibt zu tun? Wo sind Erfolg versprechende Strategiepfade auszumachen, die vorhandene Defizite beheben und schlummernde Potenziale ausschöpfen können?

Erste Hinweise bringt eine zentrale Aussage der Studie: Ein großer Teil (gut ein Drittel) der Bevölkerung ist beispielsweise in Vereinen oder Bürgerinitiativen freiwillig aktiv. Und diese Menschen interessieren sich tendenziell mehr für Politik, ihre Institutionen und ihre Akteure als Nicht-Aktive. Freiwillig engagierte Personen beteiligen sich intensiver an Wahlen und zeigen eine grundsätzlich positivere Haltung zur Demokratie. Soziales Engagement, wenn auch zunächst unpolitisch, bildet einen förderlichen Kontext für politisches Engagement. Es gibt einen nachgewiesenen positiven Konnex zwischen Bürgergesellschaft und demokratischer Teilhabe.

Hinzu kommt, dass die oft geäußerte pauschale Kritik an Parteien und deren Akteure sich relativiert, wenn man das soziale Umfeld der Befragten in Betracht zieht. Die klare Tendenz lautet hier: Je stärker eine Person sich allgemein sozial engagiert, umso differenzierter ist ihre Haltung zur Parteien und Politikern, umso stärker ist auch ihre so genannte Partei-Identifikation. Freilich spielen die ohnehin bekannten demographischen Rahmenparameter wie z.B. Bildung, soziales Umfeld und persönliche wirtschaftliche Situation eine wesentliche Rolle.

Diese Aussage deutet darauf hin, dass zwischen allgemeinem freiwilligen Engagement und politischem Engagement im engeren Sinne (z.B. in einer Partei) keine Konkurrenz, sondern eine sich gegenseitig verstärkende Wechselwirkung besteht. Daraus folgt, dass Maßnahmen zur Förderung von Bürgerbeteiligung prinzipiell beiden Zielen dienen können: Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements *und* Stärkung des politischen Partizipationsverhaltens.

Weiterhin lautet ein Ergebnis der Studie: Trotz angebrachter Kritik am Politikoutput und den politischen Akteuren wird gleichwohl die Parteiendemokratie nach wie vor als geeignete Plattform für die Lösung gesellschaftlicher Probleme angesehen. Fragt man nach der Bereitschaft zur Mitarbeit, steht ein Drittel der Befragten einer möglichen Mitarbeit in einer Partei interessiert gegenüber.

Diese Aussage wird noch interessanter, wenn man sie in den Kontext eines Zeitvergleichs des Chancen-Indexes stellt. Hier ist in den letzten zehn Jahren ein deutlicher Aufwärtstrend zu verzeichnen. Die befragten Bürger schätzen heute ihre Möglichkeiten, sich politisch einzubringen, im Vergleich fast doppelt so hoch ein wie noch in 1994. Dieses erfreuliche Ergebnis muss allerdings dadurch eingeschränkt werden, dass 1994 der Höhepunkt der damaligen „Politikverdrossenheits- Stimmung“ war und dass heute immer noch eine klare Mehrheit nur schwache oder mäßige Beteiligungsmöglichkeiten sieht.

Trotzdem: Die Tendenz ist eindeutig. Sie bestätigt die Förderung freiwilligen Engagements und ist gleichzeitig Aufforderung zum weiteren Handeln. Die Rah-1 Parteiidentifikation ist ein Fachbegriff aus der Wahlforschung. Er beschreibt nicht die aktuelle Zufriedenheit mit, dauerhafte Wahl oder Mitgliedschaft des Befragten in einer Partei, sondern seine allgemeine Sympathieneigung zu einer bestimmten Partei und ihrer Programmatik. 2 Chancenindex ist ein weiterer Fachbegriff der Wahlforschung, der eine Kombination aus vier verschiedenen Indikatoren für von Bürgern wahrgenommene politische Beteiligungsmöglichkeiten darstellt. Rahmenbedingungen für politische Beteiligung müssen verbessert werden. Nun hat bürgerschaftliches Engagement in der Regel einen lokalen Bezug. Daher muss der Weg, politische Partizipation mit Hilfe von mehr bürgerschaftlichem Engagement zu fördern, zuallererst in den Kommunen beschritten werden.

Die kommunalpolitischen Projekte der Bertelsmann Stiftung leisten hier wichtige Grundlagenarbeit. Erfahrungen beispielsweise aus Projekten wie der lokalen Demokratiebilanz, der bürgerorientierten Kommune oder der strategischen Steuerung bestätigen die Wechselwirkung von kommunalem Bürgerengagement und demokratischer Teilhabe.³ Auch das in 2003 neu gegründete Projekt „mitWirkung“ zur Förderung und Befähigung von Kindern und Jugendlichen zur demokratischen Teilhabe stellt auf den genannten Zusammenhang ab. Es betont insbesondere den Bildungs- und Erziehungsaspekt.

Allerdings kann die Förderung der Bürgergesellschaft vor Ort nicht der einzige Ansatz sein, um mehr demokratische Teilhabe zu erreichen. Die Studie bietet Hinweise darauf, dass auch die parlamentarischen Strukturen und ihre Entscheidungsprozesse sich dringend verändern müssen. Die Parlamentsebenen in Kommunen, Bund, Ländern und Europa werden als höchst

unterschiedlich relevant angesehen. Auch der hohe Anteil der Befragten mit dem Statement, Politik sei ihnen zu kompliziert geworden, zeigt, wie wichtig es ist, unsere föderativen Strukturen zu entflechten und transparenter zu machen.

Ziel von Reformen sollte daher sein, mehr Verantwortungsklarheit und Entscheidungsfähigkeit im Staatsaufbau herzustellen. Hieran arbeitet insbesondere das Projekt „Politische Führung 21“ der Bertelsmann Stiftung, in dem – u.a. im Rahmen der parteiübergreifenden Stiftungsallianz „Bürgernaher Bundesstaat“ – Politikberatung für die Modernisierung der Bundesstaatlichen Ordnung geleistet wird.

Erwähnenswert ist weiterhin die Tatsache, dass trotz der massiven Kritik an Verhalten und Output von Spitzenpolitikern ein hohes Interesse an der Politik herrscht. Verdeutlicht wird dies unter anderem durch die genannten Aufgabenfelder bürgerschaftlich engagierter Befragter: In den vereinsbezogenen und vor allem in den freien bürgerschaftlichen Engagementformen sind die Anteile originär politischer Themen signifikant. Sie rangieren zwischen einem Viertel (bei den 3 Vgl. für nähere Informationen zu den Projekten: Vereinen) und zwei Fünfteln (bei den freien Gruppen). Damit ist die Vermutung, bürgerschaftliches Engagement sei unpolitisch und möglicherweise eine konkurrierende Alternative zur politischen Betätigung, widerlegt. Dieser – nicht umsonst so genannte – vorpolitische Raum kann daher auch als Ressourcenpool für politischen Nachwuchs gesehen werden.

Das müsste die Parteien aufhorchen lassen. Denn das identifizierte Spannungsverhältnis zwischen qualifizierter Kritik an den aktuellen Leistungen der politischen Spitzen und genereller Akzeptanz politischer Institutionen – wie gerade der Parteien – macht ein noch unausgeschöpftes Handlungspotenzial deutlich, dem sich die Parteien in zweifacher Hinsicht zuwenden sollten:

Zum einen geht es um die Nachwuchsförderung. Das hohe Interesse an politischen Themen bei der Aufnahme freiwilligen Engagements verdeutlicht, dass im vorpolitischen Raum ein möglicherweise vernachlässigtes Potenzial für politischen Nachwuchs vorhanden ist. Hier gilt es, gezielt und mit innovativen Methoden die Politikbereitschaft dieser Zielgruppe zu nutzen und auf „Mitgliederfang“ zu gehen. Ihnen sollten geeignete Zugänge zum parteipolitischen Engagement eröffnet werden, die sich an den veränderten Rahmenbedingungen, Lebensstilen und Präferenzen orientieren.

Es wird freilich immer eine kleine Minderheit bleiben, die sich tatsächlich langfristig an eine Partei bindet. Ein befristetes Engagement in einer so genannten Ein-Punkt-Gruppe (Bürgerinitiative) ist ja auch einfacher und individuell zielführender als ein konfliktreicheres Dauerenagement in einer Mehr-Punkt-Gruppe, wie es Parteien nun einmal sind.

Trotzdem kann es für die politischen Parteien, die verstärkt Leistungsträger für eine Mandatsaufnahme wollen, interessant sein, für zeitarme und mobile Bürger, die eine erhöhte Flexibilität in der Gestaltung von ehrenamtlichen Nebentätigkeiten brauchen, Barrieren abzubauen. Bei der Frage nach den Gründen für das Ausscheiden aus einer freiwilligen Tätigkeit führten fast 30% der befragten ehemals engagierten Bürger als Ausscheidgrund Nr. 1 ihren Zeitmangel an. Eine Barriere ist folglich das Erfordernis der kontinuierlichen und zeitintensiven Mitarbeit. Aber auch die manchmal abgeschlossene Atmosphäre (closed-shop; informeller Ochsenschweif-Nachweis) der lokalen Parteiarbeit sind oft Hinderungsgründe.

Zum anderen ist die Qualifizierung des politischen Führungspersonals ein wichtiger Engpass und damit ein Handlungsfeld. Politik kann nur so gut sein, wie die Menschen, die sie machen.

Vor allem auch im Zuge der Personalisierung in der Politikwahrnehmung kann die Qualifizierung von Mandatsträgern und politischen Führungskräften ein entscheidender Erfolgsfaktor für die Qualität politischer Führung und damit für die Erzielung von öffentlichem Respekt werden. In dem parteiübergreifenden Stiftungsprojekt POLIS wird intensiv an der Personalarbeit in der Politik – vorwiegend auf der kommunalen Ebene – gearbeitet.⁵ Das Projekt „Politische Führung 21“ wird neben der Bundesstaatsreform zudem Qualifizierungsstrategien für Mandatsträger in Bund und Land erarbeiten.

Fazit

Wie steht es nun um die „Politikverdrossenheit“ in Deutschland? Können wir den Begriff endlich begraben? Wie die vorliegende Studie belegt, sollte er ausgetauscht werden, zumindest aber in die hintere Ecke des Bücherregals gestellt werden. Was die Anziehungskraft der Parteien betrifft, besteht allerdings Handlungsbedarf, und zwar nicht nur bei den Institutionen, sondern auch bei den Einstellungen jedes einzelnen Bürgers. Hierzu sei die nachdenkliche Aufforderung des amtierenden Bundespräsidenten Johannes Rau zitiert, der sich auf einem Symposium zum „Bürger nahen Bundesstaat“ im März 2004 zur Parteiendemokratie äußerte:

„Nur die Parteien sind zu mehr als punktuellm Engagement in der Lage. Nur sie können widerstreitende Ziele und Interessen abwägen, Gegensätze überbrücken und Kompromisse finden und schließen. Auch für die Parlamente ist die Arbeit der Parteien unverzichtbar... Gäbe es die Parteien nicht, man müsste sie erfinden, nein: Sie würden von selbst entstehen, denn schon bald würden engagierte Demokraten über ihre Einzelinitiativen hinaus nach den größeren politischen Zusammenhängen und nach dauerhaften Verbündeten streben.“

Es gibt Parteienverdrossenheit, ich weiß, und es gibt auch manchen Grund dazu; aber meine Antwort an alle Verdrossenen heißt: Lasst es Euch nicht verdrießen – engagiert Euch, organisiert Euch, tretet ein und macht es besser!“ Informationen zum Projekt POLIS unter 6 Die gesamte Rede des Bundespräsidenten Johannes Rau zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung.

Anhang 2: Bertelsmann Stiftung, 2011: Bürger wollen sich an Politik beteiligen.

Die Bundesbürger würden sich weitaus stärker politisch engagieren und sich bei politischen Entscheidungen mehr einbringen, wenn man sie nur ließe oder wenn sie das Gefühl hätten, Dinge wirklich mitentscheiden zu können. Gleichzeitig glaubt aber die große Mehrheit der Deutschen, dass die Politik es mit ihrer neuerdings bekundeten Bereitschaft zu mehr Bürgerbeteiligung bislang nicht wirklich ernst meint. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Befragung der Bertelsmann Stiftung über die Bereitschaft zu klassischen und neuen Formen der Bürgerbeteiligung.

Auch wenn zurückgehende Zahlen in der Wahlbeteiligung oder der Mitgliedschaft in Parteien anderes nahelegen, die Bundesbürger haben sich weder aus der Politik verabschiedet, noch wollen sie mit politischen Entscheidungen nichts mehr zu tun haben. Im Gegenteil, wenn sie gefragt werden, bekundet eine große Mehrheit weiterhin durchaus Lust am Mitmachen und Sich-Einmischen. Entscheidend aber ist, ob sie dabei Entscheidungen wirklich beeinflussen

können und in welchen Formen die Beteiligung erfolgt. Immer weniger angesagt sind dabei inzwischen Mitmach- Klassiker“, wie Demonstrationen, Bürgerinitiativen oder Parteimitgliedschaften. Aber auch neue Formen der Online-Beteiligung sind bislang nur attraktiv für qualifizierte Minderheiten.

Klassiker der Bürgerbeteiligung

Alles andere als überholt ist nach dieser Befragung das Urprinzip der demokratischen Mitwirkung: die Wahl. So erklären 86 Prozent der Deutschen, dass sie bereits einmal an politischen Wahlen teilgenommen haben, für weitere 8 Prozent kämen sie in Frage; nur 5 Prozent schließen für sich Wahlen kategorisch aus.

Erfahrungen mit politischer Beteiligung haben viele Deutsche darüber hinaus nach eigenem Bekunden offenbar mit Bürgerversammlungen gemacht. So sagen 30 Prozent, sie hätten bereits einmal an einer entsprechenden Versammlung teilgenommen, weitere 34 Prozent können sich eine Teilnahme vorstellen. Nur für etwas mehr als jeden Dritten käme sie nicht in Frage (36 Prozent). Auf wenig Interesse und entsprechende Beteiligung stoßen dagegen in der deutschen Bevölkerung vielfach bekannte Formen der politischen Beteiligung. Für fast 70 Prozent der Deutschen ist die Mitgliedschaft in einer Partei oder in einer Bürgerinitiative tabu. Allerdings hat etwa jeder Zehnte damit bereits eigene Erfahrungen gesammelt und für knapp 20 Prozent käme sie vielleicht in Frage.

Dies gilt auch für die aktuell in der SPD diskutierte Form der Beteiligung von Nicht-Mitgliedern. Die Frage, ob sie sich vorstellen können, in einer Partei mitzuarbeiten, ohne Mitglied zu sein, um zum Beispiel den Spitzenkandidaten mitzubestimmen, verneinen 67 Prozent; nur 27 Prozent können sich das vorstellen.

Und auch die Mobilisierbarkeit der Bürger für politische Demonstrationen ist in einer Demokratie offenbar ebenso begrenzt. Zwar erklären 27 Prozent, sie hätten bereits eigene Demoe Erfahrungen gesammelt, und weitere 19 Prozent eine potenzielle Bereitschaft dazu, aber mehr als die Hälfte der Deutschen (53 Prozent) halten sich von entsprechenden Kundgebungen grundsätzlich fern.

Wenig attraktiv ist auch die Vorstellung, als sachkundiger Bürger in einem Parlament mitzuwirken. Für 72 Prozent kommt dies nicht in Frage, jeder vierte aber kann sich das für sich vorstellen.

Von einem Teil der politischen aktiven Bevölkerung offenbar genutzt oder interessiert verfolgt sind klassische Formen der Beteiligung, wie der direkte Kontakt zu ihren Abgeordneten und Vertretern, Meinungsbekundungen per Leserbrief oder die Mitgliedschaft in einem Interessenverband. Immerhin etwa 15 Prozent der Befragten nehmen auf diese Weise an politischen Willensbildungen und Entscheidungen teil, und fast 40 Prozent können sich dafür erwärmen.

Den meisten Deutschen noch fremd ist die politische Beteiligung in Form von Zukunftswerkstätten oder Bürgerforen. Hier können sich bislang 60 Prozent noch nicht vorstellen mitzuarbeiten. Immerhin 35 Prozent hätten daran Interesse, und 4 Prozent haben nach eigenem Bekunden bereits Erfahrungen damit gemacht.

Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie

Besonders stark nachgefragt und wünschenswert sind bei den Bürgern offensichtlich Formen der Beteiligung, bei denen konkrete Sachentscheidungen unmittelbar beeinflusst werden können. So sagen 67 Prozent der Deutschen, sie würden gern an Bürgerbegehren oder Volkstentscheiden teilnehmen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten. Jeder Zehnte gibt an, bereits an solchen Begehren teilgenommen zu haben. Nur 21 Prozent zeigen sich an Möglichkeiten der direkten Demokratie nicht interessiert.

Ähnlich groß ist das Interesse an Bürgerbefragungen bei bedeutsamen Infrastrukturmaßnahmen, wie etwa Bauprojekten. 52 Prozent würden bei derartigen Projekten gern unmittelbar mitentscheiden, nur 29 Prozent sind daran uninteressiert.

Neugier und Beteiligungsinteressen bekunden die Deutschen auch an sogenannten Bürgerhaushalten. Dabei können Bürger einer Kommune über die Verwendung eines Teiles der Finanzmittel ihrer Stadt unmittelbar mitentscheiden. Auch hier sagt fast die Hälfte der Befragten (47 Prozent), dass sie an solche Entscheidungen schon einmal mitgewirkt habe oder gern mitmachen würde.

Bürgerbeteiligung und Internet

Möglicherweise in der öffentlichen Diskussion bislang überschätzt werden dagegen die neuen Formen der Meinungsbildung und Bürgerbeteiligung über das Internet. Offensichtlich sind diese Formen der Beteiligungsmöglichkeit nur für eine qualifizierte Minderheit begehrt. Fast die Hälfte (48 Prozent) lehnt Online-Befragungen für sich ab, und ebenso viele (54 Prozent) sind nicht für Abstimmungen im Internet zu haben. Sogar knapp 60 Prozent würden sich nicht an elektronischen Petitionen an Parlamente oder Abgeordnete beteiligen, und mehr als zwei Drittel (67 Prozent) würden keine eigenen Beiträge in Blogs oder Internet-Foren verfassen.

Beteiligungswunsch generell weit verbreitet

Die aktuelle Befragung bestätigt und vertieft eine Erhebung der Bertelsmann Stiftung die im März veröffentlicht wurde: Dabei hatten sich 81 Prozent der Bundesbürger grundsätzlich für mehr politische Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten ausgesprochen. 60 Prozent hatten damals erklärt, sich auch über die Teilnahm an Wahlen an anderen Formen der Mitwirkung beteiligen zu wollen. Dieser Wunsch war in allen Altersgruppen gleichermaßen ausgeprägt und wuchs mit steigender Lebenserfahrung. Insbesondere aber forderten in der Gruppe der Nichtwähler fast 90 Prozent mehr Mitsprachemöglichkeiten. Anhänger der Grünen waren dabei tendenziell beteiligungsoffener als SPD-Anhänger, insbesondere aber gegenüber den Wählern der Unionsparteien.

Besser gestellt – stärker engagiert

Differenziert man die befragten Bürger nach soziodemographischen Merkmalen, so bestätigt sich die Beobachtung, dass eine Abhängigkeit zwischen dem Wunsch nach politischer Beteiligung bzw. dem Engagement und der sozialen Stellung besteht. So ist der Wunsch nach mehr Beteiligung tendenziell in den westdeutschen Bundesländern stärker ausgeprägt als in den ostdeutschen. Bei Männern größer als bei Frauen, bei Berufstätigen und Jüngeren ebenfalls größer. Und er wächst, statistisch betrachtet, mit zunehmendem Einkommen und besserer Bildung.

Skepsis gegenüber der Beteiligungseuphorie der Politiker

So groß der Wunsch nach Beteiligung auch ist, so groß ist auch die Skepsis der Deutschen gegenüber ihrer politischen Klasse, dass die Politik ihnen diese Forderungen auch in Zukunft gewähren wird. Denn den politischen Beteuerungen aus allen Parteien, zukünftig mehr politische Beteiligung zu ermöglichen, schenken die Bürger nur wenig Vertrauen. Dass die Politiker in Deutschland grundsätzlich mehr Mitbestimmung durch die Bürger wollen, glauben 76 Prozent, diese wollten das nicht, nur 22 Prozent denken, die Politik habe dieses Motiv, und 71 Prozent glauben auch nicht, dass die Politik neue Formen der Bürgerbeteiligung zulassen möchte.

Fazit:

Aus Sicht der Bertelsmann Stiftung bestätigt diese Befragung den sehr stark ausgeprägten Beteiligungswunsch einer breiten Öffentlichkeit und der Bürger. Darüber hinaus kann sie die hohe Bereitschaft für mehr politisches Engagement ein Stück besser quantifizieren und gleichzeitig für unterschiedliche Formen klassischer und neuer Beteiligung aufzeigen.

So bestehen zwar nach wie vor ungehobene Potenziale, um Bürger in klassische Formen des politischen Engagements und der Beteiligung, wie etwa in Parteien, Verbänden und Bürgerinitiativen einzubinden. Allerdings beschränkt sich dies auf nicht mehr als ein Fünftel der aktiven Bevölkerung. Dies gilt auch für partielle oder punktuelle Parteimitgliedschaften.

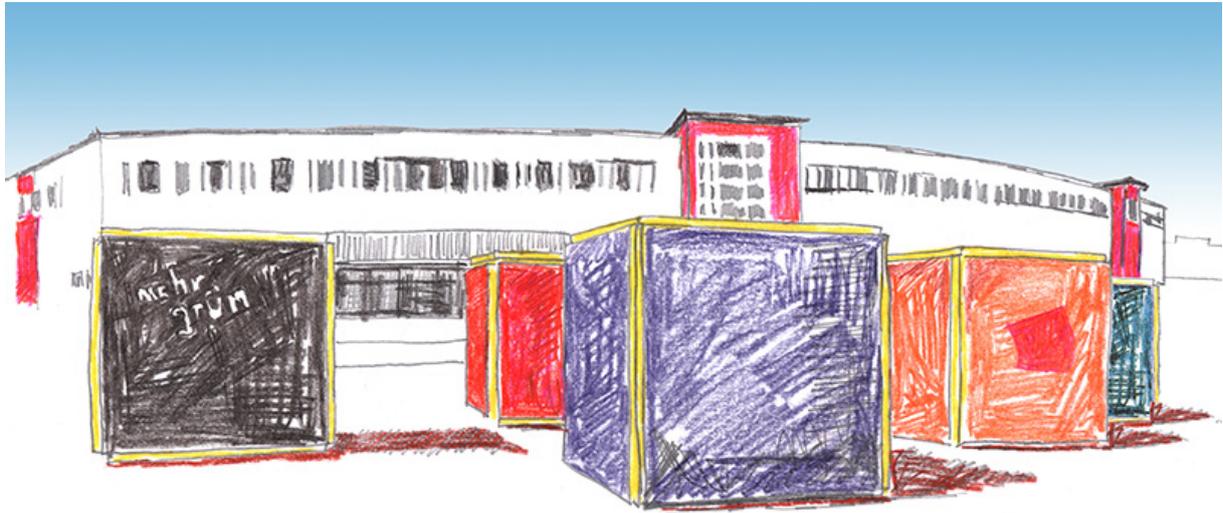
Neue Formen der Beteiligung, bei denen sich die Bürger mit ihren Positionen, Erfahrungen und ihrem Sachverstand unmittelbar einbringen können, sind dagegen für einen größeren Teil der Bevölkerung deutlich attraktiver: Für Bürgerforen, elektronische Petitionen, Internet-Abstimmungen, Zukunftswerkstätten oder Bürgerversammlungen liegt das Beteiligungspotenzial bei bis zu 50 Prozent.

Die höchste Attraktivität zur politischen Beteiligung sehen die Bürger allerdings in Formen unmittelbarer Demokratie und Mitentscheidung, wie Bürgerbegehren, Volksentscheide, Befragungen zu Infrastrukturprojekten oder etwa Bürgerhaushalten, bei denen die Bürger die Möglichkeit sehen, definitiv Einfluss auf Sachentscheidungen zu nehmen.

Um verloren gegangenes Vertrauen wieder zu gewinnen und die politische Legitimation wieder herzustellen, sollte die Politik darüber nachdenken, die bisherigen Monopole der politische Meinungsbildung über die Parteien und Verbände hinaus zu erweitern sowie partielle Machtverlagerung aus den Parlamenten zu ergänzen – zugunsten von unmittelbaren Bürgerentscheiden.

Anhang 3: Die leute:real, 2011: Fünf Würfel sind gefallen.

Posted on 19. August 2011 by dl:r



Fünf große Würfel stehen seit heute auf dem Platz vor der Alten Rindermarkthalle (St. Pauli) – ein Geschenk der Anwohner_innen an die Stadt Hamburg. Die Würfel sind Skulpturen im öffentlichen Raum, die vom Konzeptkünstler Till F.E. Haupt aus dem Gängeviertel entworfen wurden. Sie dienen ab sofort als Pavillon für ein demokratisches Planungsverfahren. Sie stehen für die Zukunft des Areals und für eine andere Stadtplanungskultur.

Aktuell suchen Institutionen händeringend nach innovativen Beteiligungsformen. Gemeinden, Fachmagazine, die nationale Stadtentwicklungspolitik loben gleich mehrere Wettbewerbe hierzu aus. Wieso sollte nicht auch dieser Suchprozess von “Beteiligten” selbst durchgeführt werden?

Die Wände der Würfel lassen sich aufklappen und ein offener Ort der Begegnung entsteht. Tische, Hocker und eine Bibliothek befinden sich in den Würfeln. Bastelbögen, Knetmasse und Notizbücher laden ein, Ideen zu entwickeln. Die Außenwände fungieren als Wandtafeln, wo Zeichnungen und Kommentare hinterlassen werden können. Jedes Wochenende finden in den Würfeln Veranstaltungen statt. „Bastelbogen und Bauklotzen“ steht auf dem Programm und die Auswertung der Umfrage vom Herbst 2010, Diskussionsforen zu zeitgemäßen Stadtplanungsprozessen, das Stadtraumtheater am „Tag des Denkmals“ und vieles mehr.

„Ich will Stadt selber machen. Auch wenn unsere Wünsche ganz schön unterschiedliche sind und wir nicht gleich wissen: wie gehen die zusammen?“ sagt eine Anwohnerin.

Die Anwohner_innen schenken der Stadt mit diesen großen Würfeln ein demokratisches Planungsverfahren, das von ihnen selbst organisiert wird. Die Planungs-Würfel setzen die im November letzten Jahres begonnene „Wunschproduktion“ fort. Sie knüpfen an die Interessen der umliegenden Viertel an, wie sie auf dem Nachbarschaftsfest zum einjährigen Leerstand

der Halle im Mai dieses Jahres zum Ausdruck kamen. Während seitens der Behörden Schweigen herrscht und Gerüchte kursieren, die städtische Immobilienverwalterin Sprinkenhof AG verhandle hinter verschlossenen Türen über Zwischennutzungen, sind die Anwohner_innen bereits dabei, ein eigenes und zeitgemäßes Planungsszenario zu entwickeln. Die ausgelobte „Machbarkeitsstudie“ zur Alten Rindermarkthalle, die seit über einem Jahr leer steht, ist am Widerstand der Anwohner_innen gescheitert und hat viel Geld verschleudert. Wir aber planen alle und planen nachhaltig weiter.

Ein Gemeinschaftsprojekt der Anwohner_innen der Alten Rindermarkthalle.

Anhang 4: Die leute:real, 2011: Nahversorgung – Sorge – Nah – Edeka Nord, Politik und Verwaltung stellen sich Fragen zu den Plänen für die Alte Rindermarkthalle.

Posted on 22. September 2011 by stadtgärtner

Dies ist ein nach Stichworten organisierter Kurzbericht zur Sitzung des Ausschusses für Wohnen und Stadtteilentwicklung der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte am 20.09.11, auf dem das Fachamt und der zukünftige Investor Edeka-Nord mündlich zur aktuellen Planung zur Nutzung des Geländes der „Alten Rindermarkthalle“ vorgetragen haben.

Öffentlichkeit: Der Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte hatte Dienstag Abend 20.09.11 ab 18 Uhr zur Sitzung eingeladen, die eine öffentliche Fragestunde auch zu den Plänen im Zusammenhang mit der Alten Rindermarkthalle vorsah, wobei die Öffentlichkeit nicht über Medien oder Plakate über das Stattfinden dieser Sitzung informiert wurde. Für Menschen, die sich in politischen Netzwerken bewegen und denen interessierte Kolleg_innen die Information über die Sitzung weitergeleitet haben, war diese Veranstaltung zugänglich. Eine öffentliche Veranstaltung in St. Pauli zum Thema wurde von der Verwaltung versprochen ohne Details zu nennen.

Edeka (Holst): Edeka Nord hat die Verträge mit der SpriAG/Finanzbehörde unterschrieben und ist ab Betriebsbeginn Ansprechpartner für die Planung und Nutzung der Alten Rindermarkthalle und das umliegende Areal bzw. jetzt schon für die „Gespräche“ (s.u.) über die Nutzung von kulturellen und sozialen Flächen. Tankstelle und Gebäude an der Budapester Straße (Restaurant, Werkstatt ect.) sind nicht Teil des Vertragsvolumens. Edeka Holst und Edeka Meier sollen den Edeka in der Halle bespielen, wobei die so genannte Kietz-Affinität von Holst werbewirksam nach vorne gekehrt wird. **Edeka Holst hat aber – soweit aus anderen Quellen bekannt – noch keine Verträge bezüglich der Rindermarkthalle unterschrieben.**

Nahversorgung: unter Berufung auf Anwohner_innenwillen und die als „Petition“ bezeichnete „Wünscherolle“ aus der Wunschproduktion, wollen Politik und Verwaltung mit der Planung zur Alten Rindermarkthalle vor allem eines gewährleisten: den allgemeinen Wunsch nach Nahversorgung. Da es also tatsächlich um Nahversorgung geht – die Sorge um das Naheliegende – meinen die Investoren und Politiker, dass das Viertel neben der Markthalle von

3000 qm auch knapp 6000 qm Edeka, 800 qm Budni und 900 qm Aldi braucht und dass eine kleinteilige Markthalle, über die man sich besonders freut, bei der Billigkonkurrenz der Großmärkte überleben kann – **zumindest sagen die Vertreter von Edeka Nord, dass sie sich nicht wirklich Sorgen um die Markthalle machen.** Festzuhalten bleibt allerdings, dass die Wünscherolle keine kostenlose Bereitstellung einer Meinungsumfrage war, aus der sich Politik und Investoren das ihnen Genehme herauspicken können, sondern der Beginn eines langen und kreativen Planungsprozesses von Anwohner_innen. Die Wünsche der Anwohnenden waren Wünsche nach eigener Gestaltungsmacht. Die Alte Rindermarkthalle und das umliegende Gelände sind groß genug, um mehr als die sich wiederholenden Warensortimente von Aldi, Budni und Edi zu beherbergen.

Planung Zwischennutzung: Fragen zum Planungsszenario, das zu der Zwischenlösung mit Edeka Nord geführt hat, wurden aus der Verwaltung entweder mit Verweis auf die jetzt kommende Gesprächsoffenheit (nicht) beantwortet oder als nicht zur Debatte stehende Fragen abgewiesen. Jetzt und auf der Grundlage der bestehenden Pläne wollen Edeka Nord und Verwaltung mit den Anwohner_innen ins Gespräch kommen und bei diesem Gespräch geht es um den Restbestand von 600 qm Randfläche in den Seitenflügeln des Parkdecks und dessen Gestaltung bzw. Vermietung für kulturelle oder soziale Zwecke. Wobei Edeka Nord auch hinsichtlich dieser Flächen bisher auf konkrete Anfragen in Form von Briefen, Emails und Telefonanrufen gar nicht reagiert, weil – so die Erklärung – zunächst und intern die Rahmenbedingungen abstecken werden müssen. **Worüber möchte man nach diesem internen Abstecken noch reden?** Edeka setzt bei den kulturell und sozial nutzbaren Freiflächen im Obergeschoss und bei Gestaltung des Marktes selbst Kriterien zur Auswahl der Interessent_innen und agiert damit in der Rolle eines Projektentwicklers. Der Vorplatz wird eventuell auch Gegenstand von “Gesprächen”. Pütz Security bleibt bis zum Einrichten der Baustelle (wahrscheinlich Mitte 2012) für die Sicherheit und Parkplatzbespielung zuständig.

Zwischennutzung: Politik und Verwaltung meinen, dass bei einem Investitionsvolumen von 21 Mio Euro (Hälfte Edeka, Hälfte SpriAG) und bei einer Mietlaufzeit von 10 Jahren ab Betriebsbeginn (ca 2013) also einem Zeitraum von mind. 12 Jahren noch ernsthaft von Zwischennutzung gesprochen werden kann. **Obwohl es sich also um eine Zwischenlösung handelt, hat man kein Szenario zu einem weiterführenden, eventuell sogar partizipativen Planungsprozess, wie es nach dem Scheitern des Gutachterwettbewerbs im November 2010 angekündigt worden war.** Die Politik empfiehlt stattdessen Edeka am besten die Bürger_innen mitzunehmen, dann würden die Supermärkte am Ende bestimmt auch bleiben können.

Fazit: die Politik wurde – laut Selbstaussage – über diesen Planungsprozess und die Vertragsverhandlungen zwischen SpriAG, Finanzbehörde und Edeka Nord nicht informiert – man sieht darin aber kein Problem, sondern den (Natur-) Zustand der Dinge. Parteübergreifend ist man mit dieser Lösung zufrieden (weil Nahversorgung gewährleistet wird), sieht diese Lösung als Zwischennutzung (SPD), fordert Edeka auf, die Bürger mitzunehmen, damit nach den 10 Jahren es weitergehen kann (Grüne) oder findet, dass schon einiges erreicht wurde (keine Musikhalle, Nahversorgung) und daher auch eine Ruhe einkehren könnte (Linke).

Nähe und Sorge ja – Ruhe warum? Wir Planen Alle – wir planen weiter.

Anhang 5: Die leute:real, 2012: Partizipation, Kooperation, Wunschproduktion –oder wie anders wollen wir uns vereinnahmen lassen?

Posted on 13. Februar 2012 by [stadtgärtner](#)

(ein zugegeben etwas längerer Kommentar – aber am Ende haben Planungswürfel, Sonnendecks oder Gemüsegärten das letzte Wort...)

Sprachspiele sind – das hat schon Ludwig Wittgenstein in seinen „Philosophischen Untersuchungen“ festgehalten – in menschliche Praxen eingebettet. Worte werden mithin von Verwendungszusammenhängen geprägt, von Gebrauchskontexten und den Lebensweisen, in denen sie Anwendung finden. Diese kluge erkenntnistheoretische Einsicht des Philosophen hat eine bittere Note: **Man kann sich bei Worten auf nichts mehr verlassen**. Im Kontext der Politik insbesondere haben die Gehalte von Worten eine schillernde Dynamik. Sie verändern ihre Bedeutungshorizonte immer dann, wenn man meint, sie gefasst zu haben – wenn man beispielsweise meint, eine wünschenswerte politische Praxis auf den Begriff gebracht zu haben.

So war es mit dem Begriff der „**Partizipation**“. Mit ihm wurde beansprucht, ein Verfahren zu benennen, das Bürgerinnen und Bürger teilhaben lässt an politischen Entscheidungsprozessen oder Planungsszenarien. Dann wurde dieses Wort in Herrschaftsinstrumente eingearbeitet, etwa in staatlich lancierte „Stadtplanungsprojekte“, und es begann etwas anderes zu meinen: Das Image der „Teilhabe“ beispielsweise. Da aber Teilhabe ohnehin einen paternalistischen Beiklang hat, wurde als bessere Alternative der Begriff der „Kooperation“ in die Diskussion gebracht – dabei allerdings immer noch an so etwas wie den wahren Gehalt von Worten glaubend.

„**Kooperation**“ war nämlich das Wort, das durch seinen Bedeutungshorizont versprach, politische Entscheidungsprozesse oder Planungsszenarien zu benennen, die nicht bloß herrschaftlich von oben nach unten, sondern als Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern praktiziert wurden. Das Wort der „Zusammenarbeit“ schien auf semantischer Ebene die richtige Augenhöhe zu haben, auf der sich Kooperationspartner begegnen sollten. Der Begriff schien der geeignete *terminus technicus* für gleichberechtigtes politisches Agieren zu sein. Das ging so lange gut, bis auch die Kooperation das Sprachspiel wechselte und im Kontext politischer Stadtplanung etwa in Gestalt eines „Kooperativen Wettbewerbsverfahrens“ Anwendung fand. Kooperation meinte hier nur noch, dass Bürgerinnen und Bürger angehört würden, wenn sie, ordentlich angemeldet, zu einer dafür vorgesehen Veranstaltung kämen. Das co- von coopere – das Zusammen – hatte eine bedenkliche Unwucht erhalten. Das ganze opere – die Arbeit – wurde von nur einer Seite geleistet. Doch eben diese Planungsarbeit war am Ende nichts wert, weil die Bürgerinnen und Bürger, die sich aus dem co der Kooperation ausgeschlossen fühlten, das Verfahren und seine Ergebnisse zu Fall brachten.

So war es geschehen im Planungsprozess zur Alten Rindermarkthalle in Hamburg St. Pauli, wo die Politik die Bausteine der Planung schon festgelegt hatte und ein Planungsverfahren als Wettbewerb für Architekten ausschrieb, das mit der Vokabel „kooperativ“ **demokratisches Verhalten bloß suggerieren** sollte. Nun hat dieses Wettbewerbsverfahren die Verwendung des Begriffs zwar eigentlich *ad absurdum* geführt, aber das hat nichts an dem Sachverhalt geändert, dass Beamte und Politiker fortgesetzt zur Rechtfertigung des weiteren Planungssze-

narios zur Alten Rindermarkthalle von stattgefundenen kooperativen Verfahren reden, als wäre damit irgendetwas legitimiert.

Der gut gemeinte Gehalt des Wortes Kooperation legitimiert aber tatsächlich im bürokratisch-ökonomischen Sprachspiel die herrschaftliche Durchsetzung eines antidemokratischen Verfahrens und zwar nicht durch die vorsätzlich falsche Verwendung der Vokabel, sondern weil Worte im bürokratisch-ökonomischen Sprachspiel nicht die Aufgabe eines Wahrsprechens, sondern eines Taktierens haben. Wort sind, schmerzhaft für die begriffsgläubigen Philosophen_innen unter uns, in diesem bürokratisch-ökonomischen Sprachspiel nicht gehaltvoll, sondern strategisch. Der demgegenüber angebrachte Vorwurf des Falschsprechens, die Bezeichnung der Lüge oder das argumentative Bloßstellen – alle diese Repliken, die hoffnungsvoll an die Idee demokratischen Palaverns glauben, verfehlen ihr Ziel, weil sie auf das Richtige und das falsche Verwenden von Worten setzen – das aber ist so, als würde man vor einem kapitalistischen Arbeitsgericht die Arbeitsverweigerung mit marxistischen Argumenten verteidigen. Mit diesem Bilde hatte ein anderer Philosoph, Jean-François Lyotard, das Problem mit den Sprachspielen veranschaulicht. Im Kapitalismus zählt die Logik der kommunistischen Rechtfertigung von Handlungsweisen nicht und **im politischen Sprachspiel zählt offenbar der zwanglose Zwang des besseren Arguments nicht** – es herrscht Widerstreit zwischen diesen beiden. Was im Sprachspiel zählt, ist nicht richtig oder falsch, sondern die Sprecherposition und die Macht sich zu positionieren und sprechen zu dürfen.

So zählte zum Beispiel die Position des (damaligen) **Bezirksbürgermeisters Schreiber** bei der Verkündung der nunmehr neuesten Pläne für die Entwicklung der Alten Rindermarkthalle. Er durfte die Botschaft verkündigen, dass nämlich alle Wünsche zum Areal in Erfüllung gehen würden – auch ohne Beteiligungsverfahren.

Zugegeben – es war schlau: wie mit einer Trophäe wedelt der Bezirksbürgermeister mit der sogenannten „**Wünscherolle**“ bei der Verkündung der Verträge zwischen der Immobilienverwalterin SprinkenhofAG und der Handelskette Edeka Nord. Zwischen SpriAg und Edeka war vertraglich eine sogenannte „Zwischennutzung“ der Alten Rindermarkthalle für die nächsten 10-13 Jahre mit einem Investitionsvolumen von ca. 21 Mio. Euro geregelt worden. Herr Schreiber durfte als zuständiger Politiker das Ergebnis dieser geheimen, kooperationsfreien und partizipationslosen Verhandlungen bekannt machen.

Wir haben – so die frohe Botschaft der Politiker, Immobilienverwalter und des Handelskonzerns mittels der „Wünscherolle“ – die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung berücksichtigt! Wir realisieren, was diese wollen: Wir sichern auf 12.000 Quadratmetern die sogenannte „**Nahversorgung**“ in einer abwechslungsreichen Variation aus Aldi, Budni und Edi! Wir lassen uns dieses Geschenk etwas kosten, wir nehmen uns die Zeit, es schön zu verpacken, wir beachten den Denkmalschutz und geben dem schönen neuen Einkaufszentrum die Fassade der Alten Rindermarkthalle zurück – **fast wie Weihnachten**, so die Verkündung mit der Wünscherolle in der Hand. Was sind schon Wünsche im Zeitalter der Warenwunderwelten?

Die „Wünscherolle“ allerdings war eigentlich Teil einer „**Wunschproduktion**“, die neben der „Kooperation“ und der „Partizipation“ begrifflich den Anspruch auf basisdemokratische Planungsszenarien formulierte. **Der Begriff der Wünsche sollte in diesem widerständigen Sprachspiel den unkontrollierbaren Eigensinn der Bürgerinnen und Bürger aufrufen**, die auf die Straße gehen, um sich die Entscheidungsprozesse anzueignen. So verstanden, machte dieser Begriff viel widerständigen Sinn. Die Wünscherolle nun enthält als einen ersten Schritt zu diesem von Wünschen getriebenen Aneignungsprozess die Antworten aus einer Umfrage, welche die Anwohner_innen der Alten Rindermarkthalle selber zur Zukunft dieses

Areals organisiert hatten: „Was wünschst Du Dir?“ Die Antworten waren Herrn Schreiber in Pergamentrollenform überreicht worden, um der Forderung nach Mitbestimmung im Planungsprozess Nachdruck zu verleihen. Da aber nun die Wünschrolle nicht „Wir-planen-Alle-Rolle“ hieß, was wenig prosaisch und irgendwie kleinlich geklungen hätte, wurde in Schreibers Händen durch den versierten Gebrauch des Wüschebegriffs aus der Forderung nach basisdemokratischen Planungsprozessen – ein Weihnachtsfest.

Denn mit dem Gebrauch der Vokabel der Wünsche durch den Politiker wird eben nicht signalisiert, dass Wünsche, von Eigensinn getrieben, auf die Straße gehen – also aktiv werden, sondern dass der Weihnachtsmann nach besten Wissen und Gewissen die Geschenke bringt – also die Bürgerinnen und Bürger passiv bleiben und befriedigt werden. **Von einem Aufputschmittel zum Narkotikum** wurde der Begriff im Sprachspiel der Politik gewendet. Das Signal war klar: Man tue von Seiten der Immobilienverwaltung, Handelskette und Politik alles nur Mögliche. Zwar können nicht alle Wünsche erfüllt werden, aber Konsum auf 12.000 qm für die umliegende Bevölkerung ist ein feines Geschenk. Und da man bei dieser großen Gabe nicht einschätzen kann, ob die Menschen vor Ort das Geschenk vollständig anzunehmen in der Lage sind und die 12.000 qm angemessen leerkaufen können, baut man die Alte Rindermarkthalle nicht wirklich in ihren alten Zustand zurück, sondern lässt das große Parkdeck eingezogen in den Hallenbau, so dass die Anwohner_innen auch neue „Gäste“ geschenkt bekommen werden, die ihnen beim Einkaufen helfen dürfen. **Nicht nur der Begriff des Wüsches ist vielseitig verwendbar, sondern auch der Begriff der Nahversorgung dehnbar**, und so ist insgesamt ein besinnliches Schweigen unter den Anwohner_innen eingetreten angesichts der wunderbaren Wörterkunst.

Was tun –

“Tun” aber ist genau die richtige Antwort auf die Frage, wenn ein „Was sagen?“ ins sprachverspielt Leere läuft. Natürlich wird es auch darum gehen, neue Begriffe zu finden – nicht weil die alten schlecht geworden wären, sondern weil sie kontaminiert worden sind. Es ist ein ewiges Spiel mit dem Verschieben von Begriffen. **Aber mit Politikern Worte wechseln – so lautet die lehrreiche Erkenntnis aus diesem Gesellschaftsspiel – hat den Charakter einer strategischen Investition.** Man tut es als Ablenkungsmanöver, um eigentlich auf allen erdenklichen Bühnen der Öffentlichkeit, die noch zu schaffen wären, alternative Planungsszenarien zu realisieren. Auf der Bühne des Öffentlichen wird der Mensch zum politischen Subjekt, indem er sich zeigt. Dieses Auftreten auf die Bühne hat die Philosophin Hannah Arendt das „Handeln“ genannt – ein Handeln als eine Praxis um ihrer selbst willen, nämlich als politische Praxis. **Es wird also darum gehen, sich an dieses praxische Element des Politischen zu erinnern.** Es wird also darum gehen, die Kunst des Aufstellens von öffentlichen Bühnen zu praktizieren: Planungswürfel, Sonnendecks oder Gemüsegärten.

Anhang 6: Die leute:real, 2012: Planungswürfel werden Leuchtturm.

Posted on 21. Mai 2012 by [stadtgärtner](#)

Am Sonntag, dem 20. Mai 2012, wurden die Planungswürfel an der Alten Rindermarkthalle in St. Pauli in ein Leuchtturmprojekt transformiert.



Mitglieder verschiedener Stadtteilinitiativen haben die Bestandteile der Planungswürfel zu einem Leuchtturm für die verhinderte stadtplanerische Teilhabe aufgeschichtet. Zuvor waren sämtliche Bemühungen um eine transparente Planung und sämtliche Gesprächsangebote seitens der Anwohner_innen an der Verweigerungshaltung der offiziellen Stellen gescheitert.

Mit dem im Geheimen ausgehandelten Vertrag über eine mindestens zwölf Jahre währende Vergabe des Rindermarkthallenareals an einen Einzelhandelskonzern versucht die Stadt Fakten zu schaffen, die für die mit dem Areal befassten Initiativen nicht akzeptabel sind. Der Leuchtturm setzt ein Zeichen des fortgesetzten Widerstands gegen eine ignorante Stadtplanung von oben. Die ganze Pressemitteilung ist unter www.unserareal.de zu lesen.

Anhang 7: Die leute:real, 2012: Karo Viertel – Konferenz am Sonntag im Centro

Posted on 14. September 2012 by [stadtgärtner](#)

Im Themenblock zu Teilhabe und Viertelplanung geht es auf der großen Karo Viertel-Konferenz am kommenden Sonntag (16.9.12) im Centro aus guten Gründen auch um die Alte

Rindermarkthalle. Denn die Entwicklung der Alten Rindermarkthalle steht exemplarisch für verfehlte Planungspolitik, Bürgertäuschung und den Ausverkauf der Idee von Teilhabe.

(PROGRAMMAUSSCHNITT DER KONFERENZ: 15:00 Uhr “Seit über zwei Jahren fordert die Initiative Unser! Areal eine ernsthafte Bürgerbeteiligung. Wie kann dieser Forderung Nachdruck verliehen werden? Bericht über die aktuelle Situation von Unser! Areal: Niels Boieng (Wunschproduktion), Anke Haarmann, Harald Lemke (Keimzelle/ Grünareal). Mit welchen Aktionen zeigen wir uns auf der öffentlichen Informationsveranstaltung zur Alten Rindermarkthalle am 24.9.12”)

Anhang 8: Die leute:real, 2012: St. Pauli vernetzt sich.

Posted on 11. November 2012 by [stadtgärtner](#)

Planungswürfel und Planungsgarten, Esso-Häuser und Centro Sociale, Karo-Genossenschaft und Niebuhrhaus vernetzten sich als umkämpfte Orte und Kontrapunkte gegen die Gentrifizierung in St. Pauli in einer Kunstaktion mit Flatternband. Es wurde geflattert für eine “Halle für Alle”, den “Planungsgarten auf dem Areal” und “gegen eine Stadtentwicklung als Investorenpolitik”.



Anhang 9: Die Leute:real, 2010: Wir über uns.

die leute:real

sind eine offene und bunt gemischte Gruppe von Anwohner_innen und Interessierten, die sich gegen die vom Bezirk voreilig geplante Neugestaltung des Areals Alter Rindermarkt (ehemals

Real-Markt) am Neuen Kamp in Hamburg St. Pauli wendet. Die Gruppe besteht seit April 2010.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Anwohner_innen selbst ein Konzept zum Nutzen des Stadtteils entwickeln können.

Es geht um die Alte Rindermarkthalle von 1951 und das Areal auf dem sie steht. Ende Mai 2010 beendete der Real-Supermarkt den Verkauf und hat im Dezember 2010 das Gebäude geräumt. Seither steht das städtische Gelände nahezu leer. Die Halle sowie das umliegende Areal sollen neu verplant werden – insgesamt geht es um 42 000 qm in “bester Lage”.

Unser Anliegen ist es, dass nicht über unsere Köpfe hinweg geplant wird. Wir wollen keine weitere Eventisierung an diesem Ort, der schon von Heiligengeistfeld, Reeperbahn und St. Pauli-Stadium umgeben ist. Es geht uns um eine alternative Stadtplanung. Es geht um Anwohner_innenzentrierte Gestaltungsprozess ohne Profitinteressen und Vorfestlegungen.

Es geht um Einkaufsmöglichkeiten und Aufenthaltsqualitäten für das Viertel. Daher fordern wir einen Stopp der bisherigen, vom Bezirk betriebenen Planung.

Konkrete Vorschläge, was mit dem Gelände geschehen soll, formulieren wir als Gruppe bewusst nicht, denn diese sollen sich aus einem kooperativen Prozess ergeben, in den das ganze Viertel eingebunden ist.

Daran arbeiten wir. Jeder und jede kann zu unseren Treffen kommen und Meinungen, Ideen und Fähigkeiten einbringen.

Kontakt: die-leute-real [ät] rindermarkthalle.de

Anhang 10: Unser Areal, 2011: Nur ein Einkaufszentrum für St. Pauli – oder geht da noch mehr?

Veröffentlicht am 6. September 2011 von areal.admin

Edeka, Aldi, Budni und eine Markthalle sollen also für zehn Jahre in die Alte Rindermarkthalle einziehen. Das ist für viele Anwohner_innen, die seit 15 Monaten weite Wege für den täglichen Einkauf gehen müssen, eine gute Nachricht. Auch wenn der Umbau sich noch bis Ende 2012 hinzieht.

Es ist auch ein erster bescheidener Erfolg der Wunschproduktion: Bezirksamtsleiter Schreiber scheint die “Wunschrolle” mit Antworten aus der Anwohner-Umfrage, die ihm am 1. April übergeben wurde, begutachtet zu haben. Jedenfalls hat er dies dem NDR verraten: “Wir haben 94 Wünsche auf der Wunschliste gezählt. Viele rankten sich um das Thema Einkaufen. Viele wünschten sich eine Markthalle, die wir jetzt auch bekommen.”

Wer die Wünsche der Anwohner_innen aufmerksam liest, wird nicht nur feststellen, dass es

doch etwas mehr als 94 waren. Viele haben sich in ihren Antworten auf weitere Fragen auch deutlich gegen eine allzu kommerzielle Nutzung des Areals ausgesprochen. Wenn wir uns anschauen, was die offizielle Stadtplanung immer wieder so ausgeheckt hat, könnte die Zwischennutzung aber genau das werden: einfach nur ein Einkaufszentrum für St. Pauli mit Parkplätzen drumherum.

Das wäre schade. Schade um die *vielen anderen Ideen*, die über 600 Anwohner_innen aufgeschrieben haben. Schade um verschenkte Flächen und Räume auf dem Areal, auf denen man neue Ideen verwirklichen könnte. Und wir wissen alle, dass auf St. Pauli nun nicht gerade viele Freiräume übrig sind.

Deshalb geht die Wunschproduktion “Unser! Areal” weiter. *So viele Fragen*: Wie könnte eine Markthalle aussehen, die alle Anwohner_innen zusammen entwerfen? Könnte es auch Wohnungen, Werkstätten, Spielplätze, Sporteinrichtungen, kleine Läden, einen Park, einen Garten für alle, Proberäume, kleine Bühnen und und und... auf dem Areal geben? Nur in der Halle? Oder auch neben der Halle?

Alle sind eingeladen, mittwochs, donnerstags und samstags in den *Planungswürfeln* vor der Halle darüber zu *diskutieren* und zu *streiten*, zu *zeichnen* und zu *bauen*, oder auch einfach nur *vorbeizukommen* und eine *gute Zeit zu haben*.

Welche Veranstaltungen außerdem an den kommenden Wochenenden geplant sind, könnt Ihr unter Termine sehen.

Dieser Eintrag wurde veröffentlicht in Allgemein von areal.admin. Permanenter Link des Eintrags.

Anhang 11: Unser Areal, 2012: Presseerklärung. Neue Planung für Rindermarkthalle notwendig

Veröffentlicht am 20. November 2011 von areal.admin

Anwohner_innen-Initiative fordert Bezirk und Senat auf, die derzeitigen Zwischennutzungspläne für die Alte Rindermarkthalle auf St. Pauli zu stoppen und eine neue Planung mit Anwohner_innen anzusetzen, wie von der Bürgerschaft bereits vor einem Jahr empfohlen.

Hamburg, 16. November 2011 – Seit nunmehr 18 Monaten steht die Alte Rindermarkthalle auf St. Pauli leer. Geht es nach dem Willen der Finanzbehörde, der Eigentümerin des Gebäudes, sollen in der Halle ab Anfang 2013 ein Verbrauchermarkt, eine Drogerie, ein Discounter sowie eine Markthalle eröffnen. Für soziale und kulturelle Nutzungen sind ganze 600 von 13.400 Quadratmetern Nutzungsfläche vorgesehen.

In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bürgerschaftsfraktion Die Linke behauptet der Senat nun, in die Planung dieses Zwischennutzungskonzepts seien “Quartiersbeiräte und Stadtteilvertreter” eingebunden gewesen. Dies ist jedoch nicht richtig.

Fakt ist:

1. Keine der in den benachbarten Vierteln ansässigen Anwohner_innen-Initiativen ist seit dem Aus für die umstrittene "Music Hall" und die Entwürfe aus der Machbarkeitsstudie im November 2010 von Vertreter_innen der Finanzbehörde oder des Bezirks Mitte kontaktiert worden.
2. Die Sanierungsbeiräte Wohlwillstraße (St. Pauli Nord), Karo Viertel und Sternschanze sind seit November 2010 nicht zu Zwischennutzungsplanungen befragt worden. Dies belegen u.a. die Sitzungsprotokolle der Beiräte. Der Sanierungsbeirat Wohlwillstr. hat in seiner Beiratsempfehlung vom 25.10.2011 festgestellt: Die Darstellung des Senats, die Beiräte seien in die Planung eingebunden gewesen, "entspricht nicht der Wahrheit."
3. Das Zwischennutzungskonzept, das Edeka Nord als Pächterin des Grundstücks umsetzen soll, wurde erstmals am 2.9.2011 vorgestellt – unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Bis auf einige handverlesene Anwohner_innen, denen am 1.9.2011 überhaupt erst eine Einladung zugeht, erfuhren die Anwohner_innen von dem Zwischennutzungsplan erstmalig aus den Medien.

Der Vorgang zeigt, dass Senat und Bezirke Mitte nun schon zum zweiten Mal – nach der gescheiterten Machbarkeitsstudie vom vergangenen Jahr – eine im stillen Kämmerlein beschlossene Nutzung ohne Einbindung der Bevölkerung durchdrücken wollen. Und dies, obwohl die Hamburgische Bürgerschaft im November 2010 in einem Beschluss den Senat anhielt, "zu gewährleisten, dass die Rindermarkthalle bis zum Umbau/zur Umnutzung durch sinnvolle vertraglich abgesicherte Zwischennutzungen weiter belebt wird. Hierbei sind die ansässigen Initiativen einzubinden".

Bezirksamtsleiter Markus Schreiber hat am 2.9.2011 erklärt, der neue Zwischennutzungsplan entspreche den Wünschen der Anwohner_innen, wie sie in der Umfrage der Wunschproduktion Unser! Areal ausgedrückt worden. Auch dies entspricht nicht den Tatsachen.

Die Anwohner_innen-Wünsche beinhalten zwar auch Einkaufsmöglichkeiten, um den Verlust des Real-Markts wettzumachen. Mindestens ebenso hohe Priorität haben jedoch der Bau von Wohnungen, ein Stadteilgarten, soziale Einrichtungen und Kleingewerbe. Dies bestätigt noch einmal eine kürzlich durchgeführte zweite Anwohner_innen-Befragung durch das Initiativenbündnis Unser! Areal. Eine Einkaufsfläche von fast 12.000 Quadratmetern ist deshalb unverhältnismäßig und missachtet andere, wichtige Nutzungswünsche.

Zweitens kann die Umfrage-Dokumentation, die dem Bezirksamtsleiter im April zur Verfügung gestellt worden war, selbstverständlich keine Planung durch die Anwohner_innen ersetzen. Sie war vielmehr als Hinweis an den Bezirk gedacht, was Bestandteil eines jeden demokratischen und ergebnisoffenen Planungsprozesses sein sollte: nämlich zuerst die Menschen vor Ort zu fragen und dann zu planen.

Die Anwohner_innen-Initiative Unser! Areal fordert daher Bezirk und Senat auf, die derzeitigen Zwischennutzungspläne für die Alte Rindermarkthalle auf St. Pauli zu stoppen und eine neue Planung mit Anwohner_innen anzusetzen, die deren Vorstellungen als Grundlage nimmt – auch und erst recht für eine Zwischennutzung, die auf zehn Jahre angelegt ist. Dies ist für die Stadt Hamburg auch eine Gelegenheit, ihre Stadt- und Bauplanung endlich zu demokratisieren.

Anwohner_innen im Initiativenbündnis Unser! Areal – www.unser-areal.de

die leute:real – www.dieleutereal.de

Wunschproduktion Unser! Areal – wunschproduktion.unser-areal.de

Die Keimzelle – www.diekeimzelle.de

Anhang 12: Unser Areal, 2012: Planung vor dem Aus – Plan B muss her.

Veröffentlicht am 19. Dezember 2012 von areal.admin

Pressemitteilung von Unser! Areal

+++ Vorgesehene Betreiber des Edeka-Marktes lehnen jetzige Planung ab +++ Gesamt-konzept für Rindermarkthalle auch wirtschaftlich unsinnig +++ Anwohner fordern ganz neue stadtteilverträgliche Planung +++

Hamburg, 17.12.2012

– Die Planung von Edeka Nord für die Alte Rindermarkthalle auf St. Pauli steht offenbar vor dem Aus: Nach uns vorliegenden Informationen werden Herwig Holst, Inhaber des Edeka-Marktes in der Paul-Roosen-Straße, und Jörg Meyer den in der Halle vorgesehenen Edeka-Markt wegen des derzeitigen Planungsstandes nicht übernehmen. Damit ziehen die beiden die Konsequenzen aus dem Plan für die Markthalle im Eingangsbe-reich, den die von Edeka Nord beauftragte Projektentwicklungs-gesellschaft Maßmann & Co entwickelt hat. Deren Geschäftsführer Peter Maßmann hatte noch auf der öffentlichen Infor-mationsveranstaltung am 24.9.2012 versichert, die Markthalle solle “auf keinen Fall” eine 1:1-Kopie des Mercado in Altona werden. Genau die soll es nach nun bekannt gewordenen Plänen geben: eine “Markthalle” nur mit Lebensmittelangeboten, zum Teil hochpreisigen. Dieses Konzept ist jedoch für die benötigte Nahversorgung, für die ein Edeka-Markt und ein Aldi allemal genügen würden, überflüssig wie ein Kropf. Statt einer Markthalle mit nützlichem, alltäglichem Kleingewerbe, das in den umliegenden Vierteln zunehmend fehlt und von vielen Anwohnern gewünscht wird, soll nun eine Schlemmer-Halle entstehen, die die Gentrifizierung St. Paulis weiter voran treibt und auch noch dem geplanten Edeka-Markt selbst das Geschäft abgräbt. Die Entscheidung von Holst und Meyer, sich an diesem Konzept nicht zu beteiligen, unterstützen wir ausdrücklich. Dass die Planung sich in diese Richtung entwickelt, ist indes kein Zufall. Für die Edeka-Gruppe ist das E-Center in der Rindermarkthalle ein „Vorzeige-Objekt“ für künftige inner-städtische Einkaufszentren, mit dem sie bereits auf Messen wirbt, zuletzt auf der EXPO Real in München. Deshalb war Edeka Nord auch bereit, den von der Sprinkenhof AG als Verwalte-rin des städtischen Grundstücks sehr hoch angesetzten Mietpreis zu zahlen. Diesen kann man nach unseren Daten mit rund 1,5 Millionen Euro ansetzen. Die dafür nötige Rendite ist mit einer kleinteiligen, Stadtteil-kompatiblen Nutzung der Halle natürlich nicht zu erwirtschaften. Die Verantwortung für diese Fehlplanung liegt bei der Stadt Hamburg und beim Bezirk Mitte. Sie haben über die Köpfe der Anwohner hinweg – und damit gegen eine Empfehlung der Hamburgischen Bürgerschaft – das “Zwischennutzungs”-Konzept von Edeka Nord im Allein-gang durchgeboxt. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um diese Fehlplanung zu korrigieren:

- Der Vertrag zwischen Sprinkenhof AG und Edeka Nord muss aufgelöst, die jetzige Planung gestoppt werden.
- Die Planungszuständigkeit muss beim Bezirk Mitte und nicht in privatwirtschaftlicher Hand (Sprinkenhof AG) liegen.
- Die weitere Planung muss in einem neuen, transparenten Verfahren stattfinden, das von den Menschen und Initiativen im Stadtteil getragen wird. Die bisherige Praxis gelenkter „Beteiligungs“-Verfahren ist – nicht nur auf St. Pauli – gescheitert.
- Die Fläche für eine Lebensmittel-Nahversorgung durch Handelsketten muss deutlich verkleinert werden. 2500 Quadratmeter sind ausreichend und waren auch im ersten Planungsverfahren 2010 vorgesehen.

Die seit November 2010 laufende Wunschproduktion Alte Rindermarkthalle hat in einer großangelegten Umfrage unter den Anwohnern sowie in Gesprächen an den Planungswürfeln sehr viele konkrete und realistische Nutzungsideen gesammelt (wunschproduktion.rindermarkthalle.de). Diese sind eine ideale Grundlage für die weitere Planung.

Anhang 13: Koordinierungsgruppe, 2012: Kulturelle und soziale Nutzung.

Einladung zum zweiten öffentlichen Treffen
zur zukünftigen Nutzung von Flächen in der ehemaligen Rindermarkthalle

Kulturelle und soziale Nutzungen – wie viel Fläche für wen? Wie soll darüber entschieden werden?

Der Umbau der ehemaligen Rindermarkthalle steht bevor. Während im Erdgeschoss der Einzelhandel einzieht werden im Obergeschoss Flächen für soziale und kulturelle Zwecke in Aussicht gestellt.

In Beiratsempfehlungen haben die Sanierungsbeiräte Karolinentviertel und Wohlwillstraße deutlich gemacht, dass ein wesentlicher Einfluss von den Menschen in den Stadtteilen ausgehen muss. Wir können und wollen die Gestaltung nicht allein der Politik und Verwaltung, der Sprinkenhof AG und Edeka überlassen.

Am 3. April 2012 hat bereits ein erstes Treffen mit Mitgliedern der Sanierungsbeiräte Karolinentviertel, Schanzenviertel und Wohlwillstraße und Bewohner_innen dieser Stadtteile im Haus der Familie stattgefunden. Als Ergebnis des Austausches über Vorstellungen und Bedürfnisse kristallisierten sich drei Schwerpunkte heraus die weiter mit einer größeren Öffentlichkeit diskutiert werden sollen:

Das Verfahren: Wie kann Konkurrenz zwischen den verschiedenen Bewerbern vermieden werden? Unter welchen Voraussetzungen kann die Vergabe der Flächen fair und transparent sein?

Ein Vergabegremium: Durch wen können sich die Menschen, die hier leben und arbeiten vertreten lassen? Wie soll das Gremium zusammengesetzt sein und welche Struktur soll es haben?

Die Planung: Werden mit der Nahversorgung die wesentlichen Bedürfnisse in den umliegenden Stadtteilen erfüllt? Was wird noch gebraucht? Wie könnten auch andere Gesichtspunkte berücksichtigt werden?

Wir laden alle ein, gemeinsam diese Punkte zu besprechen. Das Treffen ist am

08.05.2012 um 20 Uhr im Haus der Familie (Saal / KIZ)

Mit freundlichen Stadtteil-Grüßen
aus dem Koordinierungstreffen der Sanierungsbeiräte*

* Die Intention des Koordinierungstreffens ist, mit Hilfe einer Vernetzung der Beiräte Karolinentviertel, Schanzenviertel und Wohlwillstraße übergreifende Positionen zu stadtteil-relevanten Themen erarbeiten zu können. Seit dem Frühjahr 2010 trifft sich an jedem zweiten Dienstag im Monat um 19 Uhr im Haus der Familie ein Kreis interessierter Personen. Jeder ist herzlich zu diesen Treffen eingeladen.

Flugblatt durch Koordinierungsgruppe entstanden. Quelle als Literatur- oder Onlinenachweis nicht erhältlich.

Anhang 14: Koordinierungsgruppe, 2012: Protokoll vom 08.05.2012.

Protokoll vom 08.05.2012, Haus der Familie KIZ

Öffentliches Treffen der Sanierungsbeiräte und interessierten Anwohner_innen zu zukünftigen Nutzungen von Flächen in der ehemaligen Rindermarkthalle

Von 20:00 bis 22:00 Uhr
Anzahl Besucher_innen: 19

Das folgende Protokoll fasst die auf der Veranstaltung getätigten Wortmeldungen chronologisch zusammen. Punkte, die mehrfach angesprochen wurden, werden der Übersichtlichkeit halber nur einmal aufgeführt.

Einzelne Punkte werden im Protokoll mit Weblinks ergänzt (Links zu Initiativen etc.).

1. **Einleitung und Begrüßung** durch die Einladenden aus dem Koordinierungstreffen der Sanierungsbeiräte mit einer kurzen Ausführung über die Historie der Koordinationstreffen:

Nachdem die Sanierungsbeiräte Karolinentempel und Wohlwillstraße es u. a. aufgrund der Rahmenbedingungen abgelehnt hatten, in der Jury des Gutachterverfahrens zur Rindermarkthalle () teilzunehmen und der Sanierungsbeirat Sternschanze aufgrund der Bezirksgrenzen in dieses Verfahren überhaupt nicht involviert war, wurde ein regelmäßiges Treffen von Vertretern und Interessierten aus den Sanierungsbeiräten initiiert. Hier kommen neben dem Thema Rindermarkthalle auch Themen, die die Grenzen der Sanierungsgebiete und Verwaltungsgrenzen überschreiten, zur Sprache. Die Treffen sollen einem Informationsaustausch und einer Vernetzung dienen. Ergebnisse sind z. T. übergreifende Sanierungsbeiratsempfehlungen

Nach einem öffentlichen Treffen am 03.04.2012 wurde der Schwerpunkt bei dieser Veranstaltung auf drei Punkte gelegt, die auch der Einladung aufgeführt wurden:

Das Verfahren: Wie kann Konkurrenz zwischen den verschiedenen Bewerbern vermieden werden? Unter welchen Voraussetzungen kann die Vergabe der Flächen fair und transparent sein?

Das Vergabegremium: Wodurch können sich die Menschen, die hier leben und arbeiten von ihm vertreten fühlen? Wie soll es zusammengesetzt sein und welche Struktur soll es haben?

Die Planung: Ist mit der Nahversorgung die Erfüllung aller Wünsche erreicht? Könnten die Flächen auch anders genutzt werden? Was wird noch gebraucht?

Im Anschluss an die Begrüßung stellen sich die Teilnehmer kurz vor

Es wird erläutert, dass es eine Meldung des NDR gibt (), dass Edeka die Vergabe der Flächen dem Bezirk überlassen will.

Es wird eine kurze Darstellung der von Edeka geplanten Flächenaufteilung gegeben:

Nutzung Edeka:	ca. 6.000 m ²
Aldi	ca. m ²
Budnikowsky	ca. m ²
Markfläche	ca. 3.500 - 4.000 m ²
Stadtteilflächen	ca. 600-800 m ²

2. Die Notwendigkeit / Sinnhaftigkeit der Größe der einzelnen Nutzungen werden in Frage gestellt.
3. Es gibt zurzeit keine Informationen über den Stand der Dinge bzgl. der Bewerbungen von Initiativen und Vereinen.
4. Es ist unklar, wer neben der Bezirksverwaltung die Flächen vergibt, wenn Edeka „aussteigt“.
5. Dem Bezirk ist nicht zu trauen, er hat das Gelände der Wirtschaft übergeben und kein Konzept.

Man sollte sich in der Planung nicht dem „Diktat“ des Bezirks ergeben.

6. Es wird vorgeschlagen, Arbeitsgruppen für einzelne Fragen zu bilden.
7. Als Gegenvorschlag wird aufgrund der überschaubaren Anzahl der Besucher beschlossen, das alle zusammen diskutieren.
8. Eine Betrachtung der o. a. Fragen (s. Pkt. 1) sollte unabhängig von den einzelnen Initiativen (Art / Ausrichtung) und der eventuellen Größe der Flächen erfolgen.
9. Es sollten unabhängig davon vom Bezirk Informationen über den Stand der Bewerbungen eingefordert werden.
10. Sind die Sanierungsbeiräte überhaupt zuständig?
11. Die Sanierungsbeiräte wurden seinerzeit im Gutachterverfahren angesprochen (s. Pkt. 1) und es wurde versprochen, bei weiteren Entscheidungen, diese (neben anderen) zu involvieren. Diese Veranstaltung soll daher auch einer Information und Positionierung dienen.
12. Wer sind die Ansprechpartner bei Bezirk / Sprinkenhof / Edeka?
13. Eine Chance, Konkurrenz zwischen den Bewerbern zu vermeiden ist, wenn Transparenz zwischen den Bewerbern besteht. Dies wurde damals bei dem Projekt Schanzenhof / Montblanc-Haus umgesetzt und es entstanden Nutzergruppen und eine Abstimmung zwischen diesen.
14. Es gibt ein Risiko für Edeka aufgrund der Größe des Geländes. Dies versucht Edeka durch die Untervermietungen zu minimieren.
15. Gibt es einen Verbund oder Informationsaustausch zwischen den einzelnen Bewerbern?
16. Dies wird verneint, alle haben sich einzeln beworben, „jeder macht seins“.
17. Kann man einen Bedarf im Viertel für bestimmte Nutzungen der Flächen erkennen?
18. Was wäre, wenn sich die Bewerber zusammenschließen, wie kann man einen Informationsaustausch herstellen?
19. Ist es nicht sinnvoll ggf. auch ein Konzept „in der Schublade“ zu haben, wenn es um die Art der Flächenverteilung geht. Wie kann man ein Konzept erstellen?
20. Kann man z. B. in Form eines Arbeitskreises o. ä. die Interessenten zusammenbringen?
21. Es wird vorgeschlagen, dass der Bezirk Informationen zur Weiterverteilung an die Interessenten erhält
22. Die Vergabe könnte vergleichbar des Spendenparlaments oder als Stadteilkonferenz durchgeführt werden, um eine große mögliche Beteiligung zu ermöglichen.
23. Wenn man selber hierzu einlädt, sind Rahmenbedingungen und Eckpfeiler erforderlich, die Legitimation ist zu klären.
24. Reicht die Resonanz aus für eine große Veranstaltung? Insgesamt herrscht die Stimmung „man wurde schon verarscht“, „die Entscheidungen sind schon gefallen“ vor.
25. Es sollte vielleicht eher eine Konferenz der Interessenten stattfinden, um zwischen diesen evtl. Konsensentscheidungen herbeizuführen
26. Warum wird die Politik so wenig involviert, diese könnte doch auch mithelfen bzw. mitentscheiden?
27. Die Politik wurde explizit und im Rahmen der Verteiler eingeladen, die Vertreter kommen jedoch

nicht bzw. wenig, man kann auch sagen, dass sie sich nicht kümmern.

28. Die Situation wirkt von Hilflosigkeit geprägt, die Politik sollte Druck auf die Verwaltung machen, um Infos herauszugeben.
29. Ergibt sich aus einer Nutzerkonferenz eventuell Flächenmehrbedarf, kann das auch für Edeka eine Chance sein, falls sich die Flächen als zu groß herausstellen. Es ergibt sich als Eindruck zurzeit, dass von Seiten Edekas keine Konzepte vorliegen, speziell für die Markthalle. Alle Nutzer vorher sind auch aufgrund der Größe der Anlage herausgegangen.
30. Was können denn die Behörden falsch machen? Muss man nicht im Gegenteil etwas Positives finden, was man haben will?
31. Entgegnung dazu ist, dass diese Veranstaltung gerade hierfür und auch für die Entscheidungsfindung z. B. der Sanierungsbeiräte dienen soll.
32. Eine Nutzerkonferenz kann nicht das Ende sein. Man hat im Ergebnis einen Konsens der Nutzer, die Anwohner sind dann immer noch nicht beteiligt.
33. Eine Nutzerkonferenz sollte offen sein, ohne Festlegung auf ein inhaltliches Konzept für die Flächen, um zu sehen wie viele Bedarfe tatsächlich da sind. Hieraus könnten sich dann Konzept bzw. eventuell mehr Flächenbedarf entwickeln.
34. Besonders auch durch die momentane Unwissenheit was Preise, Ausstattung etc. angeht, ist eine Nutzerkonferenz eine Chance herauszufinden, was es an Bedarf gibt, weil sich voraussichtlich sehr viele Interessenten beworben haben.
35. Der Bezirk könnte dies auch als Chance sehen, die Selbstorganisation der kleinen Flächen zu ermöglichen.
36. Es wird vorgeschlagen, eine Beiratsempfehlung für eine Nutzerkonferenz zu erstellen, um für diese eine Unterstützung zu erhalten (Raumbedarf, konzeptionell, finanziell, logistisch). Hierbei sollte auch ein Antrag beim Verfügungsfond Wohlwillstraße für eine Moderation gestellt werden.
37. Die Anwesenden stimmen mehrheitlich für die Organisation einer Nutzerkonferenz. Diese soll öffentlich sein und unbedingt die Bewohner der umliegenden Viertel mit integrieren. Als Termin wird der 12.06.2012 vorgeschlagen.
38. **Vorausschau:**
Das nächste Koordinierungstreffen der Sanierungsbeiräte mit u. a. dem Thema der Nutzerkonferenz findet am 22.05.2012 um 19:00 Uhr im Haus der Familie (Kinderglück) statt.

Flugblatt durch Koordinierungsgruppe entstanden. Quelle als Literatur- oder Onlinenachweis nicht erhältlich.

Anhang 15: Maßmann & Co., 2012: Große Resonanz auf offene Baustellenbegehung der Rindermarkthalle.

Veröffentlicht am 16. Oktober 2012 von Hier bloggt das Team Maßmann & Co.

Liebe Freunde der Rindermarkthalle,

am Samstag, den 13.10. fand eine offene Begehung der Baustelle der Rindermarkthalle statt. Da von vielen Seiten Interesse bestand, sich die Räumlichkeiten und das Gelände der ursprünglichen Rindermarkthalle einmal anzuschauen und zu sehen, wie der aktuelle Stand der Bauarbeiten ist und was in der Zukunft dort geschehen soll, haben wir im Namen der EDEKA zur Baustellenbegehung geladen. Unser Ziel war es, wie bereits beim Planungsworkshop, die Öffentlichkeit noch stärker in den Entwicklungsprozess einzubinden und sie bestmöglich zu informieren.

Ergebnisse Planungsworkshop 6. Oktober

Die Kommunikation über die Medien, den Newsletter, Blog und Twitter hat im Vorfeld gut funktioniert. Das Wichtigste: Wir konnten uns über ca. 200 Teilnehmer auf der Veranstaltung freuen. Das Wetter war schön und wir konnten vor Ort ein sehr durchmischtes Besucherfeld begrüßen. Zu Besuch waren sowohl Anwohnerinnen und Anwohner, die an der generellen Entwicklung der Halle interessiert waren, als auch viele Interessentinnen und Interessenten, die sich konkret über die Büroflächen und die Flächen für die soziokulturelle Nutzung informieren und die Räume auch einfach mal anschauen wollten. Wir konnten während unserer Führungen viele Fragen beantworten und klären. Darüber hinaus haben wir einige spannende Unterhaltungen mit Leuten geführt, die uns tolle Ideen für die verschiedenen Flächen vorgestellt haben. Tänzer, Musiker, Kinobesitzer, um nur einige von ihnen zu nennen, haben sich bereits Gedanken zu möglichen Umsetzungen gemacht.

Die Baustelle Rindermarkthalle

Um auch all denen einen Überblick zu verschaffen, die am Samstag keine Zeit hatten, vorbei zu schauen, fassen wir die Führungen in groben Zügen auch nochmal hier im Blog zusammen und führen mit einer kleinen Bilderreihe über die Baustelle der Rindermarkthalle. Von 12 bis 15 Uhr haben wir die Besucherinnen und Besucher am Eingang der Budapester Straße empfangen und von dort aus in 20-30 köpfigen Gruppen halbstündliche Führungen über das gesamte Gelände begleitet.

Die Führung startete in einer Runde um die Rindermarkthalle und ging dann durch den zukünftigen Haupteingang direkt in den geplanten Bereich der Markthalle. Über 3500 Quadratmeter stehen hier für ein offenes Marktplatz-Konzept zur Verfügung und können gestaltet werden. Wir sagen bewusst offen, denn hier soll es neben festen Ständen auch Raum für stetigen Wandel und freie Flächen für Kultur und Aktionen geben.

Neben dem Markthallenbereich wurden auch die Fläche des zukünftigen EDEKA-Marktes und der BUDNIKOWSKY- und ALDI-Geschäfte vorgestellt. Diese Flächen sind neben den Räumlichkeiten der Moschee die einzigen im gesamten Gebäude, die bereits jetzt festgelegt sind. Über alle anderen Bereiche wollen wir uns in weiteren Planungsworkshops austauschen und Ideen entwickeln.

Vom Erdgeschoss ging es dann durch alte Zubereitungsräume ins Obergeschoss der Rindermarkthalle. Auf dem Weg dorthin fallen einem immer wieder Erinnerungen oder Dokumente aus einem der früheren Einsatzgebiete der Halle auf.

Die Führung ging weiter über die Flächen, die für die soziokulturelle Nutzung zur Verfügung stehen. Auf über 800 Quadratmeter Fläche in hellen Räumen, mit bis zu sechs hohen Decken, können hier vom Stadtteil Ideen entwickelt und umgesetzt werden.

Darüber hinaus stehen für weitere stadtteilintegrierte Nutzung über 1.100 Quadratmeter zu Verfügung. Hierzu gibt es die bereits erwähnten Anfragen von Tanzschulen, Kung Fu-Schulen, Fotografen und von Interessenten für Büroräumlichkeiten. Wir haben auch erste Gespräche mit im Viertel ansässigen Existenzgründern geführt, die sich durchaus vorstellen können, dort ein Büro zu eröffnen.

Nach einem kurzen Abstecher in die zukünftige Moschee schloss jeder Rundgang auf dem Parkdeck ab, um den Besuchern noch einmal den tollen Flair dieses Gebäudes zu zeigen. Dieser Bereich eignet sich langfristig auch für Märkte aller Art – wie z.B. Flohmärkte und Antikmärkte.

Wir bedanken uns bei allen Besuchern für das rege Interesse und freuen uns über die nächsten gemeinsamen Projekte wie auch den nächsten Planungsworkshop, der wahrscheinlich im November stattfindet. Der genaue Termin wird rechtzeitig im Blog und über den E-Mail-Verteiler bekannt gegeben.

Anhang 16: Maßmann & Co., 2012: Bericht von der Auftaktveranstaltung zur Vergabe der Flächen für stadtteilbezogene Nutzungen.

Veröffentlicht am 23. November 2012 von Hier bloggt das Team Maßmann & Co.

Mittwochabend, 21.11., 19.30 Uhr. Gefühlte 5 Grad und Neigung zu Nieselregen. Eigentlich ein Tag für Sofa und Tee. Trotzdem freuten wir uns, mehr als fünfzig interessierte Bürgerinnen und Bürger in den Räumlichkeiten vom „Haus der Familie“ begrüßen zu dürfen. Darunter einerseits Interessenten für die Flächen und Interessenten für die Teilnahme am Komitee, aber auch Vertreter/innen der vom Stadtteil gewählten Sanierungsbeiräte. Auch Vertreterinnen und Vertreter von SPD, Grünen, FDP und der Linken waren anwesend. Leider nicht erschienen waren Vertreter/innen von Initiativen wie der Wunschproduktion oder der Keimzelle. Wir lassen das jetzt einmal unkommentiert, fragen uns aber, inwieweit ein Fernbleiben von dieser Veranstaltung den eigentlich einmal formulierten Mitbestimmungsinteressen dient. Wie auch immer – alle Beteiligten hätten die Initiativen weiterhin gern dabei.

Es fand sich bei der Auftaktveranstaltung also ein Forum aus Menschen ein, die zusammen das Ziel hatten, eine pragmatische Lösung zu finden, um möglichst schnell klare Verhältnisse für die Nutzungsinteressierten zu schaffen.

Wir möchten hier einmal die Ergebnisse aus unserer Sicht zusammenfassen. Zusätzlich wird es noch ein offizielles Protokoll der Veranstaltung geben, dieses wird dann auch veröffentlicht.

1) Was ist die Ausgangslage? Worum ging es in der Veranstaltung?

Inhaber der Rindermarkthalle ist die Stadt Hamburg. Verwaltet wird sie von der Sprinkenhof AG. Diese hat die Rindermarkthalle inklusive der Außenflächen auf 10 Jahre befristet an die EDEKA Nord vermietet. Diese Vermietung wurde an unterschiedliche Auflagen gebunden. Unter anderem, dass die EDEKA Flächen zum Selbstkostenpreis für „Stadtteilbezogene, sozio-kulturelle Nutzung“ zur Verfügung stellt. Die potentiellen Mieter werden also faktisch Untermieter der EDEKA. Es geht jetzt konkret um ca. 840 Quadratmeter im Obergeschoss und im Zwischengeschoss. Der Rest des Obergeschosses wird belegt durch die Moschee, eine Kita und kleinteilige Büroflächen für junge Unternehmen.

Die Räume werden in sogenanntem „veredeltem Rohbau“ übergeben. Das heißt, die Mieter müssen nur noch malen oder tapezieren und können einziehen. Ggf muss noch ein Bodenbelag verlegt werden. Die Mieter können selbst entscheiden, wo sie gern welche Steckdosen hätten. Für die Installation wird ein Zuschuss von 5.000 Euro zur Verfügung gestellt. Die Nettokaltmiete pro Quadratmeter wird sehr günstige 5 Euro betragen. Dazu kommen dann noch die Verbrauchskosten (Wasser, Wärme, Strom) und Betriebskosten (Müllentsorgung, Reinigung, Sicherheit etc.).

Von Anfang an stand die Frage im Raum, wer denn einmal entscheiden wird, an wen diese begehrten Flächen gehen sollen. Die EDEKA hat sich aus eigenem Antrieb dazu entschlossen, diese Entscheidung dem Viertel zu überlassen. Aus diesem Ansatz entstand die Idee eines Komitees, das sowohl unabhängig über Vergabekriterien als auch über die Vergabe selbst entscheiden soll.

2) Wie soll sich das Vergabekomitee zusammensetzen?

Der Vorschlag des Bezirksamts Mitte sah folgendermaßen aus.

Das Komitee setzt sich zusammen aus:

- Vertreter/innen der Sanierungsbeiräte St. Pauli, Karoiviertel und Wohlwillstraße
- Vertreter/innen der in der Bezirksversammlung repräsentierten Parteien
- Vertreter/innen der bislang im Prozess in Erscheinung getretenen Initiativen
- Einzelne Bewohner/innen?
- Jeweils ein/e Vertreter/in vom Bezirksamt Mitte, Maßmann und Co und EDEKA. Diese aber nur als beratende und bei der Organisation helfende Mitglieder. Also, nicht abstimmend!
- Die Edeka behält sich wie jeder Vermieter grundsätzlich ein Vetorecht vor. Es ist jedoch bereits abzusehen, dass dies theoretisch bleiben wird, da kein einziger der Interessenten auch nur annähernd dazu Anlass geben würde, als Mieter nicht in Frage zu kommen.

Im Zuge der Diskussion entstanden nun einige interessante Fragen:

Um nur einige aufzugreifen:

- „Können Interessenten für Flächen gleichzeitig im Entscheidungskomitee sitzen?“
- „Sind einzelne Anwohner demokratisch legitimiert und wie wird ausgeschlossen, dass diese parteiisch für einzelne Mieter stimmen?“
- „Sollen die Initiativen eine eigene Gruppe im Komitee darstellen obwohl sie schon in den Sanierungsbeiräten sitzen und damit doppelt präsent wären?“
- „Können Vertreter der Beiräte gleichzeitig Parteienvertreter sein und damit ebenfalls doppelt repräsentiert?“
- „Was bedeutet ‚Stadtteilbezogen‘ eigentlich?“
- Usw.

Zusammengefasst die Ergebnisse:

Konsens bestand darüber, dass

- Miet-Interessenten nicht gleichzeitig Mitglied des Komitees sein können.
- Vertreter/innen der Beiräte nicht gleichzeitig Parteienvertreter sein sollten.
- Die Definition welcher Art die Mieter sein sollten (sozial, stadtteilbezogen, gemeinnützig etc.) vom Komitee erfolgen wird, dass aber in jedem Fall der Begriff „gemeinnützig“ über den vom Finanzamt definierten engen Rahmen hinausgehen muss.

Das Plenum hat nach ausführlicher Diskussion zur Zusammensetzung des Vergabekomitees folgenden Vorschlag erarbeitet:

Jeweils drei Mitglieder der drei Beiräte

Jeweils ein/e Vertreter/in der sechs Parteien

Jeweils ein/e Vertreter/in von Bezirksamt, Maßmann und Co, EDEKA. Diese jedoch nur beratend und organisierend und ohne Stimmrecht.

Jeweils ein/e Vertreter der Stadtteil-Initiativen. So diese denn teilnehmen wollen.

3) Weitere wichtige Infos aus der Veranstaltung:

- Eröffnung der Rindermarkthalle ist im Frühjahr 2014.
- Bis zur Eröffnung werden die Flächen für sozio-kulturelle Nutzung von Maßmann & Co. verwaltet, nach der Eröffnung erfolgt dies durch die EDEKA Nord.
- Stand der Baumaßnahmen: Grundsanie rung ist abgeschlossen. Demontearbeiten werden in diesem Jahr noch abgeschlossen.
- Eine Kita ist derzeit mit 700 Quadratmetern geplant, kann aber je nach Verlauf der weiteren Gespräche auch noch größer oder kleiner ausfallen.
- Eine modulare Bauweise der Flächen und Anschlüsse ermöglicht eine größtmögliche Flexibilität bei der Vergabe der Flächen in Bezug auf den Bauablauf.
- Aufgrund notwendiger Baumaßnahmen (Flächenanpassung, Nutzerausbau, Leitungsverlegung etc.) ist eine Entscheidung im Vergabeverfahren bis Ende März 2013 notwendig.

- Entsprechend muss das Vergabeverfahren mit Bewerbungsfrist und Sitzungsterminen daran angepasst werden.
- Semi-kommerziellen Mietern soll die Möglichkeit gegeben werden ggf. auf die Büroflächen auszuweichen. Hier ist ein geminderter Mietpreis denkbar. Wunsch für die Büroflächen von unserer Seite aus wäre eine möglichst hohe Vielfalt. Also nicht ein großes Start-Up sondern viele kleine interessante Unternehmen oder Einzelpersonen.

Im Ganzen haben wir den konstruktiven Charakter der Veranstaltung gestern sehr geschätzt. An dieser Stelle noch einmal ein besonderes Dankeschön an den Moderator Michael Mathe vom Bezirksamt Mitte, der sehr darum bemüht war jeden Redebeitrag zu ermöglichen und die Veranstaltung mit konkreten Ergebnissen enden zu lassen.

4) Wie geht es weiter?

Der Termin für die konstituierende Sitzung der Vergabekommission im Januar wird so bald wie möglich bekannt gegeben.

Bewerbungen können bis dahin (und wahrscheinlich auch noch darüber hinaus) gesendet werden an:

- Per Mail: info@rindermarkthalle-stpauli.de
- Postweg: Bezirksamt Hamburg-Mitte, z.H. Frau Winch, Klosterwall 8, 20095 Hamburg

Als Mindestangaben der Bewerbung bitte Nutzungsart/Konzept, gewünschte qm-Zahl und ggf besondere Anforderungen an die Fläche (z.B. besondere Anschlüsse, Boden o.ä.) angeben.

Gemeinsam kommen wir dem Ziel näher, eine Halle für die Bürgerinnen und Bürger von St. Pauli zu schaffen, die einen echten Mehrwert fürs Viertel bringen wird.

Anhang 17: Maßmann & Co., 2012: Aktueller Stand und Gerüchte um Ausstieg der Edeka-Pächter.

Veröffentlicht am 8. Januar 2013 von Hier bloggt das Team Maßmann & Co.

Um den Jahreswechsel herum kursierten Spekulationen, die EDEKA-Pächter Holst und Meyer planten aus dem Projekt auszusteigen. Als Grund wird u.a. die Befürchtung einer zu großen Konkurrenz durch die geplante Markthalle genannt.

Von einem Ausstieg der Pächter Holst und Meyer kann nicht die Rede sein. Von Seiten der Edeka-Einzelhändler wurde uns wiederholt bestätigt, dass ein Ausstieg aus dem Projekt Rindermarkthalle nicht geplant ist.

In einem Blogbeitrag der Wunschproduktion wurde ein Entwurf einer Sortimentsliste herangezogen, um daraus spekulative Ableitungen auf das finale Konzept zu vorzunehmen. U.a. wurde behauptet, die Markthalle würde ein „deluxe-Mercado“ werden, das nicht zum Stadtteil passt. Dazu sei festgestellt:

Die Verhandlungen mit potentiellen Mietern für die Flächen haben gerade erst begonnen. Aus einer ersten Ideenliste für Warensortimente – über ein Jahr vor Eröffnung – auf das Konzept zu schließen und damit Stimmung zu machen, muss als politisch begründeter Aktionismus bezeichnet werden.

Wahr ist:

Das Konzept einer lebendigen Markthalle für das Viertel bleibt bestehen und wird sich auch nicht ändern. Dazu gehört ein Mix aus verschiedensten kleineren und größeren Marktständen für Nahrungsmittel und individueller Gastronomie, aber auch Dienstleistungen, wie z.B. eine Apotheke, ein Schuster, eine Reinigung, ein Friseur o.ä. wäre möglich. Dabei wird es natürlich auch professionellere Betreiber geben, aber auch für Kleinbetriebe und Existenzgründer wird genug Platz sein.

Das ganze wird am Ende auch davon abhängen, welche Betreiberinnen und Betreiber sich bewerben und ein Teil der neuen Rindermarkthalle werden wollen. Die Vermietung beginnt erst jetzt, Anfang 2013. Konkrete Entscheidungen zu einem bestimmten Konzept kann es also noch gar nicht geben. Das Gesamtkonzept besteht aus kleinen Ladenflächen, festen Marktständen und einer flexiblen Aktions-Fläche. Und eben nicht aus ausschließlich größeren Läden.

Richtig ist:

Es haben sich bislang eine Vielzahl verschiedenster und kleinerer Händler beworben, mit denen wir nun nach und nach in Gespräche einsteigen werden.

Dazu gehören zum Beispiel:

- ein Obsthändler aus dem Alten Land
- ein kleiner Käsehandel vom Wochenmarkt
- ein Laden für Tee und Gewürze
- ein Fairtrade-Laden
- ein türkischer Händler aus dem Viertel, der seine selbstgemachten Süßspeisen verkaufen möchte.

Unser Ziel ist eine klassische Markthalle mit einem Sortiment, wie man es auch aus anderen Städten in Deutschland oder in Südeuropa kennt. Wir wollen Vielfalt und einen lebendigen Mix von Angeboten, die sich das Viertel wünscht. Dies ist ein Prozess, der gerade erst begonnen hat. Wir werden weiterhin Gespräche mit allen führen die sich für eine Fläche in der Markthalle interessieren.

Anhang 18: Maßmann & Co., 2012: Die Tinte ist getrocknet – EDEKA-Pächter Holst und Meyer unterzeichnen Vertrag für Rindermarkthalle.

Veröffentlicht am 7. Februar 2013 von Hier bloggt das Team Maßmann & Co.

„Wir sind vom Konzept überzeugt. Der Mix macht’s, die Rindermarkthalle wird etwas Besonderes.“

Ein weiterer Meilenstein ist getätigt: Im Rahmen eines Pressetermins an der Rindermarkthalle unterzeichneten die EDEKA-Pächter Meyer und Holst heute den Mietvertrag. Wir freuen uns sehr, denn die Herren Meyer und Holst sind eine Art „Dreamteam“ für das stadtteilbezogene Konzept, das wir uns dort wünschen. Herwig Holst ist eine Ikone des Stadtteils, er betreibt seit 40 Jahren einen EDEKA Markt auf St. Pauli und kennt wie kein anderer die Bedürfnisse des Viertels. Die Firma Meyer, genauer gesagt Meyer Senior und Junior betreiben in Hamburg und Umgebung 5 EDEKA-Standorte und verfügen über die notwendige logistische und kaufmännische Größe, um ein Objekt in der Größe des Ladens in der Rindermarkthalle professionell betreiben zu können.

Jörg Meyer auf die Frage, ob es eine Konkurrenzsituation zwischen dem Angebot im EDEKA-Markt und dem der festen und wechselnden Stände in der Markthalle gäbe: „Der Mix macht’s. Kunden sind verschieden. Die einen bevorzugen den schnellen Einkauf und wollen alles in einem Einkaufswagen. Die anderen wollen ein wenig schlendern und suchen vielleicht den persönlichen Kontakt zu den Händlern. Die einen wollen Supermarkt, die anderen wollen Wochenmarkt. Das schließt sich nicht aus, sondern ergänzt sich im vorliegenden Konzept ideal. Wir sind überzeugt vom Gesamtansatz und haben 40 Jahre Erfahrung von Herwig Holst auf unserer Seite.“

Peter Maßmann unterstrich diese Einschätzung noch einmal durch eine Darstellung des Ansatzes der Rindermarkthalle. „Die Mischung aus Edeka, Aldi und Budnikowsky kombiniert mit der vielen Frische und dem innovativen Angebot der Markthalle ist ein ganz besonderes Nahversorgungskonzept für den Stadtteil St. Pauli. Es wird der Rindermarkthalle eine absolute Alleinstellung in Hamburg geben. Wir haben uns dafür viele gute Beispiele aus ganz Europa angeschaut, wo Markthallen hervorragend funktionieren. Wir denken da an Märkte in Südeuropa aber auch an tolle deutsche Vorbilder wie die ‘Markthalle 9’ in Berlin.“

Die heute vorgestellten Pläne für Erdgeschoss, Obergeschoss und Außenflächen der Rindermarkthalle sollen nun mit den Anwohnerinnen und Anwohnern sowie anderen Interessierten offen diskutiert und bei Bedarf noch optimiert werden. Hierfür wird es an diesem Samstag, den 09.02. von 12-15 Uhr die nächste öffentliche Veranstaltung geben. Mehr dazu hier: <http://www.rindermarkthalle-stpauli.de/aktuelles.html>.

Anhang 19: Die Wunschproduktion, 2012: Erklärung zur heutigen Infoveranstaltung des Bezirks.

Publiziert am 24. September 2012 von nbo

Die Wunschproduktion Alte Rindermarkthalle fordert gemeinsam mit den Initiativen die Leute: real und Grünareal,

- **den jetzigen Plan neu zuzuschneiden,**
- **die Nahversorgungsflächen auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren und**
- **eine Anwohner-Planungskommission zu bilden, die sämtliche Flächen außerhalb der Nahversorgung beplant.**

Im November 2010 starteten Anwohner_innen der Alten Rindermarkthalle auf St. Pauli eine so genannte Wunschproduktion, einen selbstbestimmten Planungsprozess für Stadtquartiere. Sie folgt damit dem Beispiel der Wunschproduktion Park Fiction (1994 – 1998), die zum Bau des gleichnamigen Parks in St. Pauli Süd führte und eines der gelungensten Beispiele für eine Planung durch Anwohner_innen selbst ist – sogar über Hamburg hinaus.

Die Wunschproduktion Alte Rindermarkthalle führte zunächst eine umfangreiche Umfrage in St. Pauli Nord, im Karoquartier und im Schanzenviertel durch, für die sie 18.000 Fragebögen verteilte (die Rücklaufquote lag bei gut drei Prozent, was in der Marktforschung als sehr gutes Feedback gilt). Die in den ausgefüllten Fragebögen geäußerten Wünsche und Ideen haben die Anwohner_innen dann in verschiedenen Veranstaltungen an den Planungswürfeln – zuerst vor der Rindermarkthalle, später am Grünen Jäger – weiter konkretisiert. Sämtliche Ergebnisse waren von Anfang an gut dokumentiert und öffentlich zugänglich (online und in gedruckter Form)¹.

Dem damaligen Bezirksamtsleiter Markus Schreiber überreichte die Wunschproduktion im April 2011 das erste Umfrageergebnis sogar persönlich. Doch obwohl die Hamburgische Bürgerschaft nach der zurecht gescheiterten Music-Hall-Planung bereits im November 2010 dem Bezirk Mitte empfohlen hatte, Anwohner-Initiativen in die weitere Planung der Rindermarkthalle mit einzubeziehen, passierte nichts dergleichen.

Stattdessen zauberte der Bezirk im September 2011 eine auf zehn Jahre angelegte “Zwischennutzung” durch Edeka, Aldi und Budnikowsky aus dem Hut. In der Folge ließ auch Edeka Nord als künftiger Hauptpächter jedes Gesprächsangebot der Wunschproduktion ins Leere laufen.

Das ist umso ärgerlicher, als der zurzeit kursierende Edeka-Plan die Vielfalt der Nutzungsideen seitens der Anwohner_innen nicht abbildet. Die für stadtteilnahe Nutzungen in Aussicht gestellte Flächen von insgesamt 600 bis 800 Quadratmetern – unter fünf Prozent der gesamten Nutzungsfläche – sind nicht mehr als “Brosamen für St. Pauli”.

Wenn seit einigen Wochen der von Edeka beauftragte Projektentwickler Maßmann & Co mit den Anwohnern “ins Gespräch” kommen will, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Anwohner_innen einmal mehr in der Planung übergangen worden sind. Der Bezirk Mitte hat aus seinen Fehlern von 2010 nichts gelernt. Jede Planung einer städtischen Immobilie muss heute bei den Anwohner_innen anfangen.

Eine Nahversorgung in der Rindermarkthalle, vor allem für das Karoquartier, ist absolut notwendig. Sie war auch seitens der Anwohner_innen von Anfang an gesetzt. Aber es gibt keinen Grund, nun fast die gesamte Halle mit einem überdimensionierten Nahversorgungskonzept zu füllen, das wesentlich auch auf Kunden aus anderen Stadtteilen setzt, die zum Einkaufen eigens mit dem Auto kommen.

Die Wunschproduktion Alte Rindermarkthalle fordert daher gemeinsam mit den Initiativen die Leute: real und Grünareal,

- **den jetzigen Plan neu zuzuschneiden,**
- **die Nahversorgungsflächen auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren und**
- **eine Anwohner-Planungskommission zu bilden, die sämtliche Flächen außerhalb der Nahversorgung beplant.**